



Wohlstand für Alle

Klimaschutz &
Marktwirtschaft

Sonderveröffentlichung der
Ludwig-Erhard-Stiftung

powered by IPConcept

FONDSIMFOKUS

Hintergrundinfos zu ausgewählten
Fonds und Fondsmanagement finden
Sie unter www.fonds-im-fokus.com

SPEZIELLE PRIVATE-LABEL-FONDS- LÖSUNGEN FÜR FONDSINITIATOREN

Sie möchten einen alternativen Investmentfonds auflegen und managen. Sie suchen einen Partner der die notwendige Erfahrung und Expertise im Private-Label-Fondsbusiness mitbringt. Mit dem Sie innovative Anlagestrategien verwirklichen können und sich von der Masse der Standardprodukte abheben können. Dann sind Sie bei IPConcept an der richtigen Adresse.

Wir sind als Alternative Investment Fund Manager (AIFM) zugelassen und schöpfen aus der langjährigen Erfahrung bei der Auflegung und Zulassung

von Private-Label-Fonds mit EU-Pass in Deutschland sowie in der Schweiz. Unser Spektrum reicht von Publikumsfonds bis hin zu Spezialfonds für Ihre Vermögensverwaltung, Ihr Family Office oder für Ihr Unternehmen. Nutzen Sie unsere Kompetenz als Marktführer für Private-Label-Fonds im deutschsprachigen Markt.

Wir beraten Sie gerne persönlich, sprechen Sie uns an.
Tel.: +352 260248-2222, fundsolutions@ipconcept.com,
www.ipconcept.com

Editorial

Triumph des Markts



Roland Tichy
Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-Stiftung

Hat es Ihnen während der Corona-Krise an irgendetwas gefehlt? Nur Toilettenpapier war mal kurz knapp; mittlerweile wird es einem zu Cent-Preisen nachgeworfen. An Gesichtsmasken hat es anfangs gemangelt; jetzt werden sie vom Straßenhändler verramscht oder als modisches Accessoire teuer verkauft und auf jeder Internetseite bis zu höchsten Sicherheitsstufen angeboten. Mit Spargel und frischen Erdbeeren lässt sich eine Krise gut aushalten.

Anbieter reagieren schnell und flexibel auf veränderte Nachfrage. Das ist die Lehre aus der Corona-Krise. Globale Lieferketten werden überprüft; auf Offshoring wichtiger Schlüsselemente und Chemikalien folgt das Onshoring, also die Rückkehr der Produktion an heimische Standorte. Es geht um das Setzen richtiger Rahmenbedingungen, die Reaktion erfolgt umgehend.

Märkte sind gestaltbar, aber es gibt sie immer: ob offen und transparent – und damit gerecht und effizient – oder heimlich und im Verborgenen – und damit nur für wenige Auserwählte oder zu überhöhten Preisen.

Das sollte bedenken, wer sich mit Umweltpolitik befasst. Gebote und Verbote lähmen, führen in die Sackgasse, und am Ende funktioniert das befohlene Wenige schlechter. Denn Eingriffe und Vorschriften allein treiben diejenigen in den leisen Widerstand, die wir jetzt brauchen: Erfinder und Entrepreneur, Unternehmer, Erneuerer und Weltverbesserer. Ihr Engagement verändert und verbessert die Welt, wenn man sie lässt – und belohnt.

Das war das Konzept von Ludwig Erhard, manche nannten es „Wirtschaftswunder“. Es war ein absehbares, erwartbares Wunder unter den Bedingungen der damaligen Zeit. Zeit und Herausforderung mögen sich geändert haben, die Menschen und ihre Triebfeder nicht.

Mit diesem Heft präsentiert die Ludwig-Erhard-Stiftung unterschiedliche Ansätze zur ökologischen Lage. Krisen lassen sich nicht verbieten und Lösungen nicht befehlen. Es sind immer Menschen, die ihre Lage verbessern und nebenbei die Welt retten. Wir müssen nur wieder lernen, das zuzulassen.

Inhalt

- 3 Roland Tichy** – Editorial
- 8 Hans-Jürgen Papier**
Rechtsstaat und Aktivisten
- 10 Boris Palmer**
Klimanotstand in Kommunen – nur Übertreibungsrhetorik?
- 12 Dietrich Murswiek**
Klima-Nationalismus ist keine Lösung
- 14 Roger Köppel**
Wie ein Echo aus sorgloseren Zeiten
- 16 Ingo Pies**
Wahrheit und Moral in der Umweltpolitik
- 18 Hans Jörg Hennecke**
Wahrheit, Moral und Ideologie – oder lieber Vernunft?
- 20 Klaus-Rüdiger Mai**
Klimaschutz als Mobilisierungsideologie
- 24 Ernst Ulrich von Weizsäcker**
Umweltschutz und Kapitalismuskritik: Ein unzulässiges Junktim?
- 26 Frank Schäffler**
Feldversuch für Klimarebellin
- 28 Ursula Heinen-Esser**
Umweltpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft
- 30 Hans-Werner Sinn**
Der klimapolitische Alleingang der Deutschen muss enden
- 32 Uwe Schneidewind**
Die „Zukunftskunst“ des 21. Jahrhunderts
- 34 Michael Hüther**
Kapital fürs Klima und Mut zum Markt!
- 36 Ralf Fücks**
Ökologische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft
- 38 Reinhold von Eben-Worlée**
Klimaschutz und Unternehmertum sind Verbündete
- 39 Horst Opaschowski**
Ist der Wohlstand gefährdet, sinkt das Umweltinteresse
- 40 Gregor Kirchhof**
Der „Green Deal“ und die Kraft der Zivilgesellschaften
- 42 Philip Plickert**
Britische Wenden
- 44 Justus Haucap**
Kosten und Nutzen der deutschen Energiewende
- 48 Nicolaus Heinen**
Zur moralischen Macht von Marktteilnehmern
- 50 Wolfgang Ockenfels**
Umweltschutz als christlicher Wert
- 52 Matthias Warneke**
Politiker setzen auch beim Klimaschutz auf Steuern
- 54 Berthold Barth**
Die Fahrt zu sinnlosen Zielen bremsen
- 56 Ulrich Blum**
Das Speichern von Klimagasen muss vergütet werden
- 58 Janez Potočnik**
Intelligentes Ressourcenmanagement
- 62 Michael Braungart**
Innovationsplattformen für die Industrie
- 66 Andreas Freytag/
Matthias Menter**
Klimaschutz durch Innovation
- 68 Hubertus Knabe**
Sozialismus ist keine Lösung – auch nicht beim Klima
- 70 Hilmar Schneider**
Wie der „Green Deal“ auf den Arbeitsmarkt einwirkt
- 72 Gernot Wagner**
Der wahre Preis von Kohlenstoff
- 74 Joachim Weimann**
Emissionshandel in der Klimapolitik
- 76 Sebastian Lüning**
Wie viel Klima macht der Mensch?
- 78 Hans von Storch**
Klimawandel – was ist zu tun?
- 81 Karsten Krause**
Kernkraft als „Klimaretter“?
- 82 Christoph M. Schmidt**
Klimapolitik: Europa als Vorbild statt als Vorreiter
- 88 Werner J. Patzelt**
Ist die derzeitige Klimaschutzpolitik panikgetrieben?
- 90 Hardy Bouillon**
Ist die Umweltbewegung auf dem Weg zur Sekte?
- 92 Niko Paech**
Wohlstand für alle? Ein Überlebensprogramm für alle!
- 94 Roland Tichy**
Wohlstand für alle durch Wettbewerb – auch in Zukunft!
- 98 Plädoyer für mehr Mut im Meinungsstreit**

Engineering
the World's
most Desirable
e-Regulatory
Solutions

LORENZ Life Sciences Group

Die LORENZ Life Sciences Group ist ein Hersteller von Software Produkten für elektronische Arzneimittelzulassungen weltweit, für Industrien und Behörden:



- zur Erstellung, Veröffentlichung und Validierung von Arzneimittelzulassungen
- für das Regulatorische Dokumenten-Management



- zur Planung und zum Managen von regulatorischen Produktinformationen (EVMPD / IDMP)
- zur Lizenzverfolgung und Beobachtung

LORENZ Stiftung

Ziel der LORENZ Stiftung ist ein Miteinander in Achtung und Respekt. Unter dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ (E. Kästner), entstehen in der LORENZ Stiftung viele Projekte im Bereich Lebenshilfe und Inklusion:



- Tanzprojekte zur Inklusion: „Die Schöpfung“, „Arche Noah“
- Geschwisterseminare für Kinder, die mit behinderten Geschwistern aufwachsen
- „LoMo“ - LORENZ-Mobile als Friedhofstaxen für den Hauptfriedhof
- sowie weitere Projekte, die Sie unter www.lorenz-stiftung.de finden können



**Alltägliche Staus: Wie gefährlich ist
der Schadstoffausstoß des
Verbrennungsmotors?**



STAU

B DG

Der Rechtsstaat darf im Umgang mit Umweltaktivisten nicht versagen

Klimapolitik rechtfertigt nicht die Aufgabe der Freiheitsrechte zugunsten eines Obrigkeitsstaats. **Hans-Jürgen Papier** mahnt, dass auch ein effektiveres Vorgehen gegen die Erderwärmung nur mit den Mitteln des Rechtsstaats zulässig ist

Die Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten bunter geworden. In einer pluralistischen Gesellschaft, die nicht mehr durch Homogenität der Traditionen, Religion, Wertvorstellungen und Kultur sowie Ethnie zusammengehalten wird, können nur die Verfassung und das Recht für die notwendige Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen.

Der Rechtsstaat sollte das Bindeglied zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen, Glaubensrichtungen, Kulturen und Lebensweisen in diesem Land sein. Er ist auf Dauer nur dann existenz- und funktionsfähig, wenn geltendes Recht für und gegen jedermann Geltung hat und durchgesetzt wird. Unsere Verfassung kennt nur Grundrechte, keine Grundpflichten, weder für Deutsche noch für Ausländer. Es gibt allerdings eine – über die Verfassung hinausgehende – Grundpflicht: die Gesetze und das Gewaltmonopol des Staats zu achten.

Die Schülerproteste im Rahmen der „Fridays for Future“ sind längst zu einer weltweit vernetzten zivilgesellschaftlichen Bewegung geworden, der sich auch andere Berufsgruppen, etwa 12000 Wissenschaftler von Scientists4Future, und Aktivisten, wie die radikalere Gruppierung Extinction Rebellion,



Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier war von 2002 bis 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

angeschlossen haben. Diese drastische Ausweitung von Bürgerprotesten sagt einiges aus über die Erosion unserer rechtsstaatlichen Demokratie.

Es geht hier zwar um ein moralisch-ethisch hoch bewertetes Anliegen, um nichts weniger als die „Rettung der Welt“. Aber der mit der Teilnahme an diesen Demonstrationen vielfach begangene Rechtsbruch, der insbesondere auch im Zusammenhang mit den Protesten im Hambacher Forst und den dort aufgetretenen Gewaltexzessen zu beobachten war, wird nicht nur ignoriert, sondern oftmals sogar gezielt herbeigeführt, um mehr Öffentlichkeit zu erreichen. Es ist sehr bedenklich, wenn viele meinen, das für Demokratie und Rechtsstaat wichtige

Grundrecht der Demonstrationsfreiheit mit einem gezielten Rechtsbruch kombinieren zu müssen.

Unsere rechtsstaatliche Ordnung toleriert das nicht; sie fordert die uneingeschränkte Herrschaft des Rechts, für dessen Durchsetzung allein der Staat zuständig ist. Doch nun nehmen zivilgesellschaftliche Gruppierungen immer häufiger für sich das Recht in Anspruch, ihre Anliegen selbst in die Hand zu nehmen. Die Motive sind oftmals verständlich: Ein Kritikpunkt der Anhänger von „Fridays for Future“, dass der Staat selbst das Recht nicht einhält, indem er die verbindlich festgelegten Klimaziele oder Grenzwerte über Jahre vernachlässigt hat oder auch weiter ignoriert, ist völlig berechtigt. Als prominentestes Beispiel hierfür kann im Übrigen auch der Dieselskandal erwähnt werden.

Eine Art von Selbstjustiz

Ich habe Sympathie für das Engagement der Jugendlichen für die Umwelt und den Klimaschutz, aber halte es für eine sehr bedenkliche Entwicklung, wenn ein solcher Reggelverstoß als Druckmittel gegenüber der Politik verwendet wird und auch noch Unterstützung in der Öffentlichkeit findet. Letztlich handelt es sich dabei um eine Art von Selbstjustiz, und wo würde das hinführen, wenn künftig jeder, der glaubt, es besser zu wissen als die

Rechtsordnung, seine eigenen Regeln aufstellt?

An die Stelle der Herrschaft des Rechts, der wir im demokratischen Rechtsstaat alle gleichermaßen unterworfen sind, würde dann eine Herrschaft von subjektiver Willkürlichkeit nach Maßgabe individueller Moralvorstellungen treten. Abtreibungsgegner könnten Arztpraxen lahmlegen, Flughafengegner Startbahnen besetzen und Tierschützer Rinder und Schweine befreien und danach die Ställe anzünden – alles im Namen einer angeblich gerechten Sache.

Moral und subjektives Gerechtigkeitsempfinden sind vergänglich; das Recht und die Werte der Verfassung hingegen sind ein verbindlicher Rahmen unserer Gesellschaft. Die herausragenden Wertentscheidungen unserer Verfassung im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie müssen in der operativen Politik und von ihr wieder effizienter umgesetzt werden; außerdem sind auch die Menschen in diesem Land wieder für eine größere Wertschätzung dieser Fundamente unseres Staats- und Gemeinschaftslebens zu gewinnen.

Letzteres wird ohne Ersteres niemals gelingen. Andernfalls erleben wir statt der Herrschaft des Rechts, der wir im demokratischen Rechtsstaat alle gleichermaßen unterworfen sind, eine Herrschaft von subjektiver Willkürlichkeit nach Maßgabe individueller Moral- und Opportunitätsvorstellungen. Geht die integrierende Kraft des Rechts verloren, ist eine Spaltung und Radikalisierung der Gesellschaft und der Verlust ihrer Mitte die Folge.

In der rechtsstaatlichen Demokratie ist es grundsätzlich der durch Volkswahlen legitimierte Gesetzgeber, der den Auftrag zur Bestimmung und Konkretisierung dessen

hat, was das Wohl des Gemeinwessens ist. Er kann diese Einschätzung auch ändern, aber dafür gibt die Verfassung ein demokratisch geordnetes Gesetzgebungsverfahren vor. Der damit verbundene Interessenausgleich führt zwangsläufig dazu, dass Gesetz und Recht nicht jedem und nicht jedem Einzelanliegen gerecht werden können.

Die Bewegung „Fridays for Future“ verdeutlicht, wie schwach unser Parlamentarismus und wie gering seine Wertschätzung geworden sind. Sie spiegelt ein offenkundiges Misstrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft von Legislative und Exekutive, die wirklich großen Probleme der Gesellschaft zu erkennen und vor allem auch zu bewältigen.

Die Forderung nach besserer Klimapolitik rechtfertigt nicht die Aufgabe der Freiheitsrechte

Nur die Unterwerfung unter die Werteordnung des Grundgesetzes und unter die von ihr geprägte und bestimmte Rechtsordnung kann unsere pluralistische Gesellschaft zusammenhalten und in die Zukunft führen.

Zu dieser Werteordnung gehört schlussendlich die Idee der repräsentativen Demokratie durch vom Volk gewählte Vertreter. Allen populistischen Ideen oder Bestrebungen nach einem Systemwechsel – weg von der parlamentarischen, also der repräsentativen Demokratie, sei es von rechts, von links oder von ökologischer Seite – sollten wir entschieden entgegentreten.

Der Rechtsstaat hat eine Doppelfunktion als Garant von Freiheit auf der einen Seite und bei der Wahrung von Sicherheit mittels des staatlichen Gewaltmonopols auf der anderen Seite. Ein Rechtsstaatsverständnis, das nicht zugleich von der Freiheitsidee beherrscht wird, würde den Rechtsstaat preisgeben.

Vormund „unmündiger Bürger“?

Auch die Forderung nach einer besseren oder effektiveren Klimapolitik rechtfertigt nicht die Aufgabe der Freiheitsrechte zugunsten eines Obrigkeitsstaats. Gerade in Zeiten aufgewühlter Diskussionen über drastischere Klimaschutzmaßnahmen muss immer wieder betont werden, dass selbst ein effektiveres Vorgehen gegen die Erderwärmung nur mit den Mitteln des Rechtsstaats zulässig ist.

Wenn der Rechtsstaat sich anschickt, den Menschen jedwedes Lebensrisiko abzunehmen, wird er selbst zum Risiko, und zwar dadurch, dass er zum Überwachungs- und Präventionsstaat erodiert. Der Staat kann keine „Vollversicherung“ bieten, er ist nicht der Vormund „unmündiger Bürger“. Insofern muss immer wieder vor einer zunehmenden Bevormundung durch staatliche Reglementierung gewarnt und mehr Selbstverantwortung eingefordert werden.

Je mehr Ge- und Verbote es gibt, desto mehr schwillt auch die Bürokratie an, die der Gesetzesflut gleichwohl nicht Herr werden kann. Defizite im Gesetzesvollzug schwächen wiederum das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats sowie in die Funktionsfähigkeit und Gerechtigkeit seiner Rechtsordnung. Der Rechtsstaat darf sich durch Umweltaktivisten auch in dieser Hinsicht nicht auf eine falsche Fährte locken lassen. ■

Klimanotstand in Kommunen – nur Übertreibungsrhetorik?

Boris Palmer warnt vor negativen Effekten, wenn der Ausrufung eines Klimanotstands keine Taten folgen. Deshalb hat sich Tübingen gegen die Ausrufung des Notstands und für ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm entschieden

Was ein Notstand ist, erleben wir alle ziemlich unvorbereitet am eigenen Leib, als es im Zuge des Corona-Shutdowns plötzlich verboten war, Freunde und Verwandte zu besuchen, eine Unternehmung zu betreiben oder ins Theater zu gehen. Von einem wirklichen Notstand haben aber immer noch nur die wenigsten von uns eine Vorstellung.

Wenn Kommunen vor diesem Hintergrund den Klimanotstand ausrufen, so gibt es zwei Möglichkeiten: Die Folgen der Erderwärmung für die Menschheit sind so ernst einzustufen, dass sie den Ausnahmezustand in derselben Weise rechtfertigen wie die Bekämpfung des Coronavirus. Oder es handelt sich nur um Rhetorik, um Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Ganz sachlich betrachtet, spricht viel für die These, dass der Klimanotstand mindestens so gravierend wie der Corona-Notstand ist. Eine Impfung gegen die Klimakrise wird es allerdings nicht geben. Und auch der Schaden an Leib und Leben wie auch an Vermögen wird durch die Erderwärmung ungleich größer sein als durch Corona. Es spricht also nichts gegen die Ausrufung des Klimanotstands – außer den fehlenden Konsequenzen.

Wer einen Notstand ausruft, der muss auch entsprechend handeln. Dann werden selbst Grundrechte



Boris Palmer ist seit 2007 Oberbürgermeister der Stadt Tübingen.

einem großen Ziel untergeordnet, wie wir es mit Corona erlebt haben. Mir ist aber keine Kommune bekannt, die nach der Ausrufung des Klimanotstands irgendwelche Maßnahmen ergriffen hätte, die auch nur annähernd der Dramatik des Begriffs Rechnung trügen.

Das liegt nicht daran, dass Städte keine Kompetenz zu einschneidenden Handlungen hätten. In den letzten Wochen haben Oberbürgermeister verschiedenster Städte vom Verbot jedweder Versammlung bis zur Pflicht, Masken zu tragen, äußerst weitreichende Maßnahmen ergriffen. So könnte man auch gegen den Klimawandel vorgehen.

Tübingen hat auch ohne Notstand als einzige Stadt in Deutschland eine Kombination aus folgenden Pflichten und Geboten in Kraft ge-

setzt: Neubauten müssen mit einer Solaranlage ausgestattet werden; Altbauten müssen an Fernwärme angeschlossen werden; bestehende Baulücken müssen zum Schutz der freien Natur mit Wohnungen bebaut werden. Mit vielen kraftvollen Beschlüssen hat die Stadt so in nur zehn Jahren die CO₂-Emissionen pro Kopf um 30 Prozent gesenkt.

Wenn der Klimanotstand zwar real ist, aber der Ausrufung nichts folgt, dann kann man nur zu dem Schluss kommen, dass der Zweck primär symbolischer Natur ist. Dagegen spricht in der Politik übrigens gar nichts. Manchmal muss man erst auf die Pauke hauen, bevor einem jemand zuhört.

Es steht allerdings zu befürchten, dass die negativen Effekte überwiegen. Wenn zu wenig daraus folgt, sind die Befürworter einer ambitionierten Klimaschutzpolitik schnell enttäuscht. Und die Skeptiker werden von Notstandsbildern möglicherweise eher abgeschreckt.

Tübingen hat sich aus diesen Gründen gegen die Ausrufung des Klimanotstands entschieden. Wir waren uns einig, dass wir keinen Klimanotstand brauchen, um jetzt entschlossen zu handeln. Daher haben wir ein neues Klimaschutzziel beschlossen. Einstimmig verlangte der Gemeinderat, dass wir bis 2030 klimaneutral sein müssen und die notwendigen Schritte einleiten. ■

VORANGEHEN



DIE WELT DER MOBILITÄT STECKT VOLLER HERAUSFORDERUNGEN.

Wir von Knorr-Bremse nehmen sie an. Denn wir verstehen uns seit 115 Jahren als Innovator, der Mobilitäts- und Transporttechnologien vorantreibt. Als Weltmarktführer für Bremssysteme und führender Anbieter sicherheitskritischer Subsysteme für Schienen- und Nutzfahrzeuge weisen wir den Weg in eine sichere, nachhaltige und mobile Zukunft. Rund 29.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 30 Ländern setzen sich mit Know-how und Leidenschaft für unsere Kunden und Partner ein – für die Menschen weltweit, die sich tagtäglich auf unsere Leistung verlassen. Zeit, voranzugehen. | www.knorr-bremse.com |



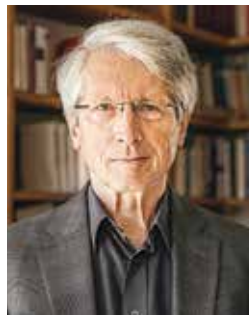
KNORR-BREMSE

Klima-Nationalismus ist keine Lösung

Klimapolitik, die natürliche Lebensgrundlagen schützt, ist nach dem Grundgesetz Pflicht. Was konkret zu tun ist, ist verfassungsrechtlich aber nicht vorgegeben, sondern muss politisch ausgehandelt und entschieden werden, so **Dietrich Murswiek**

Nach Artikel 20a des Grundgesetzes sind alle Staatsorgane verpflichtet, die natürlichen Lebensgrundlagen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen zu schützen. Die staatliche Pflicht zum Umweltschutz besteht unabhängig davon, wodurch die Umweltgüter gefährdet werden. Wenn es also zutrifft, dass die Emission von CO₂ und anderen Treibhausgasen wesentlich für den Klimawandel verantwortlich ist, und wenn es außerdem zutrifft, dass wegen des Klimawandels schwerwiegende Beeinträchtigungen der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zu erwarten sind, dann ist eine Klimapolitik, die dem entgegenwirkt, nach geltendem Verfassungsrecht verbindliche Pflicht der Staatsorgane.

Es gibt Klimaforscher, die meinen, für Treibhausgas-Emissionen ließe sich eine „planetare Belastungsgrenze“ definieren und wir stünden kurz davor, sie zu überschreiten. Die Auffassung, diese Belastungsgrenze stelle eine „absolute Grenze“ für politische Gestaltungsspielräume und Abwägungen deutscher Staatsorgane dar, und deshalb verpflichte das Grundgesetz dazu, den Ausstieg aus der Kohlenstoffwirtschaft sofort und um jeden Preis zu bewirken, ist auf den ersten Blick naheliegend, aber sie ist falsch. Wer so argumentiert, ver-



Prof. Dr. Dietrich Murswiek ist emeritierter Staats- und Umweltrechtler an der Universität Freiburg.

kennt, dass die befürchtete „Klimakatastrophe“ ein globales Problem ist, dessen Ursachen nur geringfügig in Deutschland mit seinen zwei Prozent Emissionsanteil liegen.

Globales Klimaschutzkonzept

Wozu die deutschen Staatsorgane verfassungsrechtlich verpflichtet sind, hängt auch davon ab, was ihre Maßnahmen faktisch bewirken können. Abstände zu ökologischen Belastungsgrenzen können durch umweltpolitische Entscheidungen der Bundesregierung eingehalten werden, wenn es etwa um die Reinhaltung der deutschen Binnenge-

wässer geht. Gegenstand des Klimaschutzes aber sind die globalen Treibhausgas-Emissionen, und es ist unmöglich, durch Maßnahmen in Deutschland den Anstieg der Erdtemperatur aufzuhalten oder auch nur nennenswert zu verlangsamen. Ein „kohärentes und rechtsverbindliches Schutzkonzept“, mit dem sichergestellt wird, dass die „planetaren Belastungsgrenzen“ nicht überschritten werden, könnte nur eine Weltregierung aufstellen oder eine Staatenkonferenz beschließen.

Außerdem geht es bei der Klimapolitik nicht nur um naturwissenschaftlich begründbare Wirkungszusammenhänge, sondern auch um die Verteilung von Befugnissen zur Ressourcennutzung zwischen den Staaten. Und die Verteilungsfrage „Welche Mengen CO₂-Äquivalente dürfen in den einzelnen Staaten emittiert werden?“ regelt nicht die nationale Verfassung, sondern die Antwort muss international ausgehandelt werden.

Die Bundesregierung ist zur Mitwirkung an der Ausarbeitung eines globalen Klimaschutzkonzepts verpflichtet. Aber sie kann ein solches Konzept nicht durch nationale Politik ersetzen. Deshalb ist sie verfassungsrechtlich auch nicht verpflichtet, klimapolitisch motivierte Maßnahmen zu ergreifen, die die deutsche Wirtschaft im internatio-

nenal Wettbewerb benachteiligen, aber zur Vermeidung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur nichts bewirken können, weil es an entsprechenden Emissionsminderungen der Hauptemittentenstaaten fehlt.

Die Verteilungsfrage lässt sich auch nicht einfach anhand des Pro-Kopf-Maßstabs beantworten, wie viele Klimapolitiker es tun. Aus dem Umstand, dass die deutschen Pro-Kopf-Emissionen doppelt so hoch sind wie der weltweite Durchschnitt, folgern sie, dass wir viel mehr für den Klimaschutz tun müssten als andere.

Das Argument ist nicht völlig verkehrt. Aber es ist eindimensional und übergeht wesentliche Aspekte. So könnte man diskutieren, ob die bei der Produktion von Gütern entstehenden Emissionen – wie bisher üblich – dem Staat des Produktionsstandorts oder ob sie dem Staat des Konsums dieser Güter zugerechnet werden sollen. Außerdem gibt der Pro-Kopf-Maßstab den Staaten mit hohem Bevölkerungswachstum einen Vorteil bei der Ressourcenverteilung, während Staaten, in denen die Bevölkerung schrumpft oder jedenfalls stabil ist, bestraft werden, obwohl sie doch demografisch zur Ressourcenschonung beitragen.

Verfassung ist nicht konkret

Beides – die Globalität des Problems und die nicht gelöste Verteilungsfrage – eröffnet der Politik Entscheidungsspielräume. Daraus folgt nicht, dass die deutschen Staatsorgane verfassungsrechtlich nicht zu einer effektiven Klimaschutzpolitik verpflichtet wären. Sie sind dazu verpflichtet, zur Abwendung der infolge der anthropogenen Erderwärmung befürchteten Umweltkatastrophe einen angemessenen Beitrag zu leisten. Aber was dann am Ende tat-

sächlich konkret zu tun ist, ist verfassungsrechtlich nicht vorgegeben, sondern muss politisch entschieden werden.

Es gibt eine Fülle von Optionen für Maßnahmen im Inland und im Ausland zur Vermeidung oder Verminderung von Treibhausgas-Emissionen und für sogenannte Senkenprojekte, beispielsweise Aufforstungsprojekte, durch die der Atmosphäre CO₂ entzogen wird. Die Verfassung schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik in-

Die Verfassung lässt vor allem Raum für demokratischen Streit über die beste Politik

sofern nicht ein und lässt Raum für die Auswahl der ökonomisch effizientesten und am schnellsten wirkenden Mittel. Sie lässt vor allem Raum für demokratischen Streit über die beste Politik.

Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass das Klimaschutzpaket der Bundesregierung in Verbindung mit den schon bisher auf europäischer und nationaler Ebene getroffenen Klimaschutzmaßnahmen die Anforderungen des Grundgesetzes erfüllt. Politisch lässt es sich natürlich kritisieren. Für die einen gehen die Bemühungen zur CO₂-Reduzierung nicht weit genug, aus Sicht der anderen sind sie ineffizient.

Systematisch betrachtet fällt auf, dass die deutsche Klimapolitik den globalen Kohlendioxid-Anstieg immer noch mit nationalen Lösungs-

ansätzen bekämpft. Natürlich kann und soll man auch in Deutschland CO₂-Emissionen reduzieren. Aber wer anstrebt, in kurzer Zeit auf nationaler Ebene CO₂-Neutralität zu erreichen und dafür Milliardenbeträge einzusetzen sowie den Niedergang ganzer Industriezweige hinnehmen will, kann damit vielleicht Moralweltmeister werden. Der Anstieg der Erderwärmung lässt sich so allerdings nicht verhindern, wenn gleichzeitig in anderen Ländern Hunderte von Kohlekraftwerken neu gebaut und die Kohlendioxid-Emissionen dort ständig gesteigert werden.

Internationale Strategie wichtig

Investitionen in Solar- oder Wasserkraftwerke in Südeuropa, Afrika, Südamerika oder Asien – in Ländern, die einen Nachholbedarf an Industrialisierung und daher auch an Energieverbrauch haben – könnten dagegen bei gleichem Mitteleinsatz ein Vielfaches an CO₂-Einsparung erbringen als Maßnahmen in Deutschland. Mit einer international ausgerichteten Strategie ließe sich ein Anwachsen der globalen CO₂-Emissionen effektiver und kostengünstiger dämpfen und zugleich Zeit gewinnen für die Entwicklung neuer Technologien, die – anders als Wind- und Solarenergie oder elektrisch betriebene Fahrzeuge – die kohlenstoffbasierte Energieerzeugung zuverlässig und ohne ständig betriebsbereit zu haltende fossile Back-up-Kraftwerke substituieren können.

Für den Planeten ist es völlig gleich, ob Kohlendioxid in Deutschland oder anderswo eingespart wird. Im Ausland in die Vermeidung von CO₂-Emissionen zu investieren, ist deshalb kein moralisch verwerflicher „Ablasshandel“, sondern rationale Umweltpolitik. ■

Wie ein Echo aus sorgloseren Zeiten

Warum konnten die Klimawandel-Angsteinpeitscher so viele Leute fesseln? Dieser Frage geht **Roger Köppel** nach. Vielleicht auch deshalb, weil nichts Erhebender ist als das Gefühl, einen Weltuntergang gemeinsam abzuwenden

Die Aufmerksamkeit gewinnt, wer die Ängste der Leute beherrscht, wer sie nutzt und kontrolliert – wer sie anstachelt und bedient. Was vor einigen Jahren die Migration war, wurde später das Klima als Folge menschlicher Wohlstandssünden. Historiker werden erforschen müssen, wie es möglich war, dass sich ausgerechnet Europa – diese Reichtums-Oase – in eine derartige Fieberkurve apokalyptischer Zukunftsangst hinein halluzinieren konnte.

Was für Europa im Kleinen gilt, trifft auf den Planeten im Großen zu: Die Konjunktur der grünen Klima-Moralisten fällt in ein Gunstjahrzehnt global steigender Lebensstandards, segensreicher Überalterung und sinkender Kindersterblichkeit. Noch nie genossen so viele Menschen auf der Erde einen so großen, wenn auch oft bescheidenen Wohlstand. China hat es fertiggebracht, rund 800 Millionen Bürger aus bitterster Armut zu befreien.

Der hochschnellende menschengemachte CO₂-Ausstoß ist Folge und Symptom dieses weltweiten Wohlstandsschubs. Wer das CO₂ abstellt, stellt auch den Wohlstand ab – und stößt Milliarden von Menschen zurück in Armut, Elend und Krieg.

Niemand bestreitet, dass das gigantische Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum Umweltprobleme verursacht: die Vermüllung der Ozeane, das Absterben der Tropenwälder, das Aussterben von Insek-



Roger Köppel ist Verleger und Chefredakteur der „Weltwoche“ und Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei (SVP). 2010 erhielt er den **Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik**.

tenarten. Nachrichten dieser Art lassen viele Bewohner der westlichen Wohlstandssphäre voller Mitleid zusammenzucken. Glücklicherweise ist das Land, das sich um die Bewahrung seiner Gletscher oder um die Pflege unbekannter Insektenarten kümmern kann. Wer seine Prioritäten so ausrichtet, hat die Mühsal der Existenzsicherung hinter sich.

Warum beten so viele Menschen die Weltuntergangspriester des Klimawandels an? Vielleicht auch deshalb, weil nichts Erhebender ist als das Gefühl, einen Weltuntergang gemeinsam abzuwenden. Vor allem dann, wenn es nichts kostet. Man kann eine Angst politisch meist nur mit einer Gegenangst bekämpfen. Und welche Angst verfängt, hat am

Ende damit zu tun, wie gut es einer Gesellschaft gerade geht.

Was ist angsteinflößender? Die abstrakte Angst vor einer mutmaßlichen Klimakatastrophe in 80 Jahren? Oder die konkretere Angst vor den wirtschaftlichen Sofortfolgen einer panikbefeuerten Klimawandelverhinderungspolitik? Das sterile Anrechnen gegen die Klimakatastrophenwalze dringt nicht durch, solange die meisten ihren Wohlstand für gegeben halten. Wenn allerdings durch einen Krieg – oder eine Pandemie – die Weltwirtschaft zusammenbricht, verfliegen schnell die Wohlstandsängste.

Der liberale Skeptiker versucht, gerade in aufgereizten Zeiten an Grundtatsachen des Lebens zu erinnern. Die freiheitliche Marktwirtschaft ist nicht nur eine zivilisatorische Errungenschaft. Sie ist vor allem die Existenzgrundlage für Milliarden von Menschen. Ohne Wirtschaft gibt es keine Lebensmittel, keine Industrie, keine Medikamente, keine Altersvorsorge, kein Gesundheitswesen, keinen Umweltschutz. Eine Gesellschaft, die sich die Welt als mittelalterlich geschütztes grünes Paradies erträumt, hat den Bezug zur Wirklichkeit verloren.

Simple Wahrheiten können im Überfluss vergessen gehen. Geht es allen schlechter, kehrt die Realität zurück. Die Hochkonjunktur der Klimawandel-Angsteinpeitscher wirkt heute fast schon wie ein fernes Echo aus sorgloseren Zeiten. ■

Vermögensberatung
macht aus Wünschen
erreichbare Ziele.



So viele Menschen es gibt, so verschieden sind ihre Wünsche oder Ziele. Wir beraten individuell, persönlich, passgenau und langfristig in sämtlichen finanziellen Fragen. Auf unsere ganzheitliche Finanz-

beratung vertrauen schon heute rund 8 Mio. Menschen in Deutschland. Mit einer unserer über 5.000 Direktionen und Geschäftsstellen sind wir auch in Ihrer Nähe.



Deutsche
Vermögensberatung

Informieren Sie sich kostenlos unter: **0800 3824000**
oder finden Sie Ihren persönlichen Vermögensberater unter:
www.dvag.de

Wahrheit und Moral in der Umweltpolitik

Diskursversagen durch Moralkonfusion – so lautet der Befund von **Ingo Pies** zu den aktuellen umweltpolitischen Debatten. Insofern sei es kein Zufall, dass sich Teile der Umweltbewegung radikalisieren. Dabei müsse man die Marktwirtschaft jetzt ökologisch in den Dienst nehmen

Das moralische Anliegen, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit auch für zukünftige Generationen zu erhalten, ist so unstrittig, dass sich niemand ernsthaft dagegen ausspricht. Öffentlicher Streit entsteht erst, wenn man den Weg festlegen will, der zu einer nachhaltigen Entwicklung führen soll. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der umweltpolitischen Auseinandersetzung betreffen also vornehmlich die einzusetzenden Mittel und nicht das anzustrebende Ziel.

Für den demokratischen Diskurs ist das eigentlich eine komfortable Ausgangslage. Denn es ist viel mühsamer, einen Konsens im Hinblick auf pluralistische Zielvorstellungen zu finden als im Hinblick auf unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Mittel am besten einzusetzen sind, um ein Ziel zu erreichen, auf das man sich geeinigt hat.

Diskussionen über Mittel sind unmittelbar wahrheitsfähig. Bei Diskussionen über Ziele ist dies schwieriger; hier ist normatives Wünschen zulässig. In Diskussionen über Mittel hingegen ist es fehl am Platz. Dort kommt es allein auf die richtige Folgenabschätzung an, um relevante Alternativen zielorientiert und faktenbasiert vergleichen und priorisieren zu können.

Diskursversagen

Blickt man auf die umweltpolitische Diskussion der vergangenen Jahrzehnte, dann fällt auf, dass die



Prof. Dr. Ingo Pies ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Debatten keineswegs so vernünftig laufen, wie dies möglich und wünschenswert wäre. Der Befund lautet: Diskursversagen durch Moralkonfusion. Anstatt die Moral auf der Ebene der ohnehin längst erfolgten Ziel-Wahl ins Spiel zu bringen und die Mittel-Wahl rein nach Vernunftgesichtspunkten ablaufen zu lassen, erfolgt auf der Ebene der Mittel eine an sich unnötige Moralisierung der Instrumentenwahl.

So wird das moralische Anliegen einer nachhaltigen Entwicklung durch Emotionen immer wieder in den Hintergrund gerückt. Anstatt diejenigen Instrumente zu wählen, die das Ziel am besten erreichen würden, greift man zu Instrumenten, die die Umweltpolitik unnötig teuer und damit am Ende unattraktiv machen.

In Zweifelsfällen setzt man in Deutschland (mit unvermindert gutem Gewissen) immer noch lieber auf Ordnungsrecht statt auf Ordnungspolitik. Man richtet die umweltpolitischen Hoffnungen völlig erfahrungsresistent eher darauf, dass der Staat dirigistisch mit Ge- und Verboten vorschreibt, was die Unternehmen und Konsumenten zu tun und zu lassen haben, anstatt ordnungspolitisch den Anreizrahmen so zu gestalten, dass die wünschenswerten Verhaltensmuster freiwillig gewählt werden. Die paradoxe Folge: Treten Missstände und Widerstände auf, liegt es nahe, mit moralischer Empörung zu reagieren, also die Moralisierung der Mittelebene zu verstärken. Auf diese Weise steigt der öffentliche Adrenalinpegel, während das sachliche Niveau der Debatte sinkt. So entsteht Diskursversagen.

Klimapolitik oder Kapitalismus?

Insofern ist es kein Zufall, dass sich Teile der Umweltbewegung radikalisieren. Sie machen gravierende moralische Vorbehalte geltend: gegen wirtschaftliches Wachstum, gegen Wettbewerb und schließlich gegen unternehmerische Gewinnorientierung. Aktuell läuft das auf den Slogan hinaus: „Klimapolitik oder Kapitalismus“. Vielleicht dient es einer Versachlichung der Debatte, wenn man aus ethischer Sicht drei Aspekte zu bedenken gibt.

(1) In der Öffentlichkeit gibt es zahlreiche Aufrufe zu Postwachs-

tum, Nullwachstum oder Negativwachstum („Degrowth“). Die zugrunde liegende Überlegung ist leicht einsichtig: Auf einem begrenzten Planeten könne es kein unbegrenztes Wachstum geben. Wer Ressourcen schonen wolle, müsse deshalb auf Verzicht setzen: auf eine Absenkung des Wohlstandsniveaus.

Die Alternative zu diesem Denkmodell – und zu den Kalamitäten, in die es unweigerlich führt – ist den meisten Menschen nicht recht bewusst. Sie besteht darin, Ressourcenschonung mit Wohlstandsmehrerung zu verbinden. Dies setzt freilich einen anderen Begriff von Wachstum voraus. Wachstum wird dann nicht als extensives, sondern als intensives Wachstum verstanden. Extensives Wachstum folgt der Vorstellung, dass mehr Output durch mehr Input erzeugt wird. Intensives Wachstum hingegen bedeutet, dass man mit einem gegebenen Input mehr Output oder alternativ einen gegebenen Output mit weniger Input erzeugen kann. Extensives Wachstum koppelt, intensives Wachstum hingegen entkoppelt Ressourceneinsatz und Wohlstandsproduktion.

Was bedeutet das für den globalen Klimaschutz? Wenn die Menschheit die Klimaerwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts unter zwei Grad Celsius halten will, benötigen wir ab Mitte des Jahrhunderts Negativ-Emissionen. Wir müssen also in einer Nettobetrachtung der Atmosphäre mehr Treibhausgase entziehen, als wir ihr zuführen. Das ist durch Verzichtleistungen – selbst, wenn man es ernsthaft versuchen wollte – gar nicht zu bewirken. Durch Einsparungen kommt die Menschheit nicht einmal in die Nähe von Null-Emissionen, geschweige denn in den negativen Bereich.

Insofern kann man nur sagen: Wer angesichts des Klimaproblems als ökologische Strategie „Degrowth“ und mithin den Verzicht auf extensives Wachstum propagiert, hat die Ernsthaftigkeit dieses Problems und die mit ihm verbundenen Herausforderungen noch nicht richtig verstanden.

(2) Intensives Wachstum beruht auf Innovation, also darauf, dass neues Wissen erzeugt und eingesetzt wird, um mit verbesserter Technologie beziehungsweise mit verbesserter Organisation eine produktivere Wertschöpfung zu erzielen. Negative Treibhausgas-Emissionen erfordern nicht nur neue Formen der Energieerzeugung, sondern auch eine weitgehende Dekarbonisierung der gesamten wirtschaftlichen Produktion einschließlich neuartiger Verfahren zur Treibhausgas-Einlagerung.

Für eine solch umfassende Transformation der bisherigen Produktionsweise – und dies auch noch im globalen Maßstab(!) – sind radikale Innovationen nötig. Hierfür benötigt man ein Zusammenspiel von staatlich finanzierter Grundlagenforschung und unternehmerischer Anwendungsforschung.

Innovation and Imitation

Ferner benötigt man Wettbewerbsmärkte, um gewinnorientierte Unternehmen zu veranlassen, zwei Systemleistungen zu erbringen, die man als Innovationsdynamik und Produktionseffizienz bezeichnen kann. Unternehmen werden unter Konkurrenzdruck gesetzt, um neue – das heißt: wirtschaftlich riskante – Ideen auszuprobieren und ressourcenschonende Produkte sowie Produktionsverfahren auf den Markt zu bringen.

Durch Innovationswettbewerb werden Unternehmen ermutigt –

und sogar gezwungen –, ins Risiko zu gehen, Neues zu wagen und mit Pionierleistungen aufzuwarten. Komplementär hierzu ist der Imitationswettbewerb. Durch ihn werden Unternehmen unter Konkurrenzdruck gesetzt, erfolgreiche Neuerungen möglichst schnell zu adaptieren und flächendeckend zu verbreiten. Ein erfolgreicher Klimaschutz ist ohne das Inneandergreifen von Innovations- und Imitationswettbewerb gar nicht zu denken, und diese wettbewerblichen Steuerungsleistungen wirtschaftlicher Dynamik und Effizienz wiederum sind nur zu haben, wenn Unternehmen sich aufgrund von Gewinnerwartungen auf die damit verbundenen Risiken einlassen.

(3) Nachhaltiger Klimaschutz erfordert, die Märkte nicht – ordnungsrechtlich – außer Kraft zu setzen, sondern sie – ordnungspolitisch – besser in Kraft zu setzen. Das moralische Anliegen des Klimaschutzes wird sich nur dann verwirklichen lassen, wenn es gelingt, neue Eigentumsrechte zu definieren, sodass Treibhausgas-Emissionen ein Preisschild umgehängt wird. Emissionen müssen teuer werden. Die Logik lautet: Sobald Emissionen teuer sind und Unternehmen folglich mit Klimaschutz(-innovationen) Geld verdienen können, muss man sich um dieses ökologische Problem keine größeren Sorgen mehr machen.

Fazit: Sofern das Klimaproblem überhaupt gelöst werden kann, kann es nur durch intensives Wachstum gelöst werden. Folglich kommt alles darauf an, die Marktwirtschaft – mitsamt Wettbewerb und Gewinnorientierung – ökologisch in Dienst zu nehmen. Sie ist das Mittel zum Ziel. Und genau darin liegt ihre moralische Legitimation. ■

Wahrheit, Moral und Ideologie in der Klimapolitik – oder lieber Vernunft?

Wenn Klimaaktivisten an wissenschaftlich verkündete „Wahrheiten“ glauben oder eine höhere Moral für sich in Anspruch nehmen, sollte die Politik skeptisch sein, findet **Hans Jörg Hennecke** – und plädiert für Vernunft

In der Corona-Krise trat ein britischer Virologe mit einem Selbstverständnis auf, wie ich es schon einmal aus dem Mund eines zahlenverliebten Demografen vernommen hatte: „Wir bringen die Wahrheit zur Macht.“ Eine ähnliche Vorstellung haben wohl die Aktivisten von „Fridays for Future“ im Kopf, wenn sie die Politiker anflehen: „Hört auf die Wissenschaft!“ Es ist die alte platonische Sehnsucht nach der Verschmelzung von Wissen und Macht.

Wenn Wissenschaft die „Wahrheit“ beansprucht, dann erliegt sie dem szientistischen Aberglauben einer „verählten“ und im doppelten Sinn „vermessenen“ Wissenschaft, wie es der Rechtsphilosoph Otto Depenheuer ausdrückt. Sie täuscht sich über die unvermeidliche Vorläufigkeit, Bedingtheit und Unschärfe der eigenen Erkenntnisse, Prognosen und Empfehlungen hinweg. Aber die Vorstellung, dass die Wissenschaft eine „Wahrheit“ anzubieten habe, ist aus Sicht der Politik eine verlockende. Sie entlastet die Entscheidungsträger und legitimiert das als alternativlos Verkündete. So bereitet sie den Boden für eine „autoritäre Versuchung“ (Ralf Fücks).

Die Konsequenz daraus darf freilich nicht lauten, dass Politik die Wissenschaft oder deren Rat ignoriert. Das gilt allemal für die Klima-



Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke ist Vorsitzender der List-Gesellschaft e.V. und außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rostock.

forschung, die in den vergangenen Jahrzehnten ernst zu nehmende und dringliche Erkenntnisse zutage gefördert hat. Aber ihre Schätzungen, Prognosen, Szenarien und Handlungsempfehlungen sind – wie diejenigen von Ökonomen oder Virologen – von politisch relevanter Unschärfe und Widersprüchlichkeit. Politik sollte also Wissenschaft nicht absolut setzen und ihr nicht blindlings folgen.

Es hilft der Politik wenig, wenn sie möglicherweise perfekte Lösungen für Detailprobleme aufgreift. Politik steht vor der viel größeren Herausforderung, in undurchsichtigen Gemengelage zwischen bis-

weilen widerstreitenden Expertenmeinungen auszuwählen und Zielkonflikte zu entschärfen. Sie muss Abwägungsentscheidungen treffen, Risiken und Kollateralschäden in Kauf nehmen und Ungewissheiten über die Fernwirkungen von Entscheidungen auf komplexe Ordnungszusammenhänge aushalten. In freien Gesellschaften ist dies die originäre Aufgabe von politischen Institutionen, die sich dafür demokratisch zu verantworten haben. Die Wissenschaft kann die Politik nicht davon entlasten.

Ideologische Imprägnierung

Eng mit dem Glauben an eine wissenschaftliche „Wahrheit“ verknüpft ist die Aura der moralischen Qualität. Es ist für Politiker fast immer bequemer, dem zu folgen, was als politisch korrekt und moralisch gut gilt. Max Webers Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik gilt aber auch für die Umwelt- und Klimapolitik: Die Qualität politischer Entscheidungen bemisst sich nicht an ihren guten Absichten, sondern an ihren guten Folgen.

Politik agiert selektiv, oft träge, manchmal in Krisensituationen aber auch eruptionsartig, wenn es darum geht, die Wirklichkeit wahrzunehmen oder sich zumindest auf veränderte Deutungen der Wirklichkeit einzulassen. Politiker

FOTO: PRIVAT

hängen vielfach unbewusst älteren Theorien und Ideen an, die sie in ihrem Weltbild verinnerlicht haben, und öffnen sich vor allem für solche Ideen, die ihnen beim Machterhalt nützen oder sie in ihrer politischen Identität bestärken. Auch die Rezeption von Ideen zur Klimapolitik folgt einer politischen Logik jenseits der Sachfragen.

Der Bericht des Club of Rome von 1972 wurde nicht zu einem Meilenstein der Umweltpolitik, weil seine dramatischen Szenarien und Prognosen eingetroffen wären. Er avancierte zum Klassiker, weil er ein grundsätzliches Unbehagen an der Wirtschaftsordnung wissenschaftlich untermauerte. Von da an wurde Umwelt- und Klimapolitik lange Zeit im Duktus der Systemkritik vorgetragen: Der Kapitalismus und die ihn stützende bürgerliche Ordnung galten als Quell des Übels, die Lösung wurde in der staatlichen Steuerung gesehen.

Diese ideologische Imprägnierung der Umwelt- und Klimabewegung hat sich im jüngsten Jahrzehnt abgeschwächt. Geblieben sind aber tiefe Skepsis gegenüber ökonomischen Wachstums- und Innovationsprozessen und hohes Zutrauen in interventionistische Maßnahmen. Deren radikaler und ingenieurmäßiger Charakter ist umso auffälliger, als er sich bei Licht besehen nicht mit ökologischem Denken und den daraus ableitbaren Vorstellungen zu einer nachhaltigen Entwicklung ungeplanter, selbst regulierender Ordnungen verträgt.

Gleiches trifft auf die Präferenz für internationale Lösungen zu, welche den Handlungsspielraum und die Verantwortlichkeit dezentraler Einheiten einschränken – und seien es nur die Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation zur Luftreinhaltung, deren rigide, für

unbeabsichtigte Nebenfolgen blinde Anwendung wahre ökologische Schildbürgerstreiche kommunaler Verkehrspolitik hervorbringt.

Nachhaltigkeit durch Haftung

Die ideologische Aufladung stellt nicht nur den Blick der Klimaschutzbewegung auf tragfähige und nachhaltige Lösungen. Sie löst auch Abwehrhaltungen aus, die auf eine Unterschätzung ökologischer Probleme hinauslaufen. Dass Umwelt- und Klimaschutz als „politisch kor-

So etablierte sich unnötigerweise ein Pseudo-Gegensatz zwischen „Moral“ und „Markt“

rekte“ Ziele gelten, verleitet viele Konservative dazu, ihr Heil in der demonstrativen Abwendung von der Mainstream-Moral zu suchen. Sie finden ihre „Wahrheit“ im Tabubruch, nehmen das Bekenntnis zur Atomenergie als Ersatzglauben an oder leugnen den menschengemachten Klimawandel.

Nicht viel anders sieht es im liberalen Lager aus: Weil Liberale für die Marktskepsis der Umweltbewegung wenig Verständnis aufbringen, neigen sie dazu, ökologische Probleme zu ignorieren und zu unterschätzen. Umweltfragen genießen für die Identität liberaler Parteien keinen besonderen Stellenwert, und auch viele marktwirtschaftliche Ökonomen ließen die Umweltthemen lange Zeit links liegen, anstatt mit Walter Eucken konsequent danach zu fragen, wie man ökologische Kosten

zu wahrhaftigen Preisen in die Wirtschaftsrechnung integrieren kann.

So etablierte sich unnötigerweise ein Pseudo-Gegensatz zwischen ökologischem und ökonomischem Denken, zwischen „Moral“ und „Markt“, der den Blick auf das verstellt, was man als „nachhaltigen Kapitalismus“ bezeichnen könnte. Dessen Grundzüge müssten sein: die ökologischen Auswirkungen der menschlichen Zivilisation ernst nehmen; externe ökologische Kosten wirtschaftlichen Handelns vermeiden und das Haftungsprinzip konsequent durchsetzen; zur Vermeidung von Moral-Hazard-Problemen Preise statt Grenzwerte definieren; flexiblen, dezentralen Lösungen mit klarer Verantwortlichkeit und mit Sinn für das Dauerhafte den Vorzug vor Lösungen mit hohen Fehlerkosten geben; auf offene Innovationsprozesse setzen statt der Politik überlegenes Wissen über technologische Optionen zutrauen.

Man müsste dazu dem naiven Glauben an wissenschaftliche Wahrheiten abschwören und dürfte sich nicht in das Fahrwasser ideologischer Instrumentalisierung begeben. Geboten wäre eine verantwortungsbewusste, selbstkritische Vernunft, die mit wachem Gespür für komplexe Ordnungszusammenhänge ausgestattet ist und deshalb mehr auf die Etablierung von Regeln als auf die Herbeiführung konkreter Ergebnisse setzt.

Daraus könnte neues Vertrauen in die politische Ordnung erwachsen, weil ökologische Herausforderungen nicht länger heruntergespielt werden und zugleich jenes Schwelgen in „Panik“, „direkter Aktion“ und „Zivilisationskrise“ verleidet wird, aus dem – egal unter welchen Vorzeichen – schon immer Gefahren für freiheitliche, demokratische Ordnungen erwachsen sind. ■

Klimaschutz als Mobilisierungsideologie: Geht es um den Umbau der Gesellschaft?

Der abgetakelte Sozialismus wurde in der Klimaideologie zum schicken Ökosozialismus aufgehübscht, stellt **Klaus-Rüdiger Mai** fest. Wieder gehe es gegen die Freiheit des Bürgers – und damit um einen Konflikt grundsätzlicher Natur

Nicht selten in der Geschichte verwandelten Juristen Unrecht in Recht, schufen Voraussetzungen, dem Unrecht Gesetzeskraft zu verleihen. Jedem, der die Bürgerrechte und die Werte der Aufklärung für unverzichtbar hält, jagt die totalitäre Kasuistik, wie sie in dem berühmten Aufsatz „Der Führer schützt das Recht“ 1934 von Carl Schmitt formuliert wurde, einen kalten Schauer über den Rücken. Dreh- und Angelpunkt bleiben in der politischen und staatsrechtlichen Diskussion die Freiheit der Bürger und die Beschränkung des Staats.

Dieser Schauer läuft einem allerdings auch über den Rücken, wenn der Lüneburger Professor Thomas Schomerus nun dafür wirbt, aus der Corona-Krise für die „Klimakrise“ zu lernen: „Der Kampf gegen das Virus kann eine Vorbildwirkung für die Bekämpfung der globalen Erwärmung haben.“ Um die Einschränkung der Freiheitsrechte zu rechtfertigen, greift Schomerus zum Totschlagargument des drohenden Untergangs: „Im Angesicht der tödlichen Gefahr ... nimmt die Bevölkerung in einem beispiellosen Akt der Solidarität massivste Grundrechtseinschränkungen in Kauf ... Diese werden ohne großes Murren hingenommen.“

Politische Willensbildung und demokratischer Diskurs werden so en



Der Germanist und Historiker **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** veröffentlicht Romane, historische Sachbücher und politische Essays.

passant als Murren des Bürgers erledigt. Folgerichtig fragt Schomerus: „Warum geht in der Corona-Krise, was in der Klimakrise versagt bleibt?“ Warum vertraut der Bürger nicht vorbehaltlos den „Interpretationseliten“ und nimmt nicht „massivste Grundrechtseinschränkungen“ für die „Bekämpfung der globalen Erwärmung“ hin?

Es gibt indes auch andere Stimmen. Viele Verfassungsrechtler warnen in der Corona-Krise vor der Selbstermächtigung der Regierung und den möglicherweise zu weit gehenden Einschränkungen der Freiheitsrechte der Bürger. Ausnahmezeiten bedürfen erst recht der

demokratischen Kontrolle. Nur die demokratische Kontrolle der Regierung in der Einschränkung der Freiheitsrechte und ihre strikte Terminierung rechtfertigen einigermaßen ein solches Vorgehen. Wird aber die faktische Aufhebung der Gewaltenteilung verstetigt, weil die Corona-Krise in die Klimakrise verlängert wird, rutscht die Bundesrepublik in die Diktatur.

Masterplan für Transformation

Im Grunde argumentiert Schomerus mit Schmitt, wenn er das Recht der Exekutive unterordnet. Geschieht das unter Eingriffen in das Prärogativ der Parlamente, kippt die freiheitlich-demokratische Grundordnung in die ökosozialistische Diktatur mit der ökonomischen Konsequenz einer Kommandowirtschaft.

Sieht man das im Zusammenhang mit dem historischen Ende der vierten Globalisierung, in der sich neue Machtblöcke, die allesamt nationalstaatsbasiert sind, bilden, steht Deutschland der Abstieg zum Viert- oder Fünftweltland bevor. Demokratie benötigt die freie Wirtschaft und eine funktionierende Wirtschaft die Demokratie.

Schomerus' Überlegungen entsprechen Forderungen, die von den Grünen und vom Sachverständigenrat für Umweltfragen erhoben werden und auf eine Auflösung

der Gewaltenteilung hinauslaufen. Denn ginge es nach ihnen, könnte jede Initiative unter Hinweis auf den Klimanotstand und die drohende Vernichtung der Menschheit abgeschmettert werden.

Die Aufgabe des Sachverständigenrats für Umweltfragen besteht darin, die Bundesregierung in Fragen der Ökologie zu beraten. Inzwischen propagiert er aber, die bundesdeutsche Demokratie in eine Art ökosozialistisches Rätssystem zu verwandeln – durch die Schaffung von Parallelstrukturen, die dem Bundestag Kompetenzen im Gesetzgebungsverfahren nehmen.

Als die Klimaideologie zur Mobilisierungsideologie für den Gesellschaftsumbau wurde, legte der Sachverständigenrat einen Masterplan unter dem Titel „Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen – zur Legitimation von Umweltpolitik“ vor. Man achte auf den feinen Unterschied: Nicht die Demokratie entscheidet über ökologische Projekte, sondern die Ökologie begrenzt die Demokratie. Die Demokratie ist für den Rat nachrangig, wie die Grundrechte nachrangig sind; die Bürgerrechte, die Freiheit stehen unter dem Diktat der Ökologie. Besser hätte es Carl Schmitt nicht formulieren können.

Im „Sondergutachten“ des Sachverständigenrats für Umweltfragen wird die „Ergänzung der sozialen Marktwirtschaft und des sozialen Rechtsstaates um eine ökologische Komponente“ gefordert. Gerechtfertigt wird der Umbau mit dem morgen oder übermorgen drohenden Untergang der Menschheit. Das mache eine „starke Steuerung der gesellschaftlichen Stoff- und Energieströme“ notwendig.

Voraussetzung hierfür sei die Erstellung eines Inventars aller wichtigen „Stoffströme“ und zwar

„von der Entnahme aus der Umwelt über ihre Verarbeitung zu Produkten, ihre Nutzung, bis hin zur Freisetzung beziehungsweise Entsorgung“. Zur Erstellung dieser Inventarliste und zur „Steuerung der Ströme“, bedürfte es einer neuen Behörde, deren Konzeption stark an die Staatliche Plankommission der DDR erinnert.

Klimaschutz ins Grundgesetz?

Hatten die Nationalsozialisten, die 1936 in Vorbereitung auf den Krieg eine Vierjahresplanbehörde installierten, den Slogan benutzt: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, so feiert dieser Slogan im sogenannten Sondergutachten eine beängstigende Auferstehung, denn dort heißt

Lehre aus Corona: Soll der Bürger vorbehaltlos den „Interpretations- eliten“ vertrauen?

es, dass „politische Entscheidungsträger“ geschult werden müssen, damit sie „Gemeinwohl als Leitlinie für staatliches Handeln gegen Partikularinteressen durchzusetzen“ vermögen.

Damit jedoch würde der Staat nur sich vertreten und zum Repressionsapparat seiner Bürger werden. Denn diejenigen, die Partikularinteressen verfolgen, sind die Bürger eines Staats, gegen den der Staat das wie auch immer und von wem auch immer definierte „Gemeinwohl“ exekutiert. Bis jetzt geht nach unserem Grundgesetz alle Macht vom Volk und nicht vom Staat aus. Aber auch das ließe sich unter Hinweis

auf die Klimaapokalypse in Verlängerung der Nutzung der Instrumente, die in der Corona-Krise geschaffen wurden, verändern.

Dass es um den Umbau der Gesellschaft geht, belegt die Forderung des Rats, ein umweltrechtliches Integrationsprinzip im Grundgesetz zu verankern. Deshalb soll das Umweltministerium, das auch außerhalb des eigenen Geschäftsbereichs ein Gesetzesinitiativrecht und „analog zum Finanzministerium ein suspensives Widerspruchsrecht für alle Gesetzesinitiativen“ erhalten soll, zur Suprema der Ministerien aufgewertet werden.

Die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments will man durch die Schaffung eines Rats für Generationengerechtigkeit, der verfassungsrechtlich verankert wird, erheblich reduzieren: „Um seine Funktion zu stärken, sollte ihm ein inhaltlich begrenztes, aufschiebendes Vetorecht zugestanden werden.“ Einem demokratisch nicht legitimierten Gremium, das noch dazu auf zwölf Jahre, also drei Legislaturperioden des Bundestags, personell unverändert im Amt bleibt, einer Art ökologischem Wohlfahrtsausschuss, soll ein Vetorecht über Gesetzesvorhaben der Bundesrepublik Deutschland eingeräumt werden?

Um einen „Ordnungsrahmen“ für den Umbau der Sozialen Marktwirtschaft in eine „sozial-ökologische Marktwirtschaft“ zu realisieren, fordern die Grünen in ihrem Antrag „Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land“ auf ihrer 44. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz im November 2019, nicht nur den Klimaschutz in das Grundgesetz aufzunehmen, sondern auch Klimaschutzziele. „Damit werden alle zukünftigen Gesetzesinitiativen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf das Klima zu überprüf- ►►

►► fen sein sowie Klimaschutz“, was immer man darunter versteht, „wird insgesamt besser einklagbar.“

Um die Datenerfassung manipulieren zu können, wollen die Grünen das statistische Mittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) de facto verwerfen, weil es „blind“ sei „für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden“. Der Vorwurf geht nüchtern betrachtet ins Leere, denn darin besteht nicht die Aufgabe des BIP, wie auch ein Thermometer blind für die sozialen Folgen und ökologischen Schäden der Temperaturschwankungen ist. Es zeigt nur die Temperatur an, so wie das BIP den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen ausweist, die in einem Jahr in einer Volkswirtschaft als Endprodukte hergestellt werden. Das BIP trifft somit eine Aussage über die Wirtschaftsleistung eines Landes.

Was ist Wohlstand?

Die Grünen verwechseln Wirtschaftsleistung mit Wohlstand. Die Wirtschaftsleistung ist ein statistisch klar zu erhebender Wert, während Wohlstand eine Größe darstellt, die davon abhängig ist, was unter Wohlstand verstanden wird. Die Große Transformation soll durch einen „Mix aus CO₂-Preis, Anreizen und Förderung sowie dem Ordnungsrecht“ vorangetrieben werden. Im Klartext also durch massive Steuererhöhungen, Verteuerung des Lebens, Umverteilung und Zwang.

Ein Blick auf die Statements rot-rot-grüner Politiker und der Klimaretter von „Fridays for Future“, „Ende Gelände“ oder „Extinction Rebellion“ beweist, dass es nicht um das Klima, sondern um die Wiederkehr der sozialistischen Menschengemeinschaft als ökosozialistische Zivilgesellschaft geht und dass sich hierfür die sogenannte

Klimaretterung als Mobilisierungs-ideologie bestens eignet, weil Apokalyptik jederzeit Rationalität auszuhebeln vermag.

Schon die hübschen Schauerrö-mane der Romantik bewegten die Leser weit mehr als die „Kritik der reinen Vernunft“. Nicht überra-

Weil Apokalyptik Rationalität aushebelt, eignet sich das Klima als Mobilisierungsideologie

schend deshalb, dass die deutsche Fridays-for-Future-Frontfrau Luisa Neubauer in einem Interview mit der „taz“ die Klimafrage als Mittel zum Zweck beschrieb: „Menschen, die sich mit der Klimafrage beschäftigen, stellen irgendwann auch die kapitalistische Wirtschaftsweise infrage.“ Die Klimafrage wird also instrumentalisiert, um „die kapitalistische Wirtschaftsweise“ infrage zu stellen. Im gleichen Interview ergänzt Nike Mahlhaus von „Ende Gelände“: „Kapitalismus gab es nicht schon immer, und genauso kann er auch enden.“ Ähnliches gälte dann allerdings auch für die Zivilisation, für den Wohlstand und für die Menschheit.

Neubauer sagt es in größter Offenheit: „Die Klimakrise ist die Kumulation von multiplen Krisen auf der Welt. Sie ist größer als die Frage unserer steigenden Emissionen.“ Wo Klimakrise draufsteht, ist nicht nur Klimakrise drin, sondern „die multiplen Krisen auf der Welt“. Lediglich ein Sammelsack, denn: „Es geht um unsere imperiale Lebensweise,

die neokoloniale Entwicklungszusammenarbeit. Die Klimakrise ist auch eine Krise, die von Männern verursacht wurde.“ Es mag sein, dass Neubauer ein Problem mit ihrer „imperialen Lebensweise“ hat, aber inwiefern leben die 2,5 Millionen Kinder, die in Deutschland von Kinderarmut betroffen sind, denn „imperial“? Für die Existenzen der Kohlekumpel und ihrer Familien hat sie allenfalls ein Schulterzucken übrig. Man kann darin einen verheerenden Mangel an sozialer Empathie diagnostizieren, aber es entspricht dem sozialistischen Ideal, nach dem zwar alle gleich, aber einige gleicher sind.

Gespenster des Sozialismus

Vor diesem Hintergrund verdeutlichen Schomerus' Überlegungen zweierlei: Erstens stellt er – freilich unbeabsichtigt – das Eskapistische der Klimaapokalyptik bloß; zweitens zeigt sich in diesen Tagen, wie wenig Verteidiger die Soziale Marktwirtschaft, die Demokratie und die Freiheit in Deutschland haben. Der Franzose Pierre Viénot beobachtete bereits 1931 in seinem Buch „Un-gewisses Deutschland“: „Der ‚Fürsorgestaat‘ hat in Deutschland fest Wurzel gefasst und gehört gewiss nicht der bürgerlichen Kultur an. Hiermit treten wir in das weite Gebiet des deutschen Sozialismus ein.“

Nun kehren die Gespenster zurück. Der abgetakelte Sozialismus wurde in der Klimaideologie zum schicken Ökosozialismus aufgehübscht. „Das derzeit noch gängige Leitbild ‚So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig‘ ist nicht mehr zeitgemäß“, verkündete der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Rolf Mützenich. Wieder geht es um den Sozialismus und gegen die Freiheit des Bürgers. Der Konflikt ist grundsätzlicher Natur. ■



**Klimagas aus der Massentierhaltung:
Schweinezeit in Niedersachsen (o.) und
Schlachthof in Nordrhein-Westfalen (u.)**



Umweltschutz und Kapitalismuskritik: ein unzulässiges Junktim?

Ernst Ulrich von Weizsäcker plädiert für eine auf lange Zeiträume angelegte, regelgebundene Verteuerung der Klimaschädigung, etwa eine Treibhausgas-Steuer. So ist eine Synergie zwischen Klimaschutz und Kapitalismus möglich

Die Umweltpolitik nahm ihren ernsthaften Anfang in den 1960er-Jahren. Schon im Dezember 1952 erlebte London die Smog-Katastrophe mit Sichtweiten von weniger als einem Meter und Tausenden von Todesopfern. Die Hauptursache war das Verbrennen billiger, schwefelhaltiger Braunkohle in den Heizöfen der Wohnungen. Es dauerte vier Jahre, bis der Clean Air Act den Haushalten und der Industrie scharfe Beschränkungen auferlegte.

Das war nur das Vorspiel. 1962 veröffentlichte die amerikanische Biologin Rachel Carson das Buch „Der stumme Frühling“, in dem insbesondere Pestizide und Herbizide als Verursacher flächendeckender Zerstörung von Kleintieren, Pflanzen und dann auch Vögeln und Vierbeinern ausgemacht wurden.

Das Buch war ein Weckruf. Auf einmal wurden auch die Luftqualität in Pittsburgh oder Los Angeles, das buchstäbliche Brennen der Oberfläche des Flusses Cuyahoga im Staat Ohio und die entsetzliche Abfallsituation in den Großstädten zum Politikum in den USA. Gleichzeitig gab es in Japan Schwermetallvergiftungen, am bekanntesten die durch Quecksilber ausgelöste Minamata-Krankheit, und dann noch die enorme Luftverschmutzung in den Großräumen von Tokio und Osaka. In Deutschland waren die Luftver-



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ernst Ulrich von Weizsäcker ist Ehrenpräsident des Club of Rome und Honorarprofessor an der Universität Freiburg.

schmutzung im Ruhrgebiet und das vergiftete Rheinwasser die spürbarsten Umweltprobleme.

Überall, wo die Umwelt sichtbar krank war, gingen Menschen zu Tausenden auf die Straße und verlangten Verbote oder zumindest Grenzwerte für die Gifte. Und die Politik reagierte genau so: durch Verbote (etwa des Insektizids DDT) und die Festlegung von Grenzwerten und Qualitätsstandards.

Ordnungspolitik für die Umwelt

Diese frühe Umweltpolitik war „Ordnungspolitik“. Die Industrie musste folgen und tat dies überraschend erfolgreich: durch Filtern von Abluft und Abwasser, Ausmus-

tern persistenter Gifte, Erfinden von saubereren Verfahren. In Deutschland entstand eine regelrechte Umweltindustrie, deren Produkte und Leistungen zu einem lukrativen Exportschlager wurden.

Für Industrie, Landwirtschaft und Handel wurde die Befolgung der Umweltgesetze jedoch auch zu einem erheblichen Kostenfaktor. Das rief die akademische Ökonomie auf den Plan. Die „Umweltökonomie“ suchte nach Möglichkeiten, das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern.

Zum Lieblingsthema wurden „ökonomische Instrumente“, die die saubere Produktion von vornherein kostengünstiger machen würden als die ständige Kontrolle von Abgasen, Abwässern, Abfällen und Produkten. Als ideal wurden handelbare Emissionslizenzen entworfen und angepriesen. Bloß merkte man bald, dass auch diese nicht ohne Kontrolle der tatsächlichen Emissionen auskamen. Eine dritte Option waren freiwillige oder rechtlich gebotene Umweltkennzeichnungen, etwa der „Blaue Engel“ und zahlreiche Labels der Energieeffizienz, der ökologischen Landwirtschaft und der ökologischen Fußabdrücke. Auch hier fallen Kontrollkosten an, aber eher geringe.

In den 1960er- und 1970er-Jahren erlebte die westliche Welt einen systemkritischen Aufbruch, oft mit dem Stichwort der Studentenrevol-

te assoziiert. Es war nicht unüblich, dass sich Umweltschützer mit politisch linken Kritikern verbündeten, die „die geldgierige Industrie“ oder „den Kapitalismus“ als Verursacher der Umweltkrise anprangerten. Gleichzeitig geisterte das verführerische Schlagwort der damaligen indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi durch die Welt: „Poverty is the biggest polluter.“

In der Tat hatten die armen Länder nicht das Geld, um sich den teuren Umweltschutz leisten zu können. Also war das erklärte Ziel der Entwicklungsländer Wohlstand durch Industrialisierung. Und die marktwirtschaftlich organisierten Länder waren sowohl in der Industrialisierung wie in der Entwicklung sauberer Technologien viel erfolgreicher als die staatswirtschaftlich organisierten. Insofern brach die frühe ökologische Kapitalismuskritik in sich zusammen.

Aber es folgte eine zweite Phase der Umweltbesorgnis, in welcher sich die Frage ganz anders stellte als in der ersten. Die zweite Phase baute auf dem Schlagwort der Grenzen des Wachstums, aufgebracht 1972 durch den Club of Rome mit seinem gleichnamigen Buch.

„Die Grenzen des Wachstums“

Allerdings war für die Entwicklungsländer schon dieser Ausdrucksdruck extrem unpopulär. Und die Energiekrise nach 1973 führte der ganzen Welt vor Augen, dass wirtschaftliche Stagnation doch noch ein Stück unerfreulicher war als die vage Furcht vor einer Erschöpfung der irdischen Rohstoffe. Der Club of Rome geriet nach den politischen Siegen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan ins Abseits.

Das war die Sachlage, bis ab 1985 ein neuer Dämon auftauchte, der die Grenzen des Wachstums schlagar-

tig wieder glaubwürdig machte: die Gefahr der globalen Erwärmung. Jetzt kam der Kapitalismus wieder auf die Anklagebank, gerade weil er bezüglich des mit der CO₂-Steigerung verknüpften ökonomischen Wachstums so erfolgreich war. Hieraus entwickelt sich zwangsläufig die Frage, ob das marktwirtschaftliche System auch klimafreundlich werden kann, so wie es bewiesen hatte, dass es die Verschmutzung der 1960er überwinden konnte.

Am attraktivsten ist die langfristige, jährlich nur geringe Verteuerung der Klimaschädigung

Die erste Antwort ist negativ. Der globalisierte Kapitalismus, wie er sich besonders nach dem Zusammenbruch des Kommunismus nach 1990 entwickelt hatte, wurde immer mehr ein Finanzkapitalismus. Die Finanzmärkte fingen an, die Realwirtschaft zu dominieren. Die Steigerung der Kapitalrendite wurde zum gnadenlosen Imperativ für die Geschäftswelt.

Die Kapitalrendite profitierte von globalen Zuliefererketten. Die Transportintensität der Wirtschaft nahm rasant zu. Der Flugverkehr wurde zu einem der großen Verursacher von Treibhausgasen: nicht nur CO₂, sondern auch Wasserdampf und Stickoxide (NO_x). Ferner profitiert die Kapitalrendite von Skaleneffekten. Wenn ein Gut millionenfach verkauft wird, ist es pro Stück entscheidend billiger, als wenn es nur tausendfach verkauft

wird. Und Produzenten und Händler können entsprechend höhere Gewinne abgreifen. Also hat der Investor riesiges Interesse an hohen Stückzahlen.

Klimafreundlicher Kapitalismus

Die zweite Antwort fällt besser aus. Wenn die Emission von Treibhausgasen einen politisch beschlossenen Preis auferlegt bekommt, hat der Geldgeber ein Interesse daran, die Emissionen zu vermindern, also zum Beispiel von Kohleverbrennung auf erneuerbare Energien umzusteigen. Und die Erhöhung der Energieeffizienz sowie der Rohstoffrückführung (Kreislaufwirtschaft) kann ebenfalls die Kapitalrendite verbessern.

Für die Vertreter der Marktwirtschaftslehre ergibt sich daraus die Aufforderung, politische Maßnahmen zu entwickeln, die einen klimafreundlichen Kapitalismus schnell verwirklichen. Es muss darauf geachtet werden, dass die in einem Land eingeführten Maßnahmen keine oder nur geringe negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion im betreffenden Land haben.

Eine Maßnahme halte ich persönlich für die attraktivste: die auf lange Zeiträume angelegte, aber jährlich nur geringfügige Verteuerung der Klimaschädigung. Investoren würden es zu schätzen wissen, dass sie auf Jahrzehnte hinaus kalkulieren könnten, ab wann sich eine Dekarbonisierungsmaßnahme rentiert.

Das Land oder die Region (zum Beispiel die Europäische Union), wo ein solches Anreizsystem etabliert wird, würde zum Magneten für Investoren in klimafreundliche Innovationen. Dann würden sich Klimaschutz und Kapitalismus synergistisch ergänzen. ■

Feldversuch für Klimarebellen

Die Klimaaktivisten hätten angesichts des Shutdowns im Zuge der Corona-Pandemie jubeln müssen, meint **Frank Schäffler**, doch es sei still um sie geworden. Der Shutdown zeige exemplarisch, welchen Preis ihre radikalen Zielvorstellungen haben würden

In den Tagen der Corona-Pandemie kommen einem die Beschlüsse zum Klimanotstand des EU-Parlaments sowie vieler Stadt- und Gemeinderäte aus dem Jahr 2019 surreal vor. Ohne die Klimaänderungen und ihre Wirkung auf Mensch und Natur unterschätzen zu wollen: Der Corona-Shutdown hat gezeigt, wie die von den Klimaaktivisten vorgeschlagenen Maßnahmen wirken. Der Klimanotstand würde einen echten wirtschaftlichen Notstand auslösen.

Die Gruppierung Extinction Rebellion Deutschland fordert, die von „Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen bis 2025 auf Netto-Null zu senken“. Netto-Null bedeutet, dass alle durch Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen durch Reduktionsmaßnahmen wieder aus der Atmosphäre entfernt werden müssen und somit die Klimabilanz der Erde netto, also nach den Abzügen durch natürliches und künstliches Senken, null beträgt.

Der Shutdown zeigt uns exemplarisch, welchen Preis dies hat. Kaum jemand fliegt mehr, die weltweiten Wertschöpfungsketten sind unterbrochen, die Produktion steht vielerorts still, Dienstleistungen werden nicht mehr angeboten und das Leben erlahmt. „Social Distancing“ könnte Begriff des Jahres werden.

Die Klimarebellen müssten jubeln, doch es ist still um sie geworden. Vielleicht wird ihnen jetzt mulmig, denn dieser Preis ist hoch. Am 15.



Frank Schäffler MdB ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Steuern und Finanzen der Fraktion der Freien Demokraten. Er ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

April 2020 ging das ifo-Institut bei einem drei Monate andauernden Shutdown von einem Einbruch der Wirtschaftskraft von bis zu 729 Milliarden Euro (20,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) aus. Bis zu 1,8 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren und sechs Millionen Arbeitnehmer befanden sich in Kurzarbeit.

Pseudoreligiöse Züge

Ein Ende der Corona-Krise ist in weiter Ferne, aber in Sicht. Netto-Null-Emissionen hingegen erlauben es nicht, anschließend wieder das vorherige Verbrauchsverhalten an den Tag zu legen. Sie würden dauerhaft dazu führen, dass kein Flugzeug fliegt, die Industrieproduktion darniederliegt und die

Menschen zu Hause bleiben. Insofern wäre ein Einbruch der Wirtschaftskraft um 20,6 Prozent ein leises Lüftchen dessen, was uns bei einem längeren Shutdown drohte. Es wäre der Rückfall in vorindustrielle Zeiten. Doch das zählt in der Klimadebatte nicht; sie hat mitunter pseudoreligiöse Züge. Es geht um den „Untergang der Welt“, um unumkehrbare „Kipp-Punkte“ und um Emotionen.

Dabei sind nationale Maßnahmen nicht die Lösung. Die Bundesregierung hat zugesagt, bis 2030 die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent zu reduzieren, bis 2050 sogar auf null Prozent. Die Einsparung der weltweiten Emissionen gegenüber heute betrüge allerdings gerade einmal 0,5 Prozent.

Staatlich oktroyierte Maßnahmen, die Industrie in Richtung einer Netto-Null umzuformen, würden wie eine unbegrenzte Verlängerung des derzeitigen Shutdowns wirken – mit fatalen Folgen für den Wohlstand. Und dies alles, ohne die globale Klimaveränderung von Deutschland aus nennenswert zu beeinflussen. Die Modellierung einer Welt von oben hat nie funktioniert. Die Sozialismen dieser Welt sind alle gescheitert, in erster Linie wegen der Anmaßung von Wissen.

Die einzige Hoffnung für die Zukunft sind nicht Verzicht und der Rückfall in vergangene Zeiten, sondern die permanente Verteidigung der individuellen Freiheit und der marktwirtschaftlichen Ordnung. ■

FOTO: STUDIO KOHLMEIER



Wir bekennen uns zu Ludwig Erhard

WMP EUROCOM AG
WIRTSCHAFT • MEDIEN • POLITIK • BERATUNG

Er war der Vater der Sozialen Marktwirtschaft –
und deshalb so erfolgreich, weil er Wirtschaft erklären konnte.

Wir fühlen uns seinem Vermächtnis verbunden.
Die WMP Eurocom AG ist Deutschlands führende
unabhängige Kommunikationsagentur.

Wir erzählen auch Ihre Geschichte –
spannend, eingängig und mit Durchschlagskraft.

Möglichkeiten auf Landesebene: Umweltpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, wirtschaftliche Chancen und soziale Teilhabe gehören zusammen. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist nach **Ursula Heinen-Esser** offen genug, unvermeidliche Zielkonflikte in Einklang zu bringen

Die Soziale Marktwirtschaft setzt seit Jahrzehnten den Ordnungsrahmen für eine erfolgreiche Wirtschaft, in der die Kräfte verantwortlich handeln können. Gepaart mit dem Ziel der Bewahrung der Schöpfung – Kern unseres politischen Auftrags –, ist es vor allem in den 1970er- bis 1990er-Jahren gelungen, mithilfe von ordnungspolitischen Maßnahmen gravierende Umweltschäden zu beseitigen. Heute ist der Himmel über der Ruhr wieder blau, saurer Regen kein Thema mehr, und der Rhein ein Refugium für bedrohte Fischarten.

Derzeit haben wir es mit qualitativ anderen ökologischen Herausforderungen zu tun. Die Veränderungen des Klimas und der Artenverlust stehen für diese neue Dimension. Gemeinsam ist diesen Umweltproblemen, dass sie sehr schnell eskalieren. Wir haben Schnelligkeit, Intensität und Beständigkeit bei der Änderung des Klimas unterschätzt – die letzten Dürresommer sind der Beleg, dass es nicht bei schmelzenden Eisbergen und tauenden Permafrostböden bleibt.

Die Antworten darauf stellen uns vor große wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgaben. Es ist nicht mehr mit nachsorgendem Umweltschutz in Form von Abwasser- und Abgasreinigung getan. Gebraucht werden strukturelle Veränderungen und komplexe Lösungsansätze –



Ursula Heinen-Esser ist Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung**.

letztendlich ein fundamentaler Wandel von Technologien, Wirtschaftsweisen und Märkten. Es gibt hierzu einen deutlichen gesellschaftlichen Willen: Viele Menschen haben verstanden, dass wir die Kosten unserer Lebens- und Wirtschaftsweise nicht auf zukünftige Generationen abwälzen können.

Umweltschutz treibt Innovation

In vielen Bereichen ist die Wirtschaft weiter als die Politik: Engagierte Unternehmer gehen über gesetzliche Standards hinaus und begreifen diese Investitionen als

Wettbewerbsvorteile. In NRW hat sich ein Global Player der Stahlerzeugung zur klimaneutralen Herstellung bis 2050 verpflichtet; einer der umsatzstärksten Stromerzeuger Deutschlands stellt sich bei den regenerativen Energien neu auf. Dies zeigt: Erfolgreicher Klimaschutz und ein starker Wirtschaftsstandort können so verbunden werden, dass sie den Herausforderungen von Energiewende und Klimawandel genügen.

Umweltwirtschaftsprodukte und -dienstleistungen sind am Markt wirtschaftlich erfolgreich. Umweltschutz rechnet sich und ist Innovationstreiber. Unterstützt durch eine Landesstrategie und öffentliche Förderung ist NRW zum bundesweit größten Anbieter in der Umweltwirtschaft geworden.

Das Ziel einer nachhaltigeren Lebens- und Wirtschaftsweise verlangt echte Nachhaltigkeitspolitik auf Bundesebene, die sich über die Länder in die Kreise und Städte hineinziehen muss – zusammen mit einer neuen Integration von Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Dreiklang aus dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, wirtschaftlichen Chancen und sozialer Teilhabe gehört zusammen. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist offen genug, die unvermeidlichen Zielkonflikte in Einklang zu bringen, muss aber

nachhaltiger werden, um zukunftsfähig zu bleiben.

Vertikale Integration von Nachhaltigkeitspolitik findet ihren Ausdruck beispielsweise in der Verankerung grüner Stadtentwicklung in Richtlinien und Satzungen auf Landes- und kommunaler Ebene. Grüne Infrastruktur – von blühenden Vorgärten über begrünte Flachdächer und Fassaden bis hin zu Freiflächen und Parks – sorgt im Klimawandel für zusätzliche Kühlung überhitzter Innenstädte und dient als Lebensraum für Insekten.

Das globale Phänomen des Insektenrückgangs zeigt, dass es nicht die eine Maßnahme in der Umweltpolitik gibt. Es ist notwendig, an vielen Schaltstellen anzusetzen. Eine Biodiversitätsstrategie auf Landesebene enthält daher genauso die Förderung einer die Artenvielfalt unterstützenden Landbewirtschaftung wie Naturschutzmaßnahmen im Wald und ökologisches Grünflächenmanagement auf kommunaler Ebene. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine zentrale Herausforderung unseres Jahrhunderts, vergleichbar mit dem Klimaschutz.

Langfristig aus Verantwortung

Die klimatischen Veränderungen haben unmittelbare Auswirkungen in der Land- und Forstwirtschaft. In der Forstwirtschaft – übrigens dem Sektor, in dem der Nachhaltigkeitsbegriff entstanden ist – wurde durch Trockenheit und Schädlingsbefall in einem Sommer vieles vernichtet, was für Generationen gepflanzt war. Ein breit aufgestellter Wirtschaftszweig, der gerade in ländlichen, oft strukturschwachen Regionen Wertschöpfung ermöglicht, ist durch die Folgen des Klimawandels gefährdet. Diese Gefahr bedroht nicht nur Artenvielfalt, Klimaschutz und mit der

Forstwirtschaft verbundene Existenzen, sondern zunehmend auch Leib und Leben – das haben großflächige Waldbrände im Frühjahr deutlich gemacht.

Verantwortungsvolle Politik bedeutet, langfristig zu denken. Für die Zukunft des Waldes bedeutet dies konkret: Auf Länderebene müssen wir durch strategische Planung und finanzielle Förderung die Weichen so stellen, dass mit der Wiederbewaldung der verlorenen Flächen ein klimastabiler Mischwald entsteht, der weniger gefährdet durch Dürre, Schädlinge und Waldbrände ist. Ziel sind Wälder, die ökologisch und klimatisch wertvoll sind, aber auch forstwirtschaftlich genutzt werden können.

Am Beispiel landwirtschaftlicher Produkte sieht man, dass der Markt nicht alles zum Guten regelt. Die Wertschätzung von Landwirten und ihren Produkten ist verloren gegangen, weil die Mittel zum Leben verramscht werden. Das Dreiecksverhältnis Erzeuger – Handel – Verbraucher ist aus den Fugen geraten: Landwirte werden als Umweltzerstörer diffamiert und leiden unter niedrigen Erzeugerpreisen, der Handel klagt über niedrige Margen, der Verbraucher will mehr Umweltschutz im Essen, dafür aber möglichst nicht mehr bezahlen – in der jetzigen Situation scheint es nur Verlierer zu geben. Es ist Zeit für ein Umdenken.

In einer Marktwirtschaft ist es Aufgabe der Politik, einen verlässlichen Handlungsrahmen zu setzen. Planungssicherheit ist Grundbedingung für erfolgreiches Handeln. Dazu gehört, einer Landwirtschaft im Umbruch eine wirtschaftliche Perspektive für ihre Betriebe aufzuzeigen. In NRW haben wir im Dialog mit den Landwirten eine Strategie für nachhaltige Nutztierhaltung

entworfen, die tier- und umweltgerecht, aber auch ökonomisch und sozial fair ist.

Unabdingbar für ein anständiges Miteinander in der Lebensmittelkette ist ein Preis, der auch die Kosten für Umwelt und Tierwohl abbildet. Dazu gehört die Transparenz der Bedingungen, unter denen unser Essen erzeugt wurde. Nur so kann mehr Wertschätzung unserer Nahrung und ihrer Erzeuger erreicht werden – im Übrigen eine der wenigen positiven Begleiterscheinungen der aktuellen Corona-Krise.

Einmalige Gelegenheit

Durch die unmittelbare persönliche Bedrohung der Pandemie ist die Sicherung unserer natürlichen Ressourcen in den Hintergrund geraten. Covid-19 hat jedoch die planetaren Belastungsgrenzen nicht verschoben, sondern im Gegenteil nahegelegt, dass eine weitgehend intakte Umwelt – im konkreten Fall eine geringe Luftverschmutzung – als Vorsorge dient und zur Widerstandsfähigkeit gegenüber solchen Krisen beitragen kann.

Es gibt jetzt die einmalige Gelegenheit, beides zu verbinden: Konjunkturprogramme können durch gezielte Förderung jene Kraft wirtschaftlich-technischen Fortschritts mobilisieren, die in der Marktwirtschaft liegt. Bei großen strukturellen Brüchen liegen die Lösungen im Ausschöpfen des Potenzials in Forschung und Entwicklung.

Gerade die innovativen Produkte und Dienstleistungen einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft schaffen zukunftssichere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und ermöglichen dadurch nachhaltiges Wirtschaftswachstum – und legen damit für Staat und Gesellschaft das Fundament für die Bewältigung von Krisen in der Zukunft. ■

Der klimapolitische Alleingang der Deutschen muss ein Ende haben

Der grüne Aktionismus in der Klimapolitik macht Deutschland arm und andere Länder reich – ohne dass es dem Klima nützt, meint **Hans-Werner Sinn**. Daher müsse der Luxus eines ideologischen Alleingangs der Deutschen ein Ende haben

Die Corona-Pandemie wird das deutsche Sozialprodukt um Hunderte von Milliarden Euro vermindern. Zugleich hat der Staat für ihre Bekämpfung über 1000 Milliarden Euro Kreditmittel aktiviert, was 30 Prozent des Sozialprodukts 2019 entspricht. Dazu kommen Hilfsprogramme der Europäischen Union im Umfang von 540 Milliarden Euro, an denen Deutschland proportional beteiligt ist. Diese Ausgabenprogramme zur Abwendung einer Krise sind in Friedenszeiten ohne Parallelen. Eine Generation von Deutschen wird an ihnen zu tragen haben.

Dabei stehen bereits genug Lasten aus demografischen Gründen an. Die Babyboomer, also die Generation, die um das Jahr 1964 geboren wurde, wollen in einem Jahrzehnt eine Rente von Kindern finanziert bekommen, die sie nicht haben.

„DINK“ – „Double Income, No Kids“: Dieser Begriff kennzeichnet die fehlende Nachhaltigkeit der Lebensweise dieser Generation. Man erspart sich die Lasten des Kindererziehens; gleichzeitig teilt man sich die Versorgung der eigenen Eltern, die noch genug Kinder hatten, im Rentensystem mit vielen Geschwistern. Diesen Luxus konnte sich bislang keine Generation erlauben, und es wird auch nie wieder eine Generation geben, die sich das erlauben kann.



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn lehrte an der Ludwig-Maximilians-Universität München und war bis 2016 Präsident des Ifo-Instituts. 2013 erhielt er den **Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik**.

Das liegt auch daran, dass sich der Staat in den vergangenen Jahren mit riesigen Leistungsversprechen zur Überwindung der Eurokrise belastet hat. Neben den fiskalischen Rettungsschirmen, die „auf Pump“ finanziert wurden, und den unbegrenzten Schutzversprechen der EZB zulasten der Steuerzahler stehen die vermutlich nie mehr einbringbaren Target-Forderungen der Bundesbank im Raum, die sich der Marke von 1000 Milliarden Euro nähern. Gehen sie verloren, muss der Staat die Bundesbank laut Bundes-

verfassungsgericht im Umfang der Verluste rekaptalisieren.

Es besteht die Gefahr, dass sich Deutschland schon in einem Jahrzehnt unter die finanziell angeschlagenen Länder dieser Welt wird einreihen müssen. Angesichts der Überforderung der jungen Generation ist es höchste Zeit, das Staatsbudget von unnötigen Ausgaben zu entlasten. Von nun an kann nur noch das unabwiesbar Dringliche finanziert werden; Luxus kann sich der Staat nicht mehr leisten.

Ideologischer Luxus

Das gilt insbesondere für den ideologischen Luxus, der die Energiepolitik kennzeichnet. Wir brauchen nicht Windflügel als Sakralbauten zur Huldigung der Naturgottheiten, sondern eine bezahlbare und sichere Energie, die im Einklang mit dem Ziel der Verlangsamung des Klimawandels bereitgestellt werden kann.

Als Sofortmaßnahme ist der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie zu vollziehen, denn Kernenergie ist sicher und klimaneutral; vor allem ist sie billig, weil die Kraftwerke schon gebaut sind. Die deutschen Druckwasserreaktoren haben keine Ähnlichkeit mit dem Graphitreaktor aus Tschernobyl, und es gibt an den deutschen Standorten weder Erdbeben noch Tsunamis. Das Endlagerproblem

ist ein Scheinproblem, denn neue Reaktortypen sind in der Lage, die alten Brennstäbe weiterzuverwenden. Die ganze Welt baut neue Atomkraftwerke. Selbst Schweden, das erste Land, das nach dem Unfall von Harrisburg aussteigen wollte, will seine AKW dauerhaft weiterbetreiben und gegebenenfalls durch modernere Typen ersetzen.

Sodann ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abzuschaffen. Es kostet die Stromverbraucher jedes Jahr circa 25 Milliarden Euro und hat ihnen die höchsten Strompreise der industrialisierten Welt verschafft. Dennoch ist es für den CO₂-Ausstoß Europas vollkommen irrelevant, weil es sich auf den Bereich der Kraftwerke bezieht, der in Europa bereits durch den Emissionshandel kontrolliert ist. Der „Cap“, also die Obergrenze für den CO₂-Ausstoß der europäischen Kraftwerke, wird in Brüssel gesetzt, und kein einzelnes Land hat die Macht, den Gesamtausstoß zu ändern.

Indem die deutschen Einspeisetarife den grünen Strom fördern, verdrängen sie nicht nur die Kohlekraftwerke, sondern auch die Emissionszertifikate, was anderen Ländern bei sinkenden Preisen dieser Zertifikate ermöglicht, so viel mehr CO₂ auszustoßen, wie Deutschland einspart. Je nachdrücklicher die Ökonomen das Ende dieser sinnlosen Geldvernichtung durch das EEG fordern, desto mehr verschließen die Politiker ihre Ohren.

Ein ähnliches Problem ergibt sich beim Mineralölverbrauch. Deutschland hat sich bei den EU-Vereinbarungen zum CO₂-Ausstoß der Autos auf eine Strategie eingelassen, die impliziert, dass die Autoflotte eines Herstellers im Jahr 2030 im Schnitt nur noch 2,2 Liter an dieseläquivalen-

ten Treibstoffen pro 100 Kilometer verbrauchen darf.

Die Hersteller sollen dadurch gezwungen werden, Elektroautos zu bauen, die angeblich kein CO₂ ausstoßen – obwohl sie ja wenigstens teilweise mit Kohlestrom betrieben werden. Auch hat Deutschland beschlossen, ab 2025 keine Ölheizungen mehr zuzulassen.

Wenn Europa weniger Öl auf den Weltmärkten kauft, werden die geförderten Ölmengen zu fallenden Weltmarktpreisen anderswohin ge-

Je nachdrücklicher die Ökonomen das Ende dieser sinnlosen Geldvernichtung durch das EEG fordern, desto mehr verschließen die Politiker ihre Ohren

liefert; das Mineralöl, das die Europäer einsparen, wird anderswo verbrannt. Es käme nur zu einem positiven Klimaeffekt, wenn die Ölproduzenten aufgrund der europäischen Einschränkungen weniger Öl förderten. Allerdings gibt es dafür keine Anhaltspunkte.

Die Ölpreise sind keine Kostenpreise, sondern Knappheitspreise, die weit über den Kosten der Exploration und Förderung des Öls liegen: Schauen die Anbieter auf die kurze Frist, werden sie bei fallenden Preisen versuchen, ihre Einnahmeverluste durch höhere Fördermengen auszugleichen. Sie sind

auf die Einnahmen angewiesen, um ihre Staatsbudgets zu finanzieren. So gesehen führt die europäische Einschränkung bei der Ölnachfrage zu erhöhter Förderung und damit zur Beschleunigung des Klimawandels, denn alles, was extrahiert wird, wird auch verbrannt.

Denken die Anbieter langfristig, steht ebenfalls zu befürchten, dass sie ihr Angebot ausweiten, denn sie könnten die europäische Politik als Beginn einer neuen Ära ansehen, in der durch die grünen Energien ihr Markt kaputt gemacht wird. Das veranlasst sie, den Abbau ihrer Lagerstätten vorzuziehen.

Das „Grüne Paradoxon“

Dieses Verhalten bezeichne ich als „Grünes Paradoxon“. In beiden Fällen – bei der kurzfristigen und bei der vorausschauenden Denkweise – besteht die Gefahr, dass die europäischen Mengeneinschränkungen die weltweite Ölförderung vergrößern. Andere Ölverbraucher im Rest der Welt profitieren nun zweimal: Zum einen verbrauchen sie zu fallenden Preisen jene Ölmengen, die die Europäer freigeben; zum anderen verbrauchen sie bei abermals fallenden Preisen jene Mengen, die die Förderländer zusätzlich extrahieren.

Für das Klima ist das fatal, denn der globale CO₂-Ausstoß steigt aufgrund der europäischen Einschränkungen. Der grüne ideologische Aktionismus der letzten Jahre macht die Deutschen arm und andere Länder reich, doch nützt er dem Klima nicht. Statt den Klimawandel zu verlangsamen, beschleunigt er ihn womöglich.

Der Luxus eines ideologischen Alleingangs der Deutschen bei der Klimapolitik muss ein Ende haben. Die verträumte Weltsicht mancher grüner Vordenker können wir uns nicht mehr leisten. ■

Umdenken fürs Klima: Die „Zukunftskunst“ des 21. Jahrhunderts

Der Klimawandel ist durch menschliches Handeln beeinflussbar, da ist sich **Uwe Schneidewind** sicher. Und ihn positiv zu gestalten, müsse dabei nicht auf Kosten eines guten Lebens gehen, sondern ganz im Gegenteil

In der internationalen Klimaforschung besteht weitgehender Konsens darüber, dass der derzeitige Klimawandel durch die massive Verbrennung fossiler Rohstoffe seit der Industrialisierung ausgelöst wurde. Gerade in den Tagen der globalen Corona-Krise zeigt sich, wie eng der Zusammenhang von wirtschaftlicher Tätigkeit und Treibhausgas-Emissionen ist. Wie schon in der Finanzkrise führt der Einbruch der Wirtschaftstätigkeit zu einer unmittelbaren Reduktion der CO₂-Emissionen. Selbst die für nicht mehr erreichbar gehaltenen CO₂-Reduktionsziele Deutschlands für 2020 werden durch die Krise vermutlich sogar übertroffen.

Das ist jedoch kein Grund zur Freude. Für diesen Effekt wird ein hoher Preis bezahlt. Die Frage ist daher, ob ein Umbau unseres gegenwärtigen Wirtschaftens gleichzeitig die Klimagase erheblich reduzieren und unseren Wohlstand gewährleisten kann. Das Wuppertal Institut hat für dieses Ziel das Konzept der „doppelten Entkopplung“ geprägt. Denn ein gutes Leben für bald zehn Milliarden Menschen auf der Welt bei absolut sinkendem Ressourcenverbrauch zu erreichen, benötigt zwei Formen der Entkopplung: sowohl auf der Ebene künftiger Technologien und Geschäftsmodelle als auch auf der Ebene von Wohlstandsmodellen und Lebensstilen.



Prof. Dr. Uwe Schneidewind war bis Ende April 2020 wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie gGmbH.

(1) Die Vision der technologischen und ökonomischen Entkopplung ist längst auf der politischen Agenda in aller Welt angekommen: Formeln des „Grünen Wachstums“ oder „Green Deals“ stehen hierfür. Es geht darum, die wirtschaftliche Tätigkeit auf ökologische Füße zu stellen: Regenerative Energien, emissionsarme Antriebe, CO₂-freier Stahl, grüne Chemie und eine digitalisierte Kreislaufwirtschaft sind Entwicklungen, die heute den Kompass für viele Branchen vorgeben. Auch politisch werden in immer mehr Ländern die Weichen dafür gestellt, dass sich der entsprechende Strukturwandel beschleunigt.

Der Blick auf die technologischen Fortschritte der vergangenen 30 Jahre zeigt aber, dass diese Form der Entkopplung vermutlich nicht ausreichen wird. Trotz erheblicher ökologischer Effizienzgewinne bei einzelnen Technologien sind die globalen Belastungen weiter angestiegen. Allein der CO₂-Ausstoß hat sich fast verdoppelt.

(2) Die Frage nach der Beeinflussbarkeit des Klimawandels durch menschliches Handeln wird sich daher auf der Ebene der zweiten Entkopplung entscheiden. Wird es gelingen, Wohlstandsmodelle zu etablieren, die gutes Leben global verallgemeinerbar machen?

Sie deuten sich in ersten Konturen an: Bewusste ökologische und fleischarmere Ernährung gewinnt insbesondere in der jüngeren Bevölkerung Akzeptanz. Lösungen liegen auch in neuen Mobilitätsmustern. Studien zeigen, dass der Verkehr in Städten bei fast gleicher Mobilität mit einem Zehntel der heutigen Autos befriedigt werden könnte.

Daher gilt: Der Klimawandel ist durch menschliches Handeln beeinflussbar – und das muss nicht auf Kosten eines guten Lebens gehen. Das gute Zusammenspiel von gesellschaftlichem, politischem, ökonomischem und technologischem Wandel nennt das Wuppertal Institut die „Zukunftskunst“ des 21. Jahrhunderts. ■

Geld zurück beim alten Diesel?

Jetzt aktuelles Urteil nutzen
und Widerruf prüfen!



Kostenlose Ersteinschätzung* unter:

06251 984 16 75

info@anlagematrix.de

ERFAHREN / ZIELSICHER / UNABHÄNGIG / KLAR

Anlagematrix AG, Promenadenstr. 14, 64625 Bensheim

Kapital fürs Klima und Mut zum Markt!

Im Sinne der Generationengerechtigkeit besteht die Pflicht, zukünftigen Generationen Wohlstand und ein Leben in einer intakten Umwelt zu ermöglichen, so **Michael Hüther**. Die Kapitalmärkte haben das bereits verstanden

Das erste große deutsche Umweltschutzprogramm orientierte sich noch maßgeblich an einer ordnungspolitisch verankerten Grundlinie. Im Kabinett von Willy Brandt begriff man 1970 Umweltverschmutzung als Marktversagen im neoklassischen Sinn und versuchte, dem Problem über das nachgelagerte Internalisieren der externen Effekte beizukommen. Um den „blauen Himmel über der Ruhr“ wiederherzustellen, bekam Umweltschutz einen nachsorgenden Charakter. Für Gemeingüter wie saubere Luft oder den sauberen Rhein ließ sich so ein Staatseingriff legitimieren.

Eine grundsätzlichere umweltbezogene Kritik an der Wirtschaftsweise wurde öffentlichkeitswirksam mit dem Bericht „Grenzen des Wachstums“, durch den Club of Rome im Jahr 1972 formuliert, mit dem sich auch ein vorsorgender Klimaschutz begründen lässt, der den Qualitätserhalt der Umwelt und die Sicherung kritischer Ressourcen adressiert. Die internationalen Klimakonferenzen sowie das Pariser Abkommen 2015 tragen beide Handschriften und verstehen insbesondere den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß als irreversibel.

Gemäß dem Stand der Klimaforschung müsste der globale CO₂-Ausstoß um über 30 Prozent sinken, um den Temperaturanstieg zwischen



Prof. Dr. Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Er ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

2020 und 2030 auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, bis 2050 sogar um bis zu 70 Prozent. Allein die Dimension dieser Zahlen deutet auf die Dringlichkeit und Handlungsnotwendigkeit hin. Auch die vielen Rufe nach Verboten für das individuelle Handeln hier und dort werden mit der notwendigen Tempoverschärfung beim Klimaschutz begründet.

Unterschiedliche Ambitionen

Allerdings sind dabei die national wie regional unterschiedlichen Ambitionsniveaus in ihrer globalen Rückwirkung zu beachten. Wird Klimaschutz einseitig verschärft, verlagern sich Emissionen lediglich – zulasten der heimischen Beschäftigung. Eine nachhaltige

wirtschaftliche Entwicklung muss immer gleichwertig die soziale und freiheitliche Komponente in den Blick nehmen.

Ein verordneter Wachstumsstopp mag in den heutigen Industrieländern schwer vorstellbar sein; in Schwellen- und Entwicklungsländern kommt er als paternalistischer westlicher Wahnsinn daher. Vielmehr benötigen ärmere Länder Unterstützung und Technologie, vor allem bei Basisinfrastrukturen, um elementare Gesundheitsversorgung und Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Diskutieren ließe sich ein internationaler Handel mit Reduktionsverpflichtungen, bei dem reiche Länder diese den ärmeren Ländern abkaufen können. Dem Klimaschutz wäre dann genauso geholfen wie den Handlungsmöglichkeiten im globalen Süden.

Der Europäische Zertifikate-Handel (ETS) stellt ein überregionales und beispielhaftes Steuerungsinstrument im Klimaschutz dar. Mit der Macht des Markts werden länderübergreifend Unternehmen mit effizienten Anlagen belohnt und jene mit hohem CO₂-Ausstoß belastet. Über eine Verknappung der Zertifikate kann ein maximal effizienter Klimaschutz erfolgen, bislang allerdings nur in der Industrie und im Energiesektor.

Spätestens seit dem Preisanstieg Mitte 2018 entfaltet der Marktme-

chanismus seine Wirkung. Auch hier muss die Politik jedoch im Blick behalten: Regionalspezifisch wird je nach Wirtschaftsstruktur ein hoher Preis bezahlt.

Der CO₂-Ausstoß als klare Maßzahl für Klimaschädlichkeit macht den Zertifikate-Handel wegen seiner Mengensicherheit und seiner effizienten Wirkung so attraktiv. Zwingend ist allerdings, die anderen emittierenden Wirtschaftsbe- reiche – Verkehr und Wohnen – systematisch zu integrieren.

Häufig ist jedoch auch mehr Abwägung gefragt. Interessenkonflikte brechen etwa auf, wenn der

Ausbau von erneuerbaren Energien mit Naturschutz in Widerspruch gerät. Legitime Ansprüche müssen selbstverständlich Gehör finden. Investoren müssen aber ebenso in einem absehbaren Zeitrahmen sicher planen können. Nicht nur bei Großprojekten wurde dieses Ziel zuletzt verfehlt.

Innovationen statt Verzicht

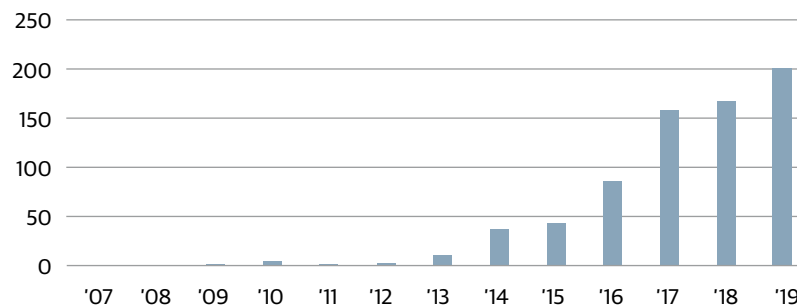
Richtungsweisend könnte die europäische Green Bond Standard Initiative wirken, soweit sie vom Markt geprägt und getragen ist. Über Jahre ist die Nachfrage nach „grünen“ Kapitalanlagen gestiegen, wenngleich

das Gesamtvolumen noch überschaubar ist; so erreichten Green Bonds 2017 gerade mal ein Prozent aller ausstehenden Anleihen. Den Anlegern stand lange ein unübersichtlicher Strauß an Produkten unter dem Label „ESG – Environmental Social Governance“ gegenüber. Die Europäische Kommission will nun die von der Zivilgesellschaft erarbeiteten Standards von „grünen“ Investitionskriterien in ein staatlich geprüftes Gütesiegel überführen. Das kann helfen, den Grundstein für kapitalunterlegte Innovationen zu liefern und in Kombination mit kluger Regulierung von Produktion und Konsum eine Effizienzrevolution zu unterstützen.

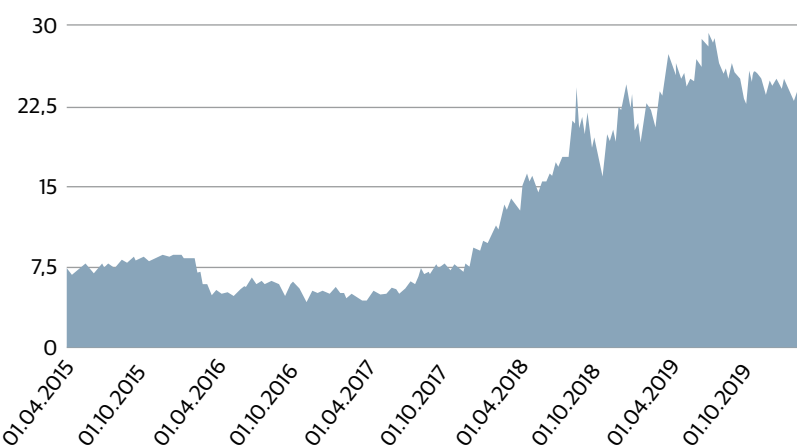
Im Sinne der Generationengerechtigkeit besteht die Pflicht, Instrumente umzusetzen, die zukünftigen Generationen Wohlstand und ein Leben in einer intakten Umwelt ermöglichen. Die Kapitalmärkte haben bereits heute verstanden: Nur mit technologiegetriebenen Innovationen können wir auch in Zukunft klimafreundlich produzieren und die steigenden Bedürfnisse rund um den Globus befriedigen. Verzicht mag der scheuklappenartig engen Zielerfüllung des Klimaschutzes dienen, die Degrowth-Philosophie ist hingegen kaum mit einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu vereinbaren.

In der Dringlichkeit der Zielerfüllung sind sich alle einig. Daher brauchen wir schnell wirksame Instrumente, die Klimaschutz und Wohlstandswahrung vereinen. Nun geht es an die Zielerfüllung – mit klaren, fairen und verlässlichen Rahmenbedingungen kann Europa seiner globalen Vorbildfunktion gerecht werden. „Mut zum Markt!“ ist dabei auch auf diesem Politikfeld die Devise. ■

Markt für „grüne Anleihen“, Emissionsvolumen in Mrd. US-Dollar



Preis für europäische Emissionszertifikate in Euro pro Tonne CO₂



QUELLE: CLIMATE BONDS INITIATIVE, FEBRUAR 2020, BLOOMBERG

Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Der Klimawandel wird zur Bewährungsprobe für die offene Gesellschaft, so **Ralf Fücks**. Er fordert eine ökologische Ordnungspolitik, die ambitionierte Ziele mit Innovationsoffenheit und Lernfähigkeit verbindet – und einen verlässlichen Orientierungsrahmen, der auf zu enge Vorgaben verzichtet

Die Corona-Pandemie hat den Klimawandel aus den Schlagzeilen verdrängt. Er wird sich zurückmelden. Nicht nur, weil sich die Anzeichen verdichten, dass die Erderwärmung rascher abläuft, als es die Klimawissenschaftler in ihren Modellen simuliert haben. Auch aus den Köpfen vor allem der jüngeren Generation ist das Thema nicht mehr zu verdrängen. Hunderttausende junger Leute sind Vorreiter einer neuen Klima-APO. Wenn sich die Kluft zwischen dem Tempo des Klimawandels und der Trägheit von Politik und Wirtschaft vertieft, kann daraus eine Legitimationskrise von Marktwirtschaft und Demokratie werden.

Kapitalismuskritik hat wieder Hochkonjunktur. Die Rufe nach drastischen Eingriffen in Produktion und Konsum werden lauter. Wenn der Ausnahmezustand zur Eindämmung von Covid-19 verhängt wurde, weshalb nicht erst recht angesichts des Klimawandels? Es reicht nicht aus, Forderungen nach einem ökologischen Notstandsregime zu kritisieren. Wer unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsform verteidigen will, muss eine überzeugende „Roadmap“ für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft entwickeln.

Spätestens seit dem Report des Club of Rome mit dem Titel „Grenzen des Wachstums“ steht Wachstumskritik hoch im Kurs. Dabei ist die Frage, ob die Weltwirtschaft auch in Zukunft wachsen wird,



Ralf Fücks ist geschäftsführender Gesellschafter des „Zentrums Liberale Moderne“, einer Debattenplattform in Berlin. Zuvor leitete er mehr als 20 Jahre die Heinrich-Böll-Stiftung.

längst beantwortet. Angesichts einer auf zehn Milliarden Menschen ansteigenden Weltbevölkerung sowie bahnbrechender Innovationen bei künstlicher Intelligenz und Biotechnik ist weiteres Wirtschaftswachstum programmiert.

Seit 1990 stieg die globale Wirtschaftsleistung im Schnitt um rund vier Prozent pro Jahr. Auch bei einem Rückgang auf drei Prozent hieße das eine Verdoppelung des Welt-Sozialprodukts in den nächsten 25 Jahren. Im gleichen Zeitraum müssen die Treibhausgas-Emissionen drastisch sinken, um den Temperaturanstieg zu begrenzen. Die entscheidende Frage lautet deshalb, ob es gelingt, Wertschöpfung und Umweltbelastung zu entkoppeln.

Das erfordert eine grüne industrielle Revolution mit ähnlich durchschlagender Wirkung wie die Erfindungen der Dampfmaschine oder des Autos. Es geht um eine dreifache Transformation der Industriegesellschaft: erstens um den Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energiequellen, zweitens um eine stetige Steigerung der Ressourceneffizienz und drittens um den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, in der jeder Reststoff in die biologische oder industrielle Produktion zurückgeführt wird.

Ökoliberale Ordnungspolitik

Wachstum ist nicht per se umweltfeindlich. Nicht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) entscheidet über die Umweltbilanz einer Volkswirtschaft, sondern die Frage, wie umweltverträglich die Energieerzeugung, die industriellen Prozesse, die Landwirtschaft und der Verkehr organisiert sind. In einer schrumpfenden Ökonomie sinken auch die Investitionen und das Innovationstempo. Gerade weil die Zeit angesichts des Klimawandels drängt, brauchen wir einen schnelleren ökologischen Strukturwandel.

Auch eine ökoliberale Ordnungspolitik kommt nicht ohne Grenzwerte und Verbote aus. Aber sie sind nicht der Königsweg zur Überwindung der Umweltkrise. Dreh- und Angelpunkt einer nachhaltigen Marktwirtschaft ist die Einbeziehung ökologischer Kosten in die Preisbildung.

Eine ökologische Steuerreform, die Treibhausgas-Emissionen und den Verbrauch knapper natürlicher Ressourcen schrittweise verteuert, hat einen größeren Effekt als Gebote und Verbote. Die Mehrbelastungen, die durch Umweltsteuern entstehen, können in Form eines pauschalen Öko-Bonus an alle Bürger erstattet werden. Ein solcher Pro-Kopf-Betrag hätte einen positiven Umverteilungseffekt, weil die Geringverdiener in der Regel einen kleineren CO₂-Fußabdruck aufweisen als die Wohlhabenden.

Ein sukzessiv steigender CO₂-Preis ist der kostengünstigste Weg zum Klimaschutz – er setzt die Maßnahmen in Gang, bei denen das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt wird. Der zweite Vorteil gegenüber einer staatlichen Detailsteuerung von Produktion und Konsum liegt darin, dass Preissignale die Eigeninitiative von Unternehmen und Verbrauchern fördern, statt ihnen Vorschriften zu machen.

Der Kompromiss zum CO₂-Preis im „Klimapaket“ der Bundesregierung geht in die richtige Richtung, greift aber zu kurz. KlimaökonomInnen rechnen mit lenkungswirksamen Einstiegspreisen von rund 60 Euro pro Tonne, die auf dreistellige Beträge ansteigen. Wohlgemerkt: Es geht nicht um zusätzliche Belastungen für Betriebe und Haushalte, sondern um eine Verlagerung von Steuern und Abgaben auf den Umweltverbrauch. Sie muss durch Entlastungen kompensiert werden, etwa durch die Abschaffung der Stromsteuer oder eine Reform der Einkommensteuer. Für energieintensive Unternehmen muss man Übergangsregelungen finden.

Die Konjunktur- und Investitionsprogramme, die nun konzipiert werden, um den Corona-Schock zu bewältigen, sollten zwei Ziele mit-

einander verbinden: die EU bei der Digitalisierung voranbringen und zugleich den ökologischen Strukturwandel forcieren. Angesichts der rapide steigenden Staatsschulden wird es so bald keine zweite Chance für ein groß angelegtes ökologisches Investitionsprogramm geben.

Green New Deal

Deshalb ist eine enge Abstimmung zwischen nationalen und EU-finanzierten Programmen nötig, um optimale Synergien zu erzielen.

Die Autoindustrie wird zum Lackmusktest, ob der Strukturwandel gelingt

Ein solcher „European Green New Deal“ sollte mehrere Komponenten umfassen:

- Modernisierung der Infrastruktur – etwa Erneuerung des Schienennetzes, Ausbau leistungsfähiger Stromtrassen und Aufbau des 5G-Netzes;
- Programme für die Entwicklung ökologischer Schlüsseltechnologien, zum Beispiel energieeffiziente Produktion von „grünem Wasserstoff“ oder Herstellung leistungsfähigerer Batterien;
- Kofinanzierung von Pilotanlagen für ökoefiziente Verfahren in der Grundstoffindustrie;
- ein langfristiges Programm für klimaneutrales Fliegen, das die Entwicklung neuer Antriebe auf Basis regenerativer Energien und neuer Flugzeugtypen fördert;
- neue biotechnische Verfahren in Werkstofftechnik, Chemie und

Landwirtschaft, die das Potenzial nachwachsender Rohstoffe nutzen und zugleich die Bodenfruchtbarkeit und die Vielfalt erhöhen;

- Programme für berufliche Qualifizierung zur Flankierung des Strukturwandels.

Jede staatliche Investitionslenkung hat das Problem unvollständiger Information: Niemand weiß, was die „richtige“ Lösung ist und welche Innovation sich durchsetzen wird. Ökologische Ordnungspolitik muss ambitionierte Ziele mit Innovationsoffenheit und Lernfähigkeit verbinden – einen verlässlichen Orientierungsrahmen bieten, ohne enge Vorgaben zu machen.

Wenn Klimapolitik gesellschaftlichen Rückhalt gewinnen will, muss sie ihre wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen im Auge behalten. Andernfalls wird sie populistischen Gegenbewegungen Nahrung verschaffen. Die Autoindustrie wird zum Lackmusktest, ob es gelingt, den ökologischen Strukturwandel voranzutreiben, ohne eine Schlüsselindustrie abzuwürgen.

Heute stehen wir vor drei Optionen. Die erste liegt in der Radikalisierung einer Umkehrbewegung, welche die Rettung in der Minimierung von Produktion und Konsum sucht – durch Verzicht und Verbot. Ihr Gegenpol ist – zweitens – ein „Weiter so“ nach der Devise „nach uns die Sintflut“. Die dritte Möglichkeit liegt in einer neuen Synthese zwischen Natur und Technik. Angesichts der Belastungsgrenzen des Erdsystems bleiben zwei Quellen des Fortschritts, deren Grenzen nicht absehbar sind: die Einstrahlung von Sonnenenergie auf die Erde und die menschliche Kreativität. Eine freiheitliche und nachhaltige Gesellschaft baut auf der Kombination von beidem auf. ■

Klimaschutz und Unternehmertum sind natürliche Verbündete

Viele Unternehmen zeigen beim Erhalt der Umweltqualität großes Engagement. Insbesondere im familiengeführten Mittelstand zeige sich nachhaltiges Verhalten auf allen Ebenen, meint **Reinhold von Eben-Worlée**, der zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele mehr Marktwirtschaft fordert

Klimaschutzforderungen und Kapitalismuskritik gehen in der öffentlichen Meinungsäußerung allzu oft Hand in Hand. Dass unser Wirtschaftssystem schuld sei an vielen Übeln der Welt und insbesondere am Klimawandel, gilt vielen als ausgemacht.

Wir erleben eine Erosion marktwirtschaftlichen Denkens. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft drohen die Grundlagen unseres Wohlstands aus dem Blick zu geraten – und die Fakten gleich mit. Dabei sprechen diese eindeutig dafür, Klimaschutz und Unternehmertum zusammen zu denken und vor allem zusammen zu betreiben.

Machen wir uns klar, was ohne Markt passiert: Die Zahlen zeigen, dass die deutsche Energiewende – einst als leuchtendes Vorbild gestartet und immer noch als Erfolg verkauft – gescheitert ist. Die eigenen Monitoringberichte und wiederholte Kritik des Bundesrechnungshofs belegen ihre gleich doppelt verheerende Bilanz: Die Reduktionsziele wurden nicht erreicht, während zugleich die Belastungen für Unternehmen und Verbraucher explodierten; im Ergebnis also kein Gewinn fürs Klima und immens hohe Kosten.

Der Grund: Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) atmet planwirtschaftlichen Geist. Es strotzt vor Subventionstatbestän-



Reinhold von Eben-Worlée
ist Präsident des
Verbands DIE FAMILIEN-
UNTERNEHMER e. V.

den, definiert per Gesetz zukunftsrelevante Technologien, legt Abnahmepreise und zu installierende Mengen fest und schafft Privilegien und Schutzräume für bestimmte Branchen. Das ist weder Marktwirtschaft noch Wettbewerb.

Wettbewerb statt Planwirtschaft

Dabei sind es ausgerechnet deutsche Unternehmen, die unter ökologischen Gesichtspunkten weltweit am effizientesten produzieren. Insbesondere der familiengeführte Mittelstand lebt Nachhaltigkeit auf allen Ebenen. Schließlich wollen Familienunternehmen auch unter nachfolgenden Generationen erfolgreich bestehen. Auch viele Konzerne zeigen für die Umwelt hohes Engagement.

Mit Blick auf die globalen Gegebenheiten würde wohl kaum jemand behaupten, planwirtschaftliche Regime produzierten sauberer. Wo der Markt keine Rolle spielt, ist die Umweltbilanz meist ernüchternd – wie sich auch am heimischen Beispiel ablesen lässt: Mehr als die Hälfte der CO₂-Einsparungen nach 1990 wurde durch den Zusammenbruch der DDR-Industrie erzielt, nicht durch die Energiewende.

Wer Marktwirtschaft versteht, der weiß, dass er auch in Sachen Klimaschutz auf unternehmerische Initiative und Innovation vertrauen kann. Das beste Instrument zur CO₂-Reduktion gibt es bereits: den Emissionshandel. Politisch wird dabei die Höchstmenge des Ausstoßes festgelegt und dafür Verschmutzungszertifikate versteigert. Unternehmen suchen dann automatisch nach Wegen, um möglichst viel CO₂ einzusparen.

Marktwirtschaftliche Instrumente vereinen also Ökologie und Ökonomie. Wenn Deutschland und Europa ihre Ziele konsequent marktwirtschaftlich angehen, können sie zu einem Vorbild für die Welt werden und Nachahmer finden – für wirksamen Klimaschutz, der sich rechnet, der unternehmerische Initiative weckt und Wohlstand sichert. Unternehmertum und Klimaschutz sind kein Widerspruch, sondern natürliche Verbündete! ■

Ist der Wohlstand gefährdet, sinkt das Interesse an Umweltfragen

Horst Opaschowski stellt fest, dass die heutige Jugend in Sachen Umweltverhalten um keinen Deut besser ist als ihre Eltern und Großeltern – eher schlechter. Groß ist die Kluft zwischen Moral und Verhalten. In unsicheren Zeiten werden Arbeit und Einkommen wichtiger als Klima und Umwelt

Auf den ersten Blick spricht alles für eine ökologische Zeitenwende: Tausende von Jugendlichen demonstrieren regelmäßig im Zuge der „Fridays for Future“-Bewegung für eine wirksame Klimapolitik. Sie haben inzwischen viel bewegt – vom Klimapaket der Bundesregierung bis zum Green Deal der EU. Aber die Bewegung hat keine neue Umweltgeneration hervorgebracht, eher widersprüchliches Verhalten zutage gefördert. Viele Jugendliche haben kein Problem damit, tagsüber die Skipiste herunterzubrettern und abends ein Umweltseminar zu besuchen.

Auf der Basis des Nationalen Wohlstandsindex für Deutschland hat der Autor 2019 in Kooperation mit dem weltweit tätigen Ipsos Institut in Deutschland 6000 Personen ab 14 Jahren repräsentativ zu ihrem Umweltverhalten befragt. Die Ergebnisse deuten eine Generationenkluft an – oder richtiger: Die junge Generation „demonstriert“ mehr Umweltbewusstsein, „realisiert“ es aber im Vergleich zur älteren Generation deutlich weniger.

Nur ein gutes Drittel (38 Prozent) der Jugendlichen kann von sich sagen: „Ich lebe umweltbewusst“; fast zwei Drittel können es nicht. Die 60plus-Generation lebt hingegen umweltbewusster (44 Prozent). Bei der Jugend sind auch die Beziehungen zur Natur nicht besonders in-



Prof. Dr. Horst Opaschowski ist wissenschaftlicher Leiter des Opaschowski Instituts für Zukunftsfragen (O.I.Z.) in Hamburg.

tensiv. Nur 30 Prozent der Jugendlichen stimmen der Aussage zu: „Ich lebe mit der Natur.“ Auch hier weist die ältere Generation höhere Zustimmungsraten (37 Prozent) auf.

Eine Demonstration ist noch keine Revolution: Die ökologische Revolution findet so lange nicht statt, wie die Mehrheit der Jugend von umweltbewussten Lebensgewohnheiten nichts wissen will. Auf den Punkt gebracht: Die nächste Generation ist in Sachen Umweltverhalten um keinen Deut besser als die ihrer Eltern und Großeltern, sogar eher schlechter. Die meisten Jugendlichen wollen ihre lieb gewordenen Freizeit-, Sport- und Reisegewohnheiten nicht einschränken.

Groß ist daher die Kluft zwischen Moral und Verhalten. Und von der Sicht- zur Lebensweise ist noch ein weiter Weg, was auch erklärt, warum im Urlaub das Umweltbewusstsein weitgehend zu Hause bleibt.

Noch Ende der 1980er-Jahre rangierte die Ökologie vor der Ökonomie. Dem Umweltschutz wurde eine außerordentlich hohe Bedeutung beigemessen, sogar eine höhere als der Alterssicherung. Drei Jahrzehnte später ist eine deutliche Problemverschiebung feststellbar. Im Jahr 2020 dominieren ökonomische Interessen: keine finanziellen Sorgen, Eigentum, ein gesicherter Arbeitsplatz sowie eine gute medizinische Versorgung.

Die Umkehrung in der Rangordnung ist dabei weniger die Folge eines grundlegenden Bewusstseinswandels als vielmehr die Reaktion auf ökonomische und soziale Probleme, die Existenzängste auslösen. In unsicheren Zeiten werden Arbeit und Einkommen für die Menschen wichtiger als die Bekämpfung globaler Umweltprobleme – ganz im Gegensatz zur öffentlichen Debatte.

Nachweislich gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Wohlstandsniveau und Umweltbewusstsein. Je höher der Wohlstand, desto sensibler zeigt sich die Bevölkerung. Im Umkehrschluss heißt dies: Ist der Wohlstand gefährdet, sinkt das Interesse an Umweltfragen. ■

Neuanfang: der „Green Deal“ und die Kraft der Zivilgesellschaften

Die Corona-Krise zeigt, was erreicht werden kann, wenn öffentliche Hand und die Zivilgesellschaften an einem Strang ziehen, so **Gregor Kirchhof**. Die EU sollte in einem Neuanfang versuchen, die Kraft der Zivilgesellschaften auch für den Klimaschutz zu aktivieren

Die Corona-Krise bewirkt eine historische Zäsur. Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen sind dramatisch; tiefe Narben werden bleiben. Die Einschränkungen des alltäglichen Lebens belasten jeden, wenn wochenlang Schulen, Kirchen, Restaurants und Läden geschlossen sind, wenn Konzerte und Sportveranstaltungen ausfallen.

In dieser schweren Zeit – auch das lehrt die Pandemie – haben die Zivilgesellschaften eine beeindruckende Solidarität entfaltet. Menschen gründen helfende Netzwerke und melden sich freiwillig für das Gesundheitswesen. Unternehmen produzieren entgegen ihren Gewohnheiten Gesichtsmasken und Atemgeräte. Der deutsche Kapitalismus funktioniert.

Die Krise belegt eindrucksvoll, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten nicht in Pfadabhängigkeiten gebunden, nicht Gefangene von Märkten, Algorithmen oder Lobbygruppen, sondern entschieden handlungsfähig sind. Auch Herkulesaufgaben können gemeistert werden, wenn die öffentliche Hand und die Zivilgesellschaften zusammenwirken. Für drängende Anliegen wie den Klimawandel gilt es daher, die kreative und solidarische Kraft der Zivilgesellschaften zu beleben.

Die EU will den Kampf gegen den Klimawandel im sogenannten



Prof. Dr. Gregor Kirchhof, LL.M., ist Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht an der Universität Augsburg.

„Green Deal“ entscheidend voranbringen. Die Farbe Grün steht dabei für die Natur, aber auch für die Hoffnung, die Erderwärmung zu verlangsamen. Europa soll bis 2050 als erster Kontinent klimaneutral und so ein weltweites Vorbild werden. Es gehe um eine Transformation, die alle Teile unseres Lebens erfasst: Wirtschaft und Energieversorgung, Mobilität, Versorgung mit Lebensmitteln, Bauen und Renovieren, Forschung und Bildung, Digitalisierung, auch Außenhandelspolitik und Entwicklungshilfe.

Die dafür notwendigen Finanzen soll die EU in Teilen durch neuartige Zahlungen der Mitgliedsstaaten für

nicht recycelte Verpackungsabfälle erhalten, langfristig durch eigene europäische Umweltsteuern. Die Kommission schlägt zudem vor, die nationalen Steuern nicht mehr nach der finanziellen Leistungsfähigkeit zu bemessen, sondern in ein Instrument gegen Umweltverschmutzungen zu wandeln. Die gesamte Gesetzgebung, staatliche Hilfen, private Kapitalströme, die Europäische Zentralbank und die Europäische Investitionsbank – die neue „Klimabank“ – sollen nach Klimakriterien entscheiden.

Diese ambitionierten Pläne laufen Gefahr, eine weitere Assoziation der Farbe Grün hervorzurufen: die des schleichenden Gifts und der Bedrohung. Das vor wenigen Wochen vorgelegte europäische Klimagesetz will einen „unumkehrbaren Zielpfad“ zur Klimaneutralität anlegen. Die Kommission soll in Zukunft als eine Art europäische Klimaregierung die „erforderlichen Maßnahmen“ in den benannten Politikbereichen treffen, wenn die Mitgliedsstaaten „keine hinreichenden Fortschritte“ erzielen.

Planwirtschaftliche Tendenzen

Bei aller Notwendigkeit, den Klimaschutz voranzubringen, haben die hier erkennbaren planwirtschaftlichen und zentralistischen Tendenzen etwas Bedrohliches – für die Freiheit, die Demokratie, die

Gewaltenbalance zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU sowie letztlich für den Klimaschutz. Der „Green Deal“ ist eines noch nicht: ein „Deal“, ein Klimapakt. Er wird scheitern, wenn er die drei Kraftquellen der EU nicht aktiviert: die europäischen Organe, die Mitgliedsstaaten und die Zivilgesellschaften.

Die europäische Integration hat den Europäern Frieden, Wohlstand und innere Einigung gebracht. Der Binnenmarkt steht eindrucksvoll für die Fähigkeit Europas, Großvorhaben umzusetzen. Umso mehr erstaunt, dass die EU in den letzten Jahren erheblich an Kraft und im Zuge des Brexits ein wichtiges Mitglied verloren hat. Ihr Motto „In Vielfalt geeint!“ aber weist einen Weg aus der Krise – was für ein ambitionierter, fast widersprüchlicher und einzigartiger Ausspruch! Die Union sollte sich in einem Neuanfang wieder stärker auf das „Europäische an Europa“ und damit auf ihre drei Kraftquellen besinnen.

Wenn die Staaten im Kampf gegen das Virus vorübergehende Ausgangsbeschränkungen anordnen, Grenzen kontrollieren und die medizinische Versorgung stärken, versuchen sie Leben zu retten, ohne die europäische Integration infrage zu stellen. Brüssel hätte den notwendigen Schutz für rund 450 Millionen Menschen in 27 Mitgliedsstaaten nicht leisten können. Wenn der EU in Zukunft weitere Kompetenzen etwa für die Sicherheits-, Klima- und Flüchtlingspolitik übertragen werden, sind den Mitgliedsstaaten gleichzeitig neue Entscheidungsbereiche zuzuweisen. Das Prinzip eines stetigen Machtzuwachses der Union muss überdacht werden.

Die Zukunft der EU liegt in einer klugen Balance, wenn sie den nationalen Egoismen, wie sie in der Flüchtlingskrise deutlich wurden,

aber auch zentralistischen Tendenzen, wie sie im „Green Deal“ zu erkennen sind, Absagen erteilt. Das Europarecht hat für diesen europäischen Weg ein Instrument entwickelt: die Richtlinie. Richtlinien, die nur ein Ziel verbindlich vorgeben, den Mitgliedsstaaten aber die Art und Weise der Zielerreichung freistellen, werden jedoch so gut wie nie erlassen.

Der Zusammenhalt in Europa wird durch das Recht bestätigt, aber nicht gestiftet

Selbstverständlich gibt es Bereiche, in denen Detailvorgaben in europäischen Verordnungen erforderlich sind. Würde die Europäische Union aber im Übrigen nach und nach dem Vertragsrecht folgen und das Detailrecht durch Richtlinien ersetzen, würden die nationalen Parlamente Umsetzungskonzepte diskutieren und um bessere Maßnahmen sowie in öffentlichen Debatten um das Vertrauen der Menschen ringen.

Ziele besser national umsetzen

Europa würde weiterhin das ambitionierte Klimaziel vorgeben, aber stärker auf regional angepasste und daher auch sehr unterschiedliche Maßnahmen setzen. Der Klimaschutz verlangt verschiedene Konzepte für Belgien und Bulgarien, Portugal und Polen, Sizilien und Schweden. Gerade in der Subsidiarität liegt ein Weg, europäische Ziele zu erreichen. Viele Beispiele belegen, dass die Menschen vor Ort am

besten wissen, was sich in Selbstverantwortung bewirken lässt.

Die EU muss erkennen, dass ohne die Zivilgesellschaften und die einzelnen Staaten die anstehenden Großaufgaben nicht zu bewältigen sind. Wenn sich die Zivilgesellschaften in Europa entschlossen dem Klimawandel – und weiteren historischen Anliegen – widmen, wird mehr erreicht als durch detaillierte europäische Gesetze.

Hätten Staatschefs und die Kommissionspräsidentin zu Beginn der Pandemie Strategien in den Parlamenten der erstbetroffenen Mitgliedsstaaten diskutiert, wäre die Solidarität gestärkt und das Virus besser bekämpft worden. Hätte die EU mit unterschiedlichen Regierungschefs parlamentarische Generalaussprachen über die Finanzkrise, die Maßnahmen der EZB, die Flüchtlingskrise, die Sicherheit, die Digitalisierung und den Klimaschutz geführt, wären bessere Regelungen erlassen, insbesondere aber die Demokratie und die Akzeptanz bei den Menschen gestärkt worden.

Der Zusammenhalt in Europa wird durch das Recht bestätigt, aber nicht gestiftet. Traditionen, gemeinsame Werte, ungeschriebene Regeln im Umgang und gegenseitige Rücksichtnahme sind gerade in Zeiten einer Krise wichtiger denn je. Vor der Aufklärung wurde der Vernunft eine zu kleine Rolle zugebilligt. Nun aber laufen wir Gefahr, Detailregelungen und Generalplänen zu viel zuzutrauen.

Entscheidend ist, den Raum der solidarischen und kreativen Kraft der Zivilgesellschaften zu stärken. Europas Antwort auf die Krise, auf neue Aufgaben, den globalen Wettbewerb, auch auf autoritäre und wirtschaftlich erfolgreiche Staaten sollte deutlicher denn je lauten: Freiheit in Solidarität. ■

Britische Wenden

Die spinnen, die Brexit-Briten – oder doch nicht? **Philip Plickert** meint, mit der neuen umweltorientierten Agrarpolitik und der weniger subventionsgetriebenen Energiewende agiere Großbritannien klug. Andere könnten davon einiges lernen; Großbritannien als Politiklabor für Europa

In den Jahren seit dem Brexit-Referendum ist Spott über Großbritannien für viele zum Volkssport geworden. „Die spinnen, die Briten“, hieß es in Anlehnung an die Asterix-Geschichten oft. Das Gezerre um den EU-Austritt schien das Land zu lähmen; es gab viele Warnungen vor großen wirtschaftlichen Einbußen. Inzwischen hat die Corona-Krise all diese Sorgen überlagert. Wie die ganze Welt ist auch die britische Wirtschaft in eine brutale Rezession gerutscht. Die Brexit-Fragen sind in den Hintergrund gerückt.

Dabei zeigt sich auf einzelnen Feldern schon, wie stark Großbritannien künftig von der EU-Politik abweichen wird – und zum Teil durchaus klug. Das bislang deutlichste Beispiel ist die neue, ökologisch orientierte Agrarpolitik. Sie bricht radikal mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aus Brüssel. Jahrzehntlang hat London die EU-Politik kritisiert, die Milliarden-Subventionen wie aus einer Gießkanne über den Landwirtschaftssektor regnen lässt. Die Briten konnten sich aber mit ihren Reformwünschen nie durchsetzen, denn die Subventionsprofiteure sind gut organisiert und haben viel Einfluss in Brüssel.

Seit den frühen 1960er-Jahren gibt es die GAP, die vor allem auf Drängen der Agrarlobby in Frankreich begann. Ludwig Erhard, damals deutscher Wirtschaftsminister und später Kanzler, war nicht begeistert; er plädierte für Freihandel und

weniger Protektionismus. Die europäische Agrarpolitik ist seitdem ein Paradebeispiel für eine Politik, die den Markt und den Preismechanismus außer Kraft setzt und zu Fehlentwicklungen führt.

Die garantierten Mindestpreise hatten zur Folge, dass die Bauern ungeachtet der Nachfrage immer mehr produzierten. Das Überangebot führte in den 1980er-Jahren zu den berühmten Milchseen und Butterbergen. Die mit Milliarden-subventionen angeregte Überproduktion wurde kostspielig gelagert, schließlich vernichtet oder zu Dumpingpreisen auf die Weltmärkte geworfen, wo sie, etwa in Afrika, die armen Bauern ruinierte.

In den 1990er-Jahren stellte die EU auf Direktzahlungen um. Seit-



Dr. Philip Plickert ist Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in London. Er ist Träger des Ludwig-Erhard-Förderpreises für Wirtschaftspublizistik 2009.

dem erhalten Bauern jedes Jahr eine bestimmte Summe je bewirtschafteten Hektar von der EU überwiesen (in Deutschland durchschnittlich gut 280 Euro je Hektar, insgesamt rund fünf Milliarden Euro im Jahr). In der ganzen EU fließen Jahr für Jahr fast 40 Milliarden Euro als Direktzahlungen an Millionen Agrarbetriebe. In der nächsten Finanzperiode (2021 bis 2027) sind gut 250 Milliarden Euro Direktzahlungen für den Agrarsektor eingepplant.

Queen bekam Subventionen

Kritiker sagen zu Recht, dass diese Subventionen ohne soziale und ökologische Zielgenauigkeit fließen. Von den Direktzahlungen profitieren vor allem Großbetriebe und Landbesitzer mit riesigen Flächen; selbst die britische Queen gehörte über Jahre mit fast einer halben Million Euro Direktzahlungen zu den großen EU-Subventionsempfängern.

Die Direktzahlungen führen zu steigenden Bodenpreisen. Für kleine Bauern, die oft Pächter sind, reicht das EU-Geld dagegen kaum zum Überleben. Noch schlechter ist die ökologische Bilanz: Die Direktzahlungen fließen unabhängig davon, wie das Land bewirtschaftet wird und wie viele Pestizide, Nitrate und andere Düngemittel verspritzt werden.

Die neue britische Agricultural Bill von Umwelt- und Landwirtschaftsminister George Eustice macht einen radikalen Schnitt. Di-

rektzahlungen werden drastisch gekürzt, für Großbetriebe schon ab 2021 um 25 Prozent und nach sieben Jahren komplett abgeschafft. Steuergeld für Landwirte gibt es künftig nur noch, wenn sie „öffentliche Güter“ produzieren, von denen die Allgemeinheit profitiert. Gemeint sind damit bessere Wasser- oder Luftqualität, höhere Tierschutzstandards oder Maßnahmen zur Verringerung von Überschwemmungsrisiken, etwa mit der Pflanzung von Bäumen oder Hecken entlang von Flüssen. Ein pauschales Hektar-Geld unabhängig von der ökologischen Bilanz wird es auf der Insel nicht mehr geben.

Agrarökonomien und Ökologen in ganz Europa fordern seit Langem ein solches Umsteuern der EU-Landwirtschaftspolitik. Bislang scheiterte die Wende aber an der Front der Großbauernlobby in den Brüsseler Ausschüssen und im Ministerrat. Die Briten machen nun ihre eigene Politik. Erstaunlich ist, dass die neue Landwirtschaftspolitik auf der Insel relativ wenig Widerstand der etwa 500000 Agrarbeschäftigten hervorruft. Offenbar sehen sie ein, dass die zukünftige Akzeptanz öffentlicher Zahlungen von ihrem Beitrag zur Erhaltung der Natur und Umwelt abhängt.

Aus Sicht der EU-Europäer ist das britische Experiment faszinierend. Der Brexit eröffnet ein Entdeckungslabor für neue Politikansätze, er ermöglicht einen Wettbewerb um bessere Lösungen.

Auch im Bereich der Energie- und Klimapolitik fällt auf, dass die Briten weniger auf Subventionen, Quoten und Planwirtschaft setzen, stattdessen mehr auf einen marktwirtschaftlichen Preismechanismus. Während Deutschland jährlich an die 25 Milliarden Euro via Erneuerbare-Energien-Ge-

setz (EEG) umverteilt und trotzdem immer noch einen relativ hohen Anteil Kohlestrom nutzt (2019 waren es rund 30 Prozent Braun- und Steinkohle), ist der Kohleanteil auf der Insel inzwischen minimal.

Er sank innerhalb von fünf Jahren von 33 Prozent in Richtung ein Prozent. Stark zugenommen hat der Anteil von Strom aus Windparks (etwa 25 Prozent) sowie aus Gaskraftwerken (fast 30 Prozent); der Atomstrom-Anteil von etwa einem Viertel wird gehalten.

Der Brexit eröffnet ein Entdeckungslabor für neue Politikansätze

Was hat in Großbritannien zu der raschen Abkehr von der Kohle geführt? Der entscheidende Faktor war ein Preisaufschlag auf die EU-Emissionszertifikate, der sogenannte Carbon Price Support. 2013 fingen die Briten mit fünf Pfund an, seit 2015 beträgt der Aufschlag 18 Pfund (rund 20 Euro) je Tonne CO₂. Dieser Kostenzuschlag hat die Kohleverstromung unrentabel gemacht. Innerhalb kurzer Zeit schalteten die Energieversorger Kohlekraftwerke ab und bauten Gaskraftwerke, die je Kilowattstunde Strom nur halb so viel CO₂ ausstoßen.

Effektiver und günstiger

Beim Ausbau der Windenergie helfen Großbritannien die natürlichen Gegebenheiten: In der Nordsee vor Nordengland und Schottland bläst der Wind intensiv. Anfangs bot der Staat recht hohe Subventionen,

doch diese sind für Windkraftanlagen an Land (Onshore) komplett abgeschafft worden. Für Offshore-Windparks wurde ein Auktionsmechanismus eingeführt, bei dem jene Projektbetreiber zum Zuge kommen, die den niedrigsten Preis bieten. Für Solarstrom wurde die Subvention gestrichen.

So müssen die britischen Steuerzahler und Verbraucher für die Energiewende weniger bezahlen als die Deutschen – sie zahlen nämlich nur die Hälfte der jährlich in Deutschland fälligen etwa 25 Milliarden Euro. Selbst wenn man die geringere Einwohnerzahl und den kleineren Anteil energieintensiver Industrie berücksichtigt, ist die britische Energiewende mit weniger Subventionen erkaufte. Der Strompreis auf der Insel liegt für Verbraucher zudem deutlich niedriger als in Deutschland.

Der wichtigste Unterschied ist aber, dass die britische Energiewende effektiv ist: Der CO₂-Ausstoß ist von 1990 bis 2019 um 40 Prozent gesunken; dies ist eine größere Reduktion als in Deutschland mit seiner planwirtschaftlichen und subventionsgetriebenen Energiewende.

Nach der Corona-Rezession, die Produktion und Verkehr signifikant lähmt, dürften die Emissionen wieder steigen. Es steht in den Sternen, wie das Ziel der Londoner Regierung von Netto-Null-Emissionen bis 2050 erreicht werden kann. Zu befürchten ist, dass dies sehr teuer wird und die Briten zahlreiche Verbote erleben werden – etwa das verordnete Aus für Neuzulassungen von Autos mit Verbrennungsmotor ab 2035. Auch auf der Insel arbeiten Politiker gern mit direkten Eingriffen; effizienter wären Marktlösungen wie die Einbeziehung des Verkehrs in den Emissionshandel. ■

Kosten und Nutzen des deutschen Sonderwegs der Energiewende

In Deutschland liegt die Stromerzeugung im Fokus der Klimapolitik: Milliarden von Euro werden in die Förderung der erneuerbaren Energien gepumpt – ohne klimapolitische Wirkung. **Justus Haucap** fordert deshalb eine fundamentale Reform

Deutschland will ein international leuchtendes Vorbild in der Klimapolitik sein. Bei vielen Menschen in Deutschland genießt Klimaschutz einen hohen Stellenwert, wie etwa die Popularität der „Fridays for Future“-Bewegung zeigt. Auch das Gros der Ökonomen hält Klimaschutz prinzipiell für ein lohnendes Projekt.

Selbst wenn man nicht vollkommen davon überzeugt sein sollte, dass der durch Menschen induzierte CO₂-Ausstoß maßgeblich zum Klimawandel beiträgt, sollte der Versicherungsgedanke überzeugen: Auch wenn ich nicht weiß, ob jemals ein Hochwasser kommt, kann es sinnvoll sein, als reine Vorsichtsmaßnahme einen Deich zu bauen. Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen sind daher nicht nur ethisch, sondern auch ökonomisch prinzipiell gut begründbar.

Energiewende ist Stromwende

In Deutschland lag der Fokus der Klimapolitik bisher primär auf der Stromerzeugung: Die Energiewende ist im Grunde eine Stromwende. Schon seit Jahren werden in Deutschland daher Milliarden Euro insbesondere in den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, vor allem in Windkraft und Solarenergie, gepumpt.

Seit 2015 werden Jahr für Jahr rund 25 Milliarden Euro allein als



Prof. Dr. Justus Haucap ist Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Vergütungen für den Strom aus erneuerbaren Energien bezahlt. Das funktioniert so: Die vier großen Übertragungsnetzbetreiber sind dazu verpflichtet, den Strom aus erneuerbaren Energien zu festgelegten Preisen zu kaufen. Sollten sie diesen Strom aufgrund von Engpässen nicht aufnehmen können oder wird der Strom gar nicht benötigt, müssen sie – abgesehen von wenigen Ausnahmen – dennoch zahlen. Für diesen Strom haben die Netzbetreiber 2019 mehr als 33 Milliarden Euro bezahlt – mehr als 150 Euro pro Megawattstunde, mehr als dreimal so viel wie der durchschnittliche Preis für Strom an der Börse.

Dass der Strom aus erneuerbaren Energien in diesem Ausmaß konkurrenzfähig wäre, ist somit ein Ammenmärchen, denn dann bräuhete es keine Subventionen in diesem Ausmaß. Der für 33 Milliarden Euro zwangsweise von den Netzbetreibern eingekaufte Strom aus erneuerbaren Energien wird dann am Markt weiterverkauft; dafür bekamen die Netzbetreiber 2019 knapp sechs Milliarden Euro. Für die Differenz von 27 Milliarden Euro müssen die Stromkunden – in Form der sogenannten EEG-Umlage – aufkommen.

Das reine Subventionsvolumen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beträgt mittlerweile mehr als 300 Euro je Bundesbürger pro Jahr; das macht 1200 Euro für eine vierköpfige Familie. Hinzu kommen Kosten für Netzausbau, erhöhten Ausgleichsenergiebedarf, Offshore-Haftungsumlagen, Investitionsförderungen und vieles mehr. Bereits 2016 ergaben Berechnungen, dass die Gesamtkosten bis 2025 bei über 500 Milliarden Euro liegen werden; das sind mehr als 6000 Euro pro Bundesbürger.

Verlagerung statt Einsparung

Haushalte zahlen nur rund ein Drittel der Kosten direkt über ihre Stromrechnung. Zwei Drittel werden zunächst von Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft etc. gezahlt,

FOTO: PRIVAT

sodass das ganze Ausmaß der erhöhten Energiekosten den Bürgern nicht direkt ins Auge fällt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Industrie und Handel ihrerseits die höheren Energiekosten über die Preise weiterreichen, sodass die Bürger in Deutschland ultimativ die Kosten tragen, auch wenn sie nicht direkt in ihrer persönlichen Stromrechnung auftauchen.

6000 Euro pro Bundesbürger ist viel Geld, aber man mag geneigt sein, dies zu akzeptieren, wenn durch die Förderung der erneuerbaren Energien Gutes für die Menschheit erreicht würde. Das wesentliche Dilemma des EEG besteht aber darin, dass trotz dieser massiven Förderung für den Klimaschutz überhaupt nichts erreicht wird.

Warum ist das so? Das Leitinstrument der Klimapolitik in der Europäischen Union (EU) ist der sogenannte Treibhausgas-Emissionsdeckel. Für eine Reihe von Branchen wie etwa die Stromerzeugung, die Stahlproduktion, die Zementindustrie, den innereuropäischen Luftverkehr und einige andere Branchen wird EU-weit eine Obergrenze an insgesamt zulässigen CO₂-Emissionen festgelegt. Dieser branchenübergreifende Treibhausgasdeckel gilt dann für viele Jahre.

Werden in Deutschland nun die Emissionen in der Stromerzeugung reduziert, so können Unternehmen in anderen EU-Ländern oder auch anderen Branchen in Deutschland ihre Emissionen erhöhen, solange der Deckel nicht erreicht ist. Der massive Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland führt daher nur dazu, dass die deutschen Energieversorgerunternehmen weniger Emissionsrechte nachfragen und so der Preis für diese handelbaren Emissionsrechte fällt.

Ohne eine Stilllegung von Emissionsrechten oder eine anderweitige Kopplung zwischen dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Menge an Emissionsrechten verpufft die Förderung der erneuerbaren Energien klimapolitisch somit komplett. Es kommt zu einer Verlagerung der Emissionen, aber es wird keine einzige Tonne CO₂ in der EU eingespart.

Verfechter des EEG argumentieren daher regelmäßig in ungewohnt nationalistischem Ton, dass Europa doch bitte den Emissionshandel als

Die EEG-Lobbyisten fordern, die übrigen 26 EU-Mitgliedsstaaten sollten sich nach uns richten

Reaktion auf den deutschen Sonderweg in der Energiepolitik ändern möge. Dass ein solches Vorgehen in der EU mit 27 Mitgliedsstaaten schlecht möglich und auch nicht sinnvoll ist, erscheint offensichtlich. Stattdessen ist die Forderung bei EEG-Lobbyisten weitverbreitet, alle anderen 26 EU-Mitgliedsstaaten sollten sich doch bitte nach der deutschen Politik richten.

Einheitlicher CO₂-Preis

Für das EEG wird oftmals angeführt, die massive deutsche Förderung habe erst die globale Kostenreduktion bei Solarpanelen und Windrädern ermöglicht. Dadurch würde nun indirekt auch Klimaschutz in anderen Staaten bezahlbar. Doch auch an diesem Argument gibt es erheblich Zweifel, denn eine andere, marktkonfor-

me Förderung von Forschung und Entwicklung hätte dieses Ziel wohl günstiger erreicht. Außerdem spielt Deutschland als Nachfrager nach Solarpanelen und Windrädern seit 2009 auf dem Weltmarkt nur noch eine untergeordnete Rolle. Weit über 90 Prozent der Nachfrage kommen heute aus China, Indien, den USA, Japan und anderen Staaten. Die Kosten der Energiewende sind aber vor allem seit 2009 explodiert. Schon vor zehn Jahren hätte man daher auf eine technologieneutrale Förderung im Wettbewerbsverfahren umstellen müssen.

Der eindrucksvollste Beleg für den Misserfolg des EEG ist vielleicht, dass einige Wissenschaftler und EEG-Lobbyisten sich nur noch dadurch zu helfen wissen, dass sie mit dezidiert falschen Zahlen in der Öffentlichkeit operieren. Es wäre jedoch dringend an der Zeit, die Klimapolitik fundamental zu reformieren. Kern einer solchen Reform muss ein einheitlicher CO₂-Preis sein, gegen den vor allem die Verteidiger einer technologiespezifischen Förderpolitik Sturm laufen. Ein solcher Preis kann über eine CO₂-Steuer oder noch besser über die Ausweitung des europäischen Emissionsdeckels erreicht werden.

Ein solcher einheitlicher Preis führt dazu, dass CO₂ dort vermieden wird, wo dies am günstigsten möglich ist. Dazu sollte der Emissionsdeckel und -handel auch auf die Bereiche Automobilverkehr, Landwirtschaft und Gebäude ausgedehnt werden – und dafür die bürokratische und innovationsfeindliche Klein-Klein-Regulierung aufgegeben werden. Dies würde das gescheiterte Experiment der Planwirtschaft bei erneuerbaren Energien beenden, sodass es endlich zu einer wirksamen Reduktion von Treibhausgasen käme. ■



Aralsee 1990 und 2010: Riesige Bewässerungsprojekte ließen den viertgrößten Binnensee der Welt weitgehend verlanden



Ist das der Game Changer? Zur moralischen Macht von Marktteilnehmern

Europa habe immer wieder bewiesen, dass es in der Lage ist, weltweit Standards zu definieren und durchzusetzen, meint **Nicolaus Heinen** und fragt: Warum nicht auch im wichtigen Bereich nachhaltiger Investments?

Anlageziele, die nicht allein die klassischen Kriterien einer Investition wie Rendite, Sicherheit oder Verfügbarkeit, sondern auch die der Nachhaltigkeit zu erfüllen suchen, scheinen zur aktuellen Lage nicht zu passen. Doch dieser Eindruck trügt. Auch wenn das Thema Nachhaltigkeit in der medialen Berichterstattung zuletzt in den Hintergrund gerückt ist, bedeutet das nicht, dass das gesellschaftliche Interesse an den Klimaschutzzielen und am nachhaltigen Wirtschaften abgenommen hätte. Es manifestiert sich nur umso wirkungsvoller an den Finanzmärkten.

So hat sich in den letzten Jahren eine neue Anlageklasse gebildet: nachhaltige Investments. Es handelt sich dabei nicht nur um Investitionen in ökologisch effiziente Projekte, sondern auch um sozialverträgliche Geschäftsmodelle und Investitionen in Unternehmen, die bestimmte Standards guter Unternehmensführung befolgen. Mit Blick auf Anlageklassen spricht man auch oft von Environment, Social und Corporate Governance – kurz: ESG.

ESG-Investments haben in den letzten Jahren nicht nur aufgrund veränderter gesellschaftlicher Präferenzen eine hohe Nachfrage erfahren. Ein weiterer Grund könnte sein, dass sie in der Gesamtschau eine höhere Rendite erzielen und



Dr. Nicolaus Heinen ist Executive Vice President Corporate Strategy/Chief of Staff bei der Deutsche Börse AG. Er ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

als Anlagen mit langfristig stabileren Gewinnspannen gelten, weil Risiken kontrollierbarer sind. So schnitten im ersten Quartal dieses Jahres fast 60 Prozent aller europäischen und amerikanischen börsengehandelten Indexfonds mit ESG-Werten besser ab als vergleichbare Marktindizes. Weltweit sind mittlerweile über 1,8 Billionen Euro in ESG-Fonds investiert – 1,1 Billionen davon kommen aus Europa.

Der Markt diszipliniert

ESG-Investments sind weit mehr als nur eine weitere Anlageklasse. Im Vergleich zu klassischen regelbasierten Steuerungsansät-

zen, die mehr Nachhaltigkeit im Wirtschaftssystem zu verankern suchen, sind ESG-Investments echte Game Changer. Ge- oder Verbote können vieles bewegen. Doch dauerhaft treffsicher sind sie nur selten, da sie die Präferenzen des Zeitpunkts abbilden, zu dem sie aufgestellt wurden. Dazu passt, dass sie Umgehungsverhalten hervorrufen – wie zuletzt die Manipulationen an Abgasrichtwerten europäischer Autohersteller zeigten.

Freilich wurden diese Schwächen in der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung der vergangenen Jahre adressiert – und alternative Lösungen vorgestellt: So haben sich marktbasierende Ausgleichsmechanismen – wie etwa das Emissionsrechtehandelssystem der Europäischen Union – eine respektable Stellung erarbeitet. Doch auch diese Mechanismen leiden, im Gegensatz zu ihren Vorbildern in akademischen Lehrbüchern, unter ungelösten Konstruktionsfehlern wie etwa der passenden Zuteilungsmenge und partiellen Marktineffizienzen.

Bei ESG-Investments hingegen stellen sich diese Probleme nicht: Hier rückt allein der Wettbewerb um die Gunst der Investoren Nachhaltigkeitsziele in einen ökonomischen Verwertungskontext, indem er sie mit Renditeerwartungen dynamisch verknüpft. Die Rückmeldung erfolgt in Echtzeit – über die

Reaktionen des Markts. Das ist hart, und es diszipliniert. Können Unternehmen ESG-Anforderungen nicht erfüllen, werden sie aus Nachhaltigkeitsindizes ausgeschlossen. Massive Kapitalabflüsse sind die Folge, denn Anleger, die Wert auf immaterielle Reputationspflege legen, fahren ihr Engagement bei Anlagen, die ein niedriges ESG-Ranking haben, herunter.

Einheitliche Datenbasis wichtig

Unternehmen werden das zu verhindern wissen: Chemieunternehmen kümmern sich um einen höheren Anteil erneuerbarer Energien in ihrem Strommix, damit sie nicht aus ESG-Indizes fallen. Textil- und Sportartikelhersteller stellen sicher, dass nicht nur in der eigenen Fertigung, sondern auch bei Zulieferern Mindeststandards im Arbeitsschutz eingehalten werden. Und Industriekonzerne achten bei der Innenrevision darauf, dass bei erfolgreichen Ausschreibungen allein Preis und Qualität und nicht Korruption der Vater des Erfolgs ist.

Nachhaltige Investments stehen noch am Anfang ihrer Entwicklung. Eine besondere Herausforderung ist, dass es derzeit keine weltweit einheitlichen Bewertungsstandards für ESG-Anlagen gibt – und somit auch noch keine einheitliche Datenbasis. Nach wie vor prägen In-sellösungen einzelner Anbieter das Bild. So bieten einige Indexanbieter an, bestimmte Sektoren aus ihren Indizes herauszufiltern, wie etwa Tabak oder Rüstung. Anspruchsvollere Dienstleister untersuchen Investitionsziele nach definierten Nachhaltigkeitskriterien und treffen eine Positiv-Auswahl.

Am zielgenauesten, aber auch technisch anspruchsvollsten ist das sogenannte Impact Investing. Hier werden Investitionen einzel-

nen ESG-Zielen untergeordnet und erlauben eine individuelle Aussteuerung nach Investorenpräferenz. Je zielgerichteter ein ESG-Investment sein soll, desto umfangreicher und verlässlicher muss indes die Datenbasis sein, denn ohne solide Daten gibt es keine oder nur eine eingeschränkte Wirkung.

Letztere ist jedoch nur dann gewährleistet, wenn Investoren Zugriff auf unternehmensübergreifende Daten haben, die eine relative Einordnung und Bewertung der In-

Die Rückmeldung erfolgt in Echtzeit – über die Reaktion des Markts

vestitionsziele ermöglichen. Diese Daten müssen in engen Abständen aktualisiert werden, um den Zeitversatz zwischen nachhaltigem Unternehmenshandeln und Investorenreaktion zu verkürzen. Das ist bei Emissionsdaten sicherlich einfacher als bei Daten zur guten Unternehmensführung. Nur mit einer einheitlichen Datenbasis bieten sich Möglichkeiten zur Verbriefung, steigen Liquidität und Rendite und damit auch die Lenkungswirkung nachhaltiger Investments.

Weltweite Berichtsstandards könnten helfen, eine weltweit einheitliche Datenbasis aufzusetzen. Und genau hier werden gerade wichtige Weichen gestellt. In den USA arbeiten Ratingagenturen, Daten- und Indexanbieter längst an gemeinsamen Lösungen. Geschickt verknüpfen sie öffentlich verfügbare Daten der Vereinten Nationen mit

Unternehmensdaten und eigenen Einschätzungen zu immer neuen Datensätzen – und setzen damit als First Mover die Standards im Markt.

Europa in Wartestellung

Europa hingegen ist noch immer in Wartestellung. Zwar gibt es auf europäischer Ebene mittlerweile umfangreiche Initiativen zur Standardisierung und Klassifizierung nachhaltiger Investmentprodukte, doch die Abstimmungsprozesse brauchen Zeit – und führen letztlich dazu, dass sich Anbieter von ESG-Anlagen an amerikanischen Standards orientieren. Sie haben keine Zeit zu warten, bis Brüsseler Gremien sich entschieden haben.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr bietet die große Chance, auf europäischer Ebene die Rahmenbedingungen für nachhaltige Investments voranzubringen. Es wäre bedauerlich, wenn die Europäer – trotz ihrer führenden Rolle als ESG-Investoren – sich bei der Definition der Standards genauso abhängen lassen würden wie bei der Entstehung der Ratingagenturen vor über 100 Jahren.

Mehr noch: Wenn die Europäer nur folgen und nicht führen, gleiche dies auch einer moralischen Bankrotterklärung. Europäer exportieren seit Jahrhunderten nicht nur erfolgreich Waren und Dienstleistungen, sondern auch immaterielle Güter, wie beispielsweise Verfassungen (Grundgesetz), Institutionen (Verbraucherschutz) und Werte (Umweltschutz, Menschenrechte). Europa hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder bewiesen, dass es in der Lage ist, weltweit Standards zu definieren und durchzusetzen (GSM Mobilfunkstandard, Eurostecker). Warum sollte das nicht auch im Bereich nachhaltiger Investments gelingen? ■

Umweltschutz als christlicher Wert

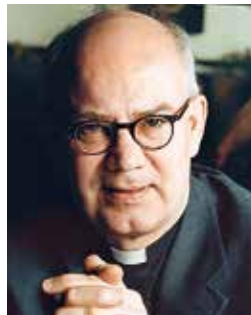
Wie lässt sich der Fortschritt mit der Bewahrung der Schöpfung vereinbaren? Dieser Frage geht **Wolfgang Ockenfels** nach. Sozialer Verantwortungsethik entspricht dabei die Abwägungsregel: Sind die Folgen technischer Innovationen besser oder schlimmer als die Folgen ihrer Unterlassung?

Anfang der 1970er-Jahre, als der Club of Rome auf die „Grenzen des Wachstums“ aufmerksam machte, meldeten sich verstärkt auch christliche und sogar päpstliche Stimmen, welche die mit der Industrialisierung verbundene Ausbeutung und Schädigung der Natur beklagten. Ein Thema, das sich mit der „Bewahrung der Schöpfung“ auch den konservativen Parteien anbot, die es jedoch den grün-ideologischen Kräften überließen, es auszuschlachten.

Seitdem stellte sich den Christen beider Konfessionen die Frage, wie sich Fortschritt mit der Bewahrung der Schöpfung vereinbaren ließe? Die Hauptfrage war, wie weit menschliche Eingriffe in die Natur, die als göttliche Schöpfung verstanden wurde, erlaubt sind. Durch die Gentechnik war es ja sogar möglich geworden, neue Lebewesen zu konstruieren.

Die biblischen Schöpfungsberichte des Alten Testaments, denen sich die des Neuen anzupassen haben, lassen zwei Perspektiven erkennen: In Genesis 1,28, dem priesterschriftlichen Schöpfungsbericht, heißt es „Macht euch die Erde untertan“; dagegen lautet es im jahwistischen Bericht von Genesis 2,15, dass man die Erde „bebauen und bewahren“ solle. Beide Linien müssen von Christen beachtet werden, auch wenn sie widersprüchlich erscheinen.

Gott ist ein menschenbezogener Gott, der den Menschen nach seinem Bild geschaffen hat. Die Unter-



Prof. Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels ist Vorsitzender des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg in Bonn. Er ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

scheidung zwischen Schöpfer und Geschöpf weist auf ein Merkmal hin, das der Mensch mit allem Geschaffenen teilt: die Mitgeschöpflichkeit. Die Ähnlichkeit allen Seins mit Gott gebietet dem Menschen Ehrfurcht vor der Schöpfung. Dem Menschen sind Grenzen gesetzt, er ist Kreatur und damit zur Bescheidenheit aufgerufen.

Abwägung mit Zukunftsblick

Was bleibt verbindlich für Christen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik? Es sind vor allem jene Grundwerte und Sozialprinzipien, die sich aus dem christlichen Menschenbild ergeben, dabei aber keineswegs exklusiv christlich sind: Personalität und Menschenwürde, Menschenrechte und entsprechende Pflich-

ten, Gemeinwohl und Gerechtigkeit, Liebe und Solidarität, Freiheit und Subsidiarität. Diese Werte und Prinzipien sind integriert in eine göttliche Schöpfungsordnung, in der auch die Verantwortung für die Umwelt verankert ist.

Im Neuen Testament finden sich nur wenige Anhaltspunkte für Umweltschutz, die über die des Alten hinausgehen. Als theologischer Referenzpunkt wird in jüdisch-christlicher Tradition aber auf den Schöpfungsbericht verwiesen. Damit wird eine christliche Partei durch die Schöpfungstheologie motiviert, die Natur als Gottes Schöpfung zu bewahren, ohne sie pantheistisch zu verklären oder zu divinisieren.

Der ökologische Streit entwickelt sich zu einem Streit um die richtige Technik. Sein Ausgang hängt auch davon ab, ob es sozialethische Maßstäbe gibt, die der technischen Entwicklung Sinn geben, ihr aber auch Grenzen setzen. Konkret geht es um Fragen der Güter- und Übelabwägung, also um eine soziale Verantwortungsethik. Die Regel lautet, dass wir uns für das geringere Übel entscheiden sollen: Ist die zu erwartende Nebenfolge einer technischen Innovation weniger schlimm als die Folge bei Unterlassung?

Diese Abwägungsregel klingt leicht – ihre Anwendung in der Realität ist schwer. Sie setzt einen Blick in die Zukunft voraus. Wir können aber nie wissen, was die Zukunft bringen wird, etwa an weiteren technischen Erfindungen. ■

FOTO: PRIVAT

Deutschlands erstes Finanz- und Karrieremagazin für Frauen



Daniela Meyer (l.)
und Astrid Zehbe,
Chefredaktion



Ab sofort lesen unter:

- 🌐 www.courage-online.de
- 📘 Courage Magazin
- 📷 [courage_magazin](https://www.instagram.com/courage_magazin)
- 📺 Courage Magazin

Jetzt am Kiosk!

Oder bestellen unter:
shop.finanzenverlag.de

Auch beim Klimaschutz setzen Politiker gern auf ihr Lieblingsrezept: Steuern

Weg mit nationalen Steuer-Alleingängen! Deutschland sollte seinen gleichzeitigen Vorsitz in der Europäischen Kommission und im Rat der EU in der zweiten Jahreshälfte nutzen und einen EU-weiten Emissionshandel durchsetzen, fordert **Matthias Warneke**

Immer wieder versucht die Politik, mit Steuern das Umweltverhalten der Bürger zu beeinflussen. Und immer wieder scheitert sie damit – eine ernüchternde Erkenntnis, zumal bessere Instrumente als Umweltsteuern existieren.

Ein Paradebeispiel für das verfehlte Politikprinzip „Steuern mit Steuern“ ist der Verkehrssektor. Die Kfz-Steuer berücksichtigt Umweltaspekte, indem sie sich nach der Hubraumgröße und nach den CO₂-Emissionen des Fahrzeugs bemisst. Doch Bürger und Betriebe zahlen die Kfz-Steuer nicht für das Fahren, sondern lediglich für das Halten des Fahrzeugs.

Dabei ist für die Umwelt nicht der potenzielle, sondern der tatsächliche CO₂-Ausstoß relevant, der sich insbesondere nach der Fahrleistung eines Kfz bestimmt. Konkret: Die Kfz-Steuer für ein Auto mit großem Hubraum und veralteter Verbrennungstechnik ist teuer, doch bei geringer Fahrleistung ist ein solches Auto weniger umweltbelastend als so manches emissionsarme Fahrzeug, das intensiv genutzt wird.

Parallel zur Kfz-Steuer existiert die Energiesteuer, also die frühere Mineralölsteuer mit den Zuschlägen durch die Ökosteuer. 0,65 Euro Energiesteuer (zuzüglich Mehrwertsteuer) kostet der Liter Benzin an der Tankstelle. Das ist substanzial und damit – zumindest theo-



Matthias Warneke
ist Leiter des Deutschen Steuerzahlerinstituts (DSi) des Bundes der Steuerzahler.

retisch – ein Anreiz, weniger zu fahren, weniger Benzin zu verbrennen und somit weniger CO₂ zu emittieren. Faktisch jedoch ist die Nachfrage der Kunden nach Kraftstoffen relativ preisenempfindlich.

Besonders eindrucksvoll zeigt das die Ökosteuer-Erfahrung: Durch die 1999 eingeführte Ökosteuer verteuerten sich Benzin und Diesel bis 2003 spürbar um jeweils 15,35 Cent pro Liter. Dennoch wuchs der Kraftstoffverbrauch von 1998 bis 2004 um ein Prozent auf 68,3 Milliarden Liter. Die Fahrleistungen stiegen im gleichen Zeitraum dank effizienterer Motoren sogar um mehr als sieben Prozent auf 590

Milliarden Kilometer. Im Jahr 2017 lag die Fahrleistung dann bei 630 Milliarden Kilometer. Die von den Initiatoren der Ökosteuer erhoffte Lenkungswirkung gab es nicht.

Von der Ökosteuer befreit war von Anfang an der Luftverkehr. Stattdessen wurde im Jahr 2011 die Luftverkehrsteuer eingeführt. Doch auch sie hat nicht für einen Rückgang des Flugverkehrs gesorgt. 2010 gab es in Deutschland knapp 170 Millionen Flugpassagiere, im vergangenen Jahr waren es fast 230 Millionen. Dabei sind die Flugverlagerungen, insbesondere von grenznahen Flughäfen ins Ausland, noch nicht berücksichtigt. Und in der Diskussion über die für Anfang April 2020 geplante Erhöhung der Steuersätze bekannte die Bundesregierung, dass ihr „zum klimapolitischen Effekt ... keine aktuellen Erkenntnisse“ vorliegen.

Lieblingsrezept der Politiker

Für den Fiskus selbst ist es kein Problem, dass die Kfz-Steuer, die Energie- bzw. Ökosteuer und die Luftverkehrsteuer umweltpolitisch versagen. Im Gegenteil: Gerade weil diese Steuern hinter ihren erwarteten Lenkungswirkungen zurückbleiben, sind sie stabile und mächtige Einnahmequellen.

Spätestens an dieser Stelle ist die grundsätzliche Frage zu klären, ob besser funktionierende Umweltsteu-

ern wünschenswert wären. Oder anders und scharf formuliert: Sollte es überhaupt eine massive Klimapolitik geben, um die CO₂-Emissionen zu senken? Darüber wird teilweise erbittert gestritten. Die „Fridays for Future“-Bewegung hat die Diskussion über den Klimawandel zugespitzt. Als Deutsches Steuerzahlerinstitut (DSi) beobachten wir die Argumentationslinien in den unterschiedlichen Lagern, denn klimapolitische Maßnahmen können unabsehbare Milliardenkosten für Bürger und Betriebe nach sich ziehen.

Wer auf einschlägige Meta-Studien schaut, erkennt schnell: Die überwiegende Mehrheit der Klimaforscher geht von einem menschengemachten Klimawandel aus. Es wäre vermessen, als DSi diese wissenschaftlichen Erkenntnisse anzuzweifeln. Vielmehr wollen wir darauf drängen, dass notwendiger Klimaschutz nicht interventionistisch, sondern marktwirtschaftlich betrieben wird.

Natürlich ist Klimaschutz nicht kostenlos zu haben. Doch die Politik kann ihn zumindest kostengünstig und vor allem zielgenau gestalten. Steuerliche Maßnahmen sind nach den bisherigen Erfahrungen nicht das beste Mittel dafür, aber leider immer noch das Lieblingsrezept vieler Politiker. So erwogen Teile der Bundesregierung im Sommer 2019 eine neue CO₂-Steuer, als es um das Klimapaket ging. Als das Bundesumweltministerium sogar ein fertiges Konzept auf den Verhandlungstisch legen konnte, schien die schrittweise steuerliche Verteuerung von Kraft- und Heizstoffen beschlossene Sache zu sein.

Der Bund der Steuerzahler mit dem DSi und viele andere marktwirtschaftlich orientierte Verbände warnten jedoch davor. Aus unserer Sicht gab und gibt es eine sinnvol-

le Alternative: die Ausweitung des bestehenden CO₂-Emissionshandels auf weitere Sektoren und Länder. Insofern war es ein Teilerfolg, dass Ende 2019 keine CO₂-Steuer, sondern die Einführung eines nationalen Emissionshandels im Verkehrs- und Wärmesektor beschlossen wurde.

Anfänglich wird dieser Emissionshandel wegen seiner nationalen Beschränkung und der gesetzlich festgelegten Zertifikatspreise steuerähnlich und damit suboptimal sein. Doch das ist immer noch besser als die ursprünglich geplante Einführung einer neuen Steuer! Erstens hätte eine CO₂-Steuer wohl auf unabsehbare Zeit Bestand gehabt; zweitens bietet der nationale Emis-

Durch die Ökosteuer verteuerten sich Kraftstoffe spürbar. Dennoch wuchs der Verbrauch

sionshandel ab 2021 die Chance einer Weiterentwicklung zu einem mindestens EU-weiten Handel von CO₂-Zertifikaten.

Historische Chance

Die Politik müsste dann nicht mit CO₂-Steuersätzen experimentieren, wobei sie lediglich hoffen kann, ein gewünschtes CO₂-Minderungsziel zu erreichen. Stattdessen könnte sie im Rahmen eines ausgeweiteten Emissionshandels vorgeben, welches Volumen an CO₂-Emissionen klimawissenschaftlich sinnvoll erscheint. Den Rest würden die Marktkräfte übernehmen.

Jeder Sektor in jedem am Handel beteiligten Staat würde seine individuellen CO₂-Vermeidungskosten gegen den Marktpreis eines Zertifikats abwägen. Wer hohe Vermeidungskosten hat, würde Zertifikate benötigen und hätte dadurch den Anreiz, weniger Energie zu verbrauchen bzw. auf effizientere Technologien umzusteigen. Wer bereits relativ effiziente Technologien besitzt, kann Zertifikate verkaufen. Alle Beteiligten zusammen würden nicht mehr CO₂ als zulässig emittieren. Damit würde Klimaschutz am Ende zu dem, was es im Kern ist, nämlich zu einer technologischen Frage.

Ein Beispiel: Hiesige Verbrennungsmotoren noch emissionsärmer zu bauen, ist teuer. Je nach Schätzung betragen die technologischen Vermeidungskosten für eine Tonne CO₂ rund 300 Euro. In der Zementindustrie betragen die Vermeidungskosten rund 60 Euro, wenn beispielsweise die Technologie der „membrangestützten CO₂-Verflüssigung“ genutzt wird. Einsparungen würden also zunächst in der Zementindustrie sinnvoll sein.

Um die unterschiedlichen Vermeidungspotenziale optimal auszunutzen, brauchen wir allerdings einen mindestens EU-weiten Handel. Für Deutschland bietet sich derzeit eine historische Chance, solch ein ambitioniertes Projekt voranzutreiben. Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission hat bereits für die Ausweitung des EU-Emissionshandels plädiert. Deutschland übernimmt zudem im zweiten Halbjahr 2020 die Präsidentschaft im EU-Rat.

Statt nationalem steuerpolitischem Aktionismus ist jetzt die Gelegenheit für einen großen Wurf in Form eines EU-weiten Klimaschutzes auf Basis marktwirtschaftlicher Effizienz und Rationalität. ■

Die Fahrt zu sinnlosen Zielen bremsen

Ist die Behebung eines Klimanotstands ein sinnvolles Ziel? Nein, meint **Berthold Barth**. Sinnvoll sei ein Ziel nur, wenn das Erreichen möglich und überprüfbar ist. Die Fehler des „magischen Vierecks“ sollten nicht wiederholt werden

Seit 2011 ist im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert. In Artikel 109 ist festgelegt, dass „die Haushalte von Bund und Ländern [...] grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“ sind. „Bund und Länder können [...] eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen.“ Der Staat bleibt also trotz der Schuldenbremse stets handlungsfähig.

Falls die Behebung des von vielen Gemeinden ausgerufenen und nicht näher spezifizierten „Klimanotstands“ Eingang in die Ziele der Landes- und Bundespolitik finden sollte, werden im Zweifel Gerichte zu entscheiden haben, ob ein solcher Zustand von den Begriffen „Naturkatastrophe“ oder „außergewöhnliche Notsituation“ erfasst und eine über die regelgerechte Kreditfinanzierung der Haushalte hinausgehende Verschuldung gerechtfertigt ist. Sollte dem so sein, wird auch dann der Weg der finanzpolitischen Vernunft nicht verlassen, denn: „Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen.“ Eine Antwort auf die Frage eines jeden Kreditgebers, wann er sein Geld wiederbekomme, ist also unabdingbar, um verfassungskonform zu sein.

Aber ist die Behebung eines Klimanotstands überhaupt ein sinnvolles Ziel? Nein, weil zum einen schon die behauptete Ausgangs-



Berthold Barth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Ludwig-Erhard-Stiftung.

problematik einer weltweit steigenden, vom Menschen beeinflussbaren Durchschnittstemperatur und zum anderen die Reduktion des CO₂-Ausstoßes in ihrer Wirkung auf die Durchschnittstemperatur zweifelhaft sind. Sinnvoll ist ein Ziel aber nur dann, wenn das Erreichen möglich und überprüfbar ist.

Vom Viereck zum Vieleck

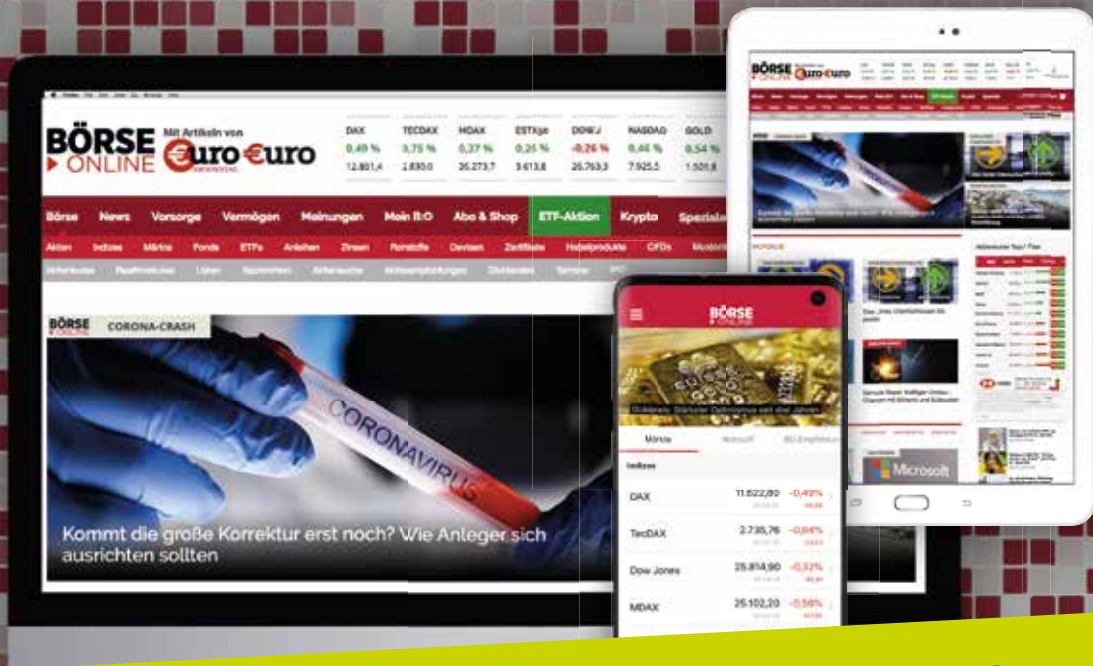
1967 wurde das sogenannte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verabschiedet, in dem vier Ziele der Wirtschaftspolitik formuliert wurden: neben hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Stabilität des Preisniveaus auch „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“. Dem ursprünglichen Gedanken von John Maynard Keynes folgend, der Staat solle zur Verstetigung des Konjunkturverlaufs

im Abschwung kreditfinanzierte Nachfrage schaffen und im Aufschwung die Nachfrage dämpfen sowie die Kredite zurückzahlen, wurde schließlich die Deformation dieses Gedankens vollzogen, indem den staatlichen Stellen ein permanentes Wachstumsziel vorgegeben wurde, dessen Attribut „angemessen“ nur willkürlich als erreicht oder nicht erreicht bestimmt werden kann.

Selbst wenn das tatsächliche Wachstum im Nachhinein als angemessen angesehen wird, bleiben andere Ziele unerreicht. Deshalb wurde auch der Name „magisches Viereck“ geprägt, der ausdrückt, dass die im Gesetz genannten vier Ziele zumindest nicht gleichzeitig zu erreichen sind. Durch die Formulierung von wirtschaftspolitischen Zielen wurde der Weg bereitet, das Viereck beliebig und in verschiedenen Gesetzen verstreut um ebenfalls nicht überprüfbare Ziele wie „soziale Gerechtigkeit“ oder „gesunde Umwelt“ schließlich zum Vieleck zu erweitern.

Der verlockende Gedanke der – durch die Idee Keynes' legitimierten – Kreditfinanzierung zum Erreichen politischer Ziele durch höhere Staatsausgaben schwingt dabei immer mit. Der mit der Schuldenbremse vorgeschriebene Tilgungsplan bei außergewöhnlicher Neuverschuldung bremst die Erweiterung des Katalogs der unerreichbaren Ziele und die Fahrt auf dem Weg in die Frustration. ■

FOTO: PRIVAT



Alle Entwicklungen!

Aktuelle News und Kurse!

Mit Beiträgen aus **€uro** und **€uro** AM SONNTAG

boerse-online.de

Bleiben Sie in Krisenzeiten bestens über die Börse informiert!

- ▶ **Wissen, was passiert:** Aktuelle Nachrichten aus Politik, Unternehmen und von den Märkten
- ▶ **Jetzt kaufen, halten, verkaufen:** Objektive Einschätzungen zu kursrelevanten Ereignissen
- ▶ **Charttechnisch und fundamental:** Empfehlungen von heißen Aktien, Zertifikaten, Fonds und mehr
- ▶ **Das eigene Portfolio jederzeit im Blick:** Alle Kurse in Echtzeit
- ▶ **Immer top informiert:** Täglicher Newsletter mit den wichtigsten Themen

**Auch als App für Android und iOS.
Für alle Endgeräte optimiert!**



Warum das Speichern von Klimagasen vergütet werden muss

Ulrich Blum vertritt die These, dass durch die Einbeziehung biologischer Systeme als sogenannte „Senken“ zur Bindung von Klimagasen dem ländlichen Raum Deutschlands bei entsprechender Vergütung die Chancen zu nachhaltiger Entwicklung zurückgegeben würden

Durch die Energiewende wurde Deutschland von der Bundesregierung ein Feldverbot auferlegt mit dem Ziel, eine nachhaltige Industriegesellschaft zu entwickeln. Ökonomen analysieren diesen Prozess mit großem Interesse und kritisieren zunehmend die Fehlanreize und die damit einhergehenden negativen Allokationswirkungen. Kosten in Milliardenhöhe haben nur zu vergleichsweise geringen Einsparungen am Klimagasausstoß geführt.

Standorteffekte werden erst seit der Abstandsregel bei Windkraftanlagen und dem Versuch, Stromautobahnen vom Norden in den Süden zu bauen, um den überschüssigen Strom in die wirtschaftlichen Ballungszentren zu leiten, in der Öffentlichkeit diskutiert. Dabei könnte eine umfassendere, als die bisher geplante Kohlendioxidbepreisung dem ländlichen Raum die Chancen zu nachhaltiger Entwicklung (zurück-)geben, die er aufgrund seiner Wirtschafts- und Landschaftsstruktur besitzt, aber bisher nicht ausspielen konnte, weil in den vergangenen drei Jahrzehnten eine massiv agglomerationsfördernde und sogar subventionierende Politik betrieben wurde, die sich – meist kostenfrei – an den Ressourcen des Umlands bediente.

Robin Alexander schrieb in der „Welt am Sonntag“ vom 9. Februar



Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Blum ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung.

2020: „Großstädte feiern sich (wenn die Wohnung nicht im Problemviertel liegt, und die Kinder nicht auf staatliche Schulen gehen) für ihre Vielfalt und Toleranz und gerieren sich ökologisch. Weiten Teilen des Landes geht die politische und mediale Absolutierung ihres Lebensstils zunehmend auf die Nerven. Von dieser Polarisierung profitieren die beiden Extremparteien Grüne und AfD.“

Tatsächlich hat die ländliche Bevölkerung für die Ansprüche der Großstädte und für den Zwang, die städtischen Lebensentwürfe tra-

gen zu sollen, immer weniger Verständnis. Die Energiewende muss endlich logisch zu Ende gedacht und dadurch ländliche Regionen aufgewertet werden. Dies würde die Stadt-Land-Polarisierung verringern, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse fördern und schließlich, gerade in Zeiten der Corona-Krise, das Land pandemie-fester machen.

Senken nutzen und vergüten

Ökonomen haben immer wieder vorgeschlagen, den Ausstoß von Schadstoffen, insbesondere von Klimagasen, durch Festlegung von Emissionsgrenzen zu bepreisen. Viel zu zaghaft folgt die Politik diesem Vorschlag, der der Wirtschaft den Anreiz zu geben, dort Einsparungen vorzunehmen, wo diese mit geringstem Aufwand die größte Wirkung entfalten. Folgerichtig sollte auch die Fähigkeit biologischer Systeme, als Senken große Mengen von Klimagasen zu binden, einbezogen werden.

Von den rund 760 Gigatonnen Kohlendioxid, die weltweit pro Jahr emittiert werden, sind rund 33 Gigatonnen von Menschen verursacht. Große Teile können vom Meer, von der Vegetation und von den Böden aufgenommen werden, sodass nur etwa 22 Gigatonnen hiervon als permanente Anreicherung in der Atmosphäre für die Klimaeffekte

FOTO: PRIVAT

verantwortlich sind. Ein großes Risiko entsteht bei der Erwärmung durch Rückkopplungseffekte, insbesondere beim Auftauen der Permafrostböden und Entweichen von Methan sowie durch Lecks in Erdgas-Pipelines durch unzureichende Technologien, besonders auf dem Gebiet der Russischen Föderation und in den klassischen Erdölgewinnungsländern, sowie durch Waldbrände, die für etwa sieben Gigatonnen an Emissionen verantwortlich sind. Entwicklungs- und Schwellenländer verbrauchen je Einwohner nur die Hälfte des Werts der entwickelten Welt, was das bisherige westliche Wirtschaftsmodell als für die Erde fatal ausweist.

Gesucht werden muss nach einem global wirksamen Anreizsystem, das nicht nur die Emissionen verringert, sondern auch die Senken von Klimagasen begünstigt. Letzteres ist bis heute nicht der Fall. Ein knappes Beispiel illustriert die Idee: Eine Tonne Holz enthält rund 500 kg Kohlenstoff, das Molgewicht von Kohlenstoff beträgt zwölf und von Sauerstoff 16, sodass 500 kg im Baum eingelagerter Kohlenstoff der Atmosphäre rund 1,8 Tonnen Kohlendioxid entzieht. Der deutsche Wald bindet pro Hektar durch den Holzzuwachs von rund sieben Tonnen etwa 25 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. Bei rund elf Millionen Hektar Wald sind das in Deutschland rund 40 Millionen Tonnen Kohlendioxid, das heißt 16 Prozent des Klimaausstoßes Deutschlands.

Wenn Holz nicht verbrannt, sondern in Möbeln oder Häusern verbaut wird, wird es dauerhaft der Einwirkung auf die Atmosphäre entzogen bzw. erzeugt es eine Pause in der Klimabelastung, die benötigt wird, bis emissionsverhindernde Technologien eingeführt werden können.

Nimmt man einen Kohlendioxidpreis von 40 Euro pro Tonne im Rahmen des Emissionshandels an, dann bekäme jeder Waldbesitzer eine „Klimarückvergütung“ von 520 Euro pro Jahr und Hektar. Da das Verbrennen von Holz sofort wieder zu Emissionssteuern führen würde, gäbe es einen großen Anreiz, mit Holz zu bauen, denn klassische

Die Natur könnte weit mehr Klimagase speichern und auf Zeit binden

mineralische Baustoffe wie zum Beispiel Zement oder Ziegel verursachen viel höhere Emissionen – weit mehr als zehn Prozent der globalen Klimabilanz. Rechnerisch könnten pro Tonne Holz, im Bau eingesetzt, durch Vermeiden klassischer Baustoffe etwa weitere fünf Tonnen Kohlendioxid eingespart werden.

„Biologische Waffe“ Aufforstung

Ackerböden und Wiesen enthalten rund 100 Tonnen Kohlenstoff je Hektar. Moore sogar 500 Tonnen pro Hektar, für Waldböden liegt der Wert dazwischen. Durch nachhaltige Bewirtschaftung, beispielsweise durch eine kohlenstoffhaltige Düngung mit geringer Oxidation sowie durch den Anbau von Pflanzen, die den Kohlenstoff durch ihre starke Wurzelentwicklung in den Boden eintragen, ist ein Aufbau von rund 0,4 Tonnen Kohlenstoff pro Hektar im Jahr möglich, was eine Kohlendioxidzuwendung von 60 Euro pro Hektar ausmachte – rund zehn bis 20 Prozent der Pachtpreise.

Um an diesen Einnahmen zu partizipieren, würden die Land- und Forstwirtschaft, die Bauwirtschaft und auch die Energiewirtschaft ihre bisherigen Geschäftsmodelle überdenken müssen. In der Landwirtschaft wären den Erträgen aus Kohlenstoffspeicherung sowie der klassischen Feld- und Wiesenbewirtschaftung deren möglicherweise dann etwas höherer Aufwand gegenzurechnen. Die Flächennutzung würde extensiver und schonender. Der Holzwirtschaft stünden völlig neue Absatzwege offen.

Global könnten eine starke Aufforstung an der Verfügbarkeit von Oberflächenwasser scheitern bzw. Flüsse und Feuchtgebiete ausdörren. Trotzdem sollte die Wirksamkeit dieser „biologischen Waffe“ gegen den Klimawandel nicht unterschätzt werden. Insbesondere ließen sich in küstennahen (Wüsten-)Gegenden Bewässerungssysteme einrichten, die über moderne solarbetriebene Entsalzungsanlagen große Flächen begrünen.

Die Natur könnte durch diese Anreize weit mehr Klimagase speichern und zumindest auf Zeit binden. Die Wirkungen können erheblich sein, wie eine historische Katastrophe zeigt: Mit der Eroberung Mittelamerikas im 15. Jahrhundert ging dort die Bevölkerung um etwa 90 Prozent zurück, weshalb weite Gebiete, die bis dahin landwirtschaftlich genutzt worden waren, wieder der Natur, besonders dem Urwald, zurückgegeben wurden.

Das band über die Jahre etwa 17 Gigatonnen Kohlendioxid, was heute innerhalb der Phase des sogenannten Spörer-Minimums als Erklärung für eine weitere Abkühlung des Klimas herangezogen wird.

Geben wir also den ländlichen Regionen, was sie verdienen! ■

Intelligentes Ressourcenmanagement – das übersehene Instrument

Intelligentes Ressourcenmanagement hat in der Umweltpolitik oberste Priorität, so **Janez Potočnik**. Die entscheidende Aufgabe der EU besteht darin, die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch voranzutreiben

Ludwig Erhard verstand vielleicht besser als jeder andere, dass ein verlässlicher ordnungspolitischer Rahmen im Sinn der Sozialen Marktwirtschaft der Schlüssel zur Bewahrung von Freiheit und Wohlstand für alle ist. Erhard und seine Zeitgenossen mussten den Übergang in eine Friedenswirtschaft bewältigen. Für unsere Generation und unsere Zeit besteht die Herausforderung darin, den Übergang zu einem angemessen gestalteten Nachhaltigkeitspfad zu schaffen.

Wenn uns der Ausbruch des Coronavirus etwas gelehrt hat, dann dass das Eintreten von vermeintlich weit entfernten Ereignissen eine sehr reale Gefahr darstellt. Die Lehre aus dem Ausbruch von Covid-19 ist daher glasklar: Wir müssen ernsthaft daran arbeiten, unsere derzeitigen Methoden des kollektiven Risikomanagements neu zu gestalten.

Green Deal weiter wichtig

Das ist auch der Grund, warum der europäische Green Deal nach wie vor wichtig ist. Er legt das Ziel fest, die Netto-Kohlenstoffemissionen in Europa bis 2050 auf null zu senken und das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Natürlich tun die Pessimisten das als Megalomanie ab – als unerschwinglich und unerreichbar.



Dr. Janez Potočnik ist Co-Vorsitzender des International Resource Panel der Vereinten Nationen und ehemaliger EU-Umweltkommissar.

Aber dank Covid-19 sollten wir inzwischen alle verstanden haben, wie eng – und ohne Kurskorrektur potenziell tragisch – Gesundheits-, Klima- und Wirtschaftereignisse in unserer vernetzten Welt miteinander verwoben sind.

Vor diesem Hintergrund hat intelligentes Ressourcenmanagement nicht nur in der Umweltpolitik, sondern auch in der Wirtschaftspolitik oberste Priorität. Und die entscheidende Aufgabe Europas besteht darin, die Führung bei kohlenstoffarmem und einem vom Ressourcenverbrauch entkoppelten Wohlstand zu übernehmen.

Um den Übergang effektiv und vorteilhaft zu gestalten, müssen wir die Herausforderung, Auswirkungen wie den Klimawandel mit

der Nutzung natürlicher Ressourcen als primärem systemischen Treiber zu verbinden, strategisch verstehen und bewältigen.

Leider beinhalten die meisten Maßnahmen und Geschäftsmodelle die Ressourcennutzung noch immer ungenügend. Die derzeitigen Bemühungen erschöpfen sich oft in nichtsystemischen Ansätzen. So werden beispielsweise sehr kostspielige Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung mit Nachdruck verfolgt, die allerdings bloß die Symptome der Umweltveränderungen bekämpfen. Im Gegensatz dazu stehen die eigentlichen Triebkräfte, die echten Wandel herbeiführen könnten, nicht im Mittelpunkt.

Man kann sich leicht vorstellen, was Ludwig Erhard über ein Wirtschaftssystem gesagt hätte, das die Massenproduktion über die Nachhaltigkeit als gesellschaftlich wertvolle Leistung der Industrie stellt – und damit an der Transformationsaufgabe scheitert, einen echten Wohlstand für alle zu schaffen.

Zum Wandel führen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Botschaft an alle Führungskräfte auf allen Ebenen und in allen Bereichen klar: Sie haben die einmalige Chance, aus einer Krisenerzählung eine Chance für eine unverwechselbare Führung zu machen. Wenn sie jetzt

die richtigen Entscheidungen treffen, können sie den Wohlstand für alle, auch für künftige Generationen, vorantreiben.

Erhard war ein Meister darin, Effizienzdenken mit dem Streben nach Resilienz, also Widerstandsfähigkeit, zu verbinden. Deshalb kann man verlässlich davon ausgehen, dass er, wenn er heute noch leben würde, all jenen, die an der Gestaltung systemischer Ansätze mitwirken, empfehlen würde, den Fokus auf natürliche Ressourcen als entscheidenden Ansatzpunkt zu legen.

Effizienzsteigerung durch Optimierung des Materialeinsatzes und Schonung natürlicher Ressourcen ist genau die Art von Denken, die Erhard in den 1950er- und 1960er-Jahren zum Tragen brachte.

In der heutigen Welt bedeutet das auch, die Elektrifizierung von Automobilen zu überdenken. Sie spart zwar Treibstoff, verbraucht aber eine große Menge an knappen Ressourcen für Batterien. In der Zwischenzeit wird der Verbesserung des Mobilitätssystems nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Nur die Integration von öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrgemeinschaftsdiensten wird den Ressourcenverbrauch insgesamt verringern.

Ressourcen – das fehlende Glied

Der Global Resources Outlook 2019 des International Resource Panel zeigt, dass allein die Gewinnung und Verarbeitung von Ressourcen (Biomasse, Metalle, nichtmetallische Mineralien und fossile Brennstoffe) im Jahr 2017 rund 90 Prozent des weltweiten landnutzungsbedingten Biodiversitätsverlusts und Wasserstress sowie über 50 Prozent der Auswirkungen des Klimawandels verursacht hat.

Der weltweite Ressourcenverbrauch hat sich seit 1970 mehr als verdreifacht, und die weltweite Pro-Kopf-Nachfrage nach Rohstoffen ist von 7,4 Tonnen pro Kopf im Jahr 1970 auf 12,2 Tonnen im Jahr 2017 gestiegen. Der Ressourceneinsatz ist trotz allen wirtschaftlichen Fortschritts signifikant gestiegen.

Die Produktivität des Rohstoffeinsatzes, das heißt die Effizienz der Ressourcennutzung, wuchs zunächst bis zum Ende des Jahrhunderts, begann dann zu sinken und stagnierte in den jüngsten Jahren. Dies kann auf eine Verlagerung der Produktion von Ländern mit höherer Ressourceneffizienz in Länder mit geringerer Ressourceneffizienz zurückgeführt werden.

Regulatorische Stabilität ist unerlässlich, darf jedoch nicht mit Stagnation verwechselt werden

Ressourcennutzung und -management sind die Elemente, die hinter den großen Problemen und Lösungen aller großen Umwelt- und Gesundheitsfragen stehen. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, das Wachstum des menschlichen Wohlergehens und der Volkswirtschaften insgesamt von der Ressourcennutzung sowie den Umweltbelastungen und Umwelteinflüssen zu entkoppeln.

Dieses „Decoupling“ ist der wesentliche Bestandteil für die Umstrukturierung der Wirtschaftstätigkeit

in ein nachhaltigeres Modell, das die auf Effizienz basierenden Anstrengungen durch eine wirklich widerstandsfähige (bzw. resiliente) Wirtschaft ergänzt.

Kreislaufwirtschaft

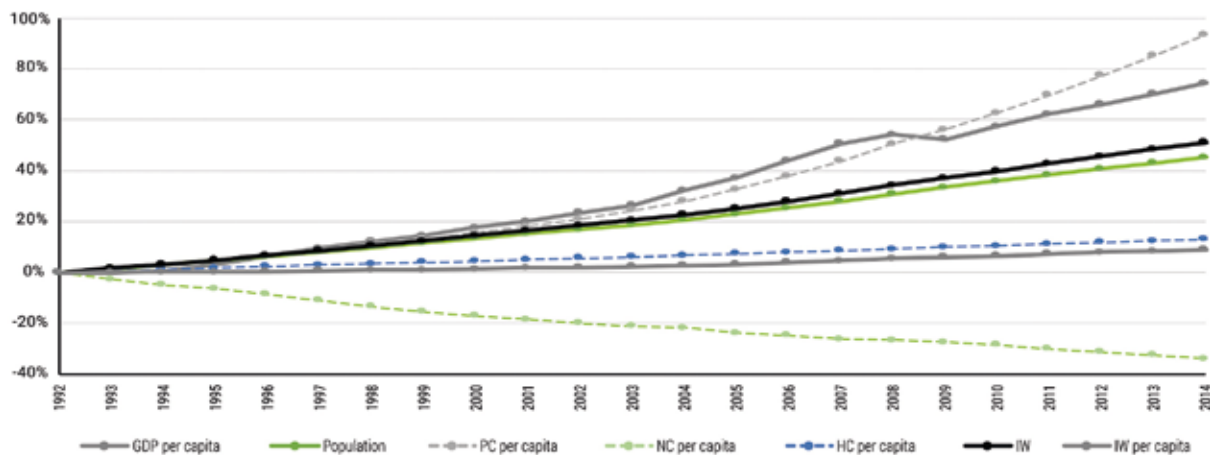
Ein wichtiges Instrument zur Entkopplung ist die Kreislaufwirtschaft. Sie beruht auf drei Kernprinzipien: Erstens wird die Nutzung von Produkten intensiviert (zum Beispiel durch dienstleistungsbaasierte Sharing-Modelle); zweitens versucht man, Produkte und Materialien länger in Gebrauch zu halten (zum Beispiel durch Reparatur und Wiederaufarbeitung); und drittens wird der Verwendung von erneuerbaren Materialien Vorrang eingeräumt.

Angesichts des derzeitigen Globalisierungsgrads könnte die Kreislaufwirtschaft sehr wohl hochwertige Arbeitsplätze in der Instandhaltung, bei Dienstleistungsmodellen und spezialisierter Kreislaufgestaltung nach Europa und Deutschland zurückbringen.

Vor zwei Jahren haben die Vereinten Nationen den Inclusive Wealth Index veröffentlicht (siehe Grafik auf der folgenden Seite). Der Index zeigt, dass sich das Pro-Kopf-Produktionskapital (PC) zwischen den Jahren 1992 und 2014 fast verdoppelt hat. Dagegen ist das Humankapital (HC) pro Kopf nur leicht gestiegen, während das „Naturkapital“ (NC) pro Kopf um fast 40 Prozent gesunken ist.

Wie wir aus der Grafik ersehen können, befand sich das Produktionskapital in diesem Zeitraum mehr oder weniger auf dem gleichen Wachstumspfad wie das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dies bedeutet, dass das BIP-Wachstum im vergangenen Vierteljahrhundert auf Kosten des ►►

Index des Gesamtvermögens (Inclusive Wealth, IW) und seiner Komponenten, 1992 bis 2014



Quelle: UNEP, Inclusive Wealth Report 2018

►► Naturkapitals erzielt wurde. Ludwig Erhard hätte instinktiv verstanden, dass wir es besser machen müssen. Unser Naturkapital auf diese Weise zu erschöpfen, ist ein Weg ins Nichts. Das wirksamste Prinzip, um irgendwo hinzukommen, ist ein neuer Blickwinkel – ein unmissverständlicher Fokus auf natürliche Ressourcen. Das ist eine enorme Herausforderung. Aber, wie Ludwig Erhard im Handumdrehen erkannt hätte, es ist auch der Weg, der uns neue wirtschaftliche Chancen und Arbeitsplätze bietet.

Für Stabilität im Wandel sorgen

Ludwig Erhard hielt ordnungspolitische Stabilität für die entscheidende Voraussetzung, damit die Industrie planen und investieren und so die Soziale Marktwirtschaft florieren kann. Die regulatorische Stabilität ist nach wie vor unerlässlich. Stabilität darf jedoch nicht mit

Stagnation verwechselt werden. Sie muss dynamisch weitere Aspekte einbeziehen.

Stabilität in Zeiten fundamentaler globaler Veränderungen bedeutet ein klares Bekenntnis von Regierungen und Unternehmen zu langfristigen Plänen, Transparenz und auch die Beteiligung an Diskussionsforen, um den Übergang zu einer nachhaltigen Weltwirtschaft zu erreichen. Dies ist die Voraussetzung für einen breit angelegten Wohlstand.

Fiskalische Anreize sind ein zentrales Instrument in diesem Transformationsprozess. Das Bemühen der Politiker, die Industrie durch die veralteten Prinzipien der Besteuerung einerseits und der Subventionen andererseits „mit Freundlichkeit zu töten“, erzeugt die Illusion von Unterstützung.

Völlig unabhängig von derlei Interventionen führt nichts an der Einsicht vorbei, dass die begünstigten

Industrien in Wirklichkeit so ihre Fähigkeit zur Anpassung an den in jeder Hinsicht unvermeidlichen und damit kaum verschiebbaren Wandel verlieren.

Stabilität in Zeiten des Wandels bedeutet, einen klaren, langfristig orientierten Plan zu erstellen. Diese Veränderung hat drei Ebenen: eine allmähliche Verlagerung der Besteuerung der Arbeit zur Besteuerung der Nutzung von Ressourcen, die Verwendung öffentlicher Mittel zur Unterstützung des Übergangs und eine Neukonzipierung der Eigentumsmodelle.

Das Wirtschaftssystem müsste so ausgestaltet werden, dass ein intelligentes Ressourcenmanagement als Grundlage für Wohlstand für alle gefördert würde. Dies wäre ein Ansatz, der sicherlich Ludwig Erhards Unterstützung gefunden hätte. ■

ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN



Gesunde Ernährung braucht eine nachhaltige Finanzierung.

Als Förderbank der Agrarwirtschaft gehört Nachhaltigkeit zum Kerngeschäft der Rentenbank. Wir fördern ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls, der Energieeffizienz oder der Minderung von Emissionen. Auch die Direkt- oder Regionalvermarktung landwirtschaftlicher Produkte, der ökologische Landbau und Investitionen in erneuerbare Energien sind zentraler Bestandteil unseres Förderauftrags. Die Mittel für unsere Darlehen nehmen wir an den internationalen Finanzmärkten auf – mit anhaltendem Erfolg. Deshalb können wir sagen: Der Bulle steht uns näher als der Bär.

Cradle to Cradle als Innovationsplattform für die Industrie in der digitalen Welt

In der Umweltschutzdebatte herrscht die Meinung vor, man schütze die Umwelt, indem man sie weniger zerstört. **Michael Braungart** fordert ein Umdenken: Wir müssen die Menschen als Chance für den Planeten begreifen, nicht als Belastung

Seit 40 Jahren wird in Deutschland intensiv über Umweltschutz diskutiert. Hierbei herrscht die Meinung vor, dass man die Umwelt schützt, wenn man sie weniger zerstört: Fahr weniger Auto! Reduziere den Wasser- und Energieverbrauch! Reduziere die Müllmenge! Minimiere den ökologischen Fußabdruck! In jedem Hotel kann man den Ratschlag sehen, dass man sein Handtuch noch mal verwenden soll, um Waschmittel einzusparen und die Umwelt zu schützen. Dabei wird die Umwelt so nicht geschützt, sie wird eben nur weniger zerstört. Auch Greta Thunberg schützt die Umwelt nicht, wenn sie mit dem Zug fährt oder sich nach Amerika mit dem Segelboot auf den Weg macht. Sie zerstört sie nur etwas weniger.

Deshalb braucht es ein anderes Umweltschutzdenken, das dem heutigen traditionellen Denken über unsere Rolle als Menschen auf der Erde diametral entgegensteht. Berlin möchte 2050 klimaneutral sein, Kopenhagen schon 2025. Dies ist ein extrem trauriges Ziel. Klimaneutral können wir nur sein, wenn wir nicht existieren. Allein durch das Atmen im Ruhezustand geben wir pro Person im Jahr über 170 Kilogramm Kohlendioxid an die Umgebung ab. Dies kann sich auf bis zu zwei Tonnen steigern – je nach sportlicher Betätigung.



Prof. Dr. Michael Braungart hat eine Professur für Öko-Design an der Leuphana Universität Lüneburg inne. Er ist Gründer von EPEA, einem internationalen Umweltforschungs- und Beratungsinstitut.

Kein Baum ist klimaneutral. Ein Baum ist immer gut für das Klima. Wollen wir nicht gut fürs Klima sein? Das vorherrschende Denken hat mit falsch verstandener Religionskultur zu tun. Die christliche Religion hat sich 1999 darauf verständigt, die Rechtfertigungslehre, die der Ausgangspunkt für die Reformation war, im Grunde so zu interpretieren, dass kein Mensch durch eigene gute Werke, sondern nur durch Gottes Gnade erlöst werden kann. Das heißt, die Menschen sind von sich aus böse – Ähnliches gilt im Islam –, und nur Gott kann sie erlösen. Menschen können also

gar nicht gut sein, sondern höchstens weniger schlecht.

In diesem Kontext versuchen wir, unseren ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Für ein schlichtes „Weniger schädlich“ sind wir jedoch viel zu viele Menschen auf der Erde. Selbst wenn wir unseren Lebensstandard halbieren würden, wäre unser Wirken weiterhin zerstörerisch für Umwelt und Natur. Es braucht deshalb ein neues, anderes Denken, welches die Marktwirtschaft ernst nimmt. Im Augenblick ist in vielen Fällen der Gewinn privatisiert und das Risiko vergesellschaftet.

Wie wäre es, solch ein anderes Denken zur Grundlage der Marktwirtschaft zu machen? Wer möchte schon die in einem Fernseher enthaltenen 4360 Chemikalien besitzen, wenn er doch nur fernsehen möchte? Ein Mercedes enthält 46 verschiedene Stahlliegierungen. Wir nennen es dann „Recycling“, wenn aus diesen hochwertigen Stahlliegierungen (aus Chrom, Nickel, Kobalt, Mangan, Molybdän, Wolfram, Antimon, Wismut, Titan) später primitiver Betonstahl gemacht wird.

Downcycling statt Recycling

Aber findet da wirklich Recycling statt? Zur Gewinnung des Baustahls muss zum Beispiel der Karosierestahl mit Neustahl verdünnt werden, um den Kupfergehalt wieder

FOTO: ANNA BAUER

zu senken. Trotzdem müssen große Mengen an Recycling-Material in andere Länder exportiert werden, da der Gehalt an Buntmetallen sonst selbst die Verwendbarkeit für Baustahl verhindern würde. Von 41 Elementen in einem Mobiltelefon werden gerade einmal neun Elemente (im besten Fall) zurückgewonnen. Die seltenen Elemente wie Indium, Gallium und Germanium werden nicht zurückgewonnen.

Seit 1990 gibt es den Grünen Punkt. Die Verpackungsmenge hat sich seitdem nahezu verdoppelt, insbesondere durch Kunststoffverpackungen. Man darf es auch „Recycling“ nennen, wenn Plastikabfälle exportiert werden. Denn diese dürfen aufgrund der rechtlichen Situation nur als Wirtschaftsgüter exportiert werden. Dass diese Plastikabfälle dann beispielsweise in Vietnam und Kambodscha, zu großen Bergen aufgetürmt, in die Gewässer ausgewaschen werden, ignoriert man. Bis vor wenigen Jahren war es sogar noch legal, Verpackungsabfälle in Bergwerke abzuladen und dies als stoffliche Verwertung zu etikettieren.

21 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche der Europäischen Union (das entspricht der Gesamtfläche Deutschlands) werden für sogenannte Biotreibstoffe und nachwachsende Rohstoffe verwendet. Dabei verliert man bis zu 30 Tonnen Boden pro Hektar durch den Maisanbau. Doch der Hauptkohlenstoffträger ist nicht das Öl, sondern der Boden. Durch diese Form der Landwirtschaft wird der Boden systematisch zerstört, sie ist lediglich ein Förderprogramm für Großbauern und Wildschweine. Zur gleichen Zeit importiert die Europäische Union Futtermittel aus Amerika (überwiegend aus Brasilien), für deren Anbau eine Fläche benö-

tigt wird, die etwa der Größe Frankreichs entspricht. Drei Millionen Tonnen Palmöl werden als Biotreibstoffe und für andere chemische Zwecke verwendet (der Anteil der Biotreibstoffverwendung beträgt allein schon über 40 Prozent).

Zur Einordnung der Auswirkungen auf die Umwelt: Ein Hektar indonesischer Regenwald speichert etwa 7000 Tonnen Kohlenstoff im Boden, ein Hektar Palmölplantage enthält hingegen nur etwa 60 Tonnen Kohlenstoff. So, wie der Sozialismus in der DDR und in Osteuropa nie sozial war, entsteht jetzt ein Ökologismus, der nicht der Ökologie dient, sondern der uns lediglich beschäftigt hält sowie extreme Kosten und Folgeschäden verursacht.

Auch Greta schützt die Umwelt nicht, wenn sie Zug fährt; sie zerstört sie nur etwas weniger

Innovation in zwei Bereichen

Machen wir uns nichts vor: Deutschland und Europa haben bei den meisten technologischen Entwicklungen den Anschluss verpasst. Bei der Digitalisierung, Nanotechnik, Gentechnik, im Elektronikbereich, in der Internet- und vielen anderen Zukunftsbranchen liegen wir zehn bis 15 Jahre zurück. Einzig in zwei Bereichen haben wir einen Vorsprung gegenüber anderen Ländern (durch die Weltuntergangsdiskussion der letzten 40 Jahre), der jetzt in Innovation umgesetzt werden kann: in den Bereichen Umwelt und Gesundheit.

Hierbei geht es nun aber nicht mehr um moralische Argumentation. Denn im Umweltschutzbereich ist so über Jahrzehnte nichts Relevantes von politischer Seite unternommen worden – außer ökologischer Gesetzgebungen, da man meinte, man könnte der Wirtschaft Umweltschutz nicht zumuten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Indem man die Produktion mit einem Triple-Top-Line-Ansatz vollzieht, der Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt gleichermaßen als Chance begreift, entstehen Produkte und Dienstleistungen, die nicht mit „Sklavenarbeit“ aus Fernost konkurrieren.

Eine solche Wirtschaft, von der Wiege zur Wiege (Cradle to Cradle) genannt, unterscheidet dabei zwischen zwei Kreisläufen: dem biologischen Kreislauf für alle Materialien und Produkte, die sich durch ihre Anwendung chemisch, biologisch oder physikalisch verändern (zum Beispiel Schuhsohlen, Bremsbeläge, Autoreifen, Waschmittel) und dem technischen Kreislauf, in dem Produkte zirkulieren, die bei ihrer Anwendung erhalten bleiben, so wie Fernseher und Waschmaschinen – diese werden (im Gegensatz zu den biologischen Nährstoffen) zu technischen Nährstoffen. In der digitalisierten Welt, in der auch die Produkte digital erfasst werden, gibt es dann keinen Abfall mehr, alles wird zum Nährstoff für die Bio- oder Technosphäre (siehe Abbildung nächste Seite).

Inzwischen gibt es bereits etwa 11000 solcher Cradle-to-Cradle-Produkte. Es gibt viele Unternehmen, die Cradle to Cradle als Innovationschance sehen: zum Beispiel die Firma Tarkett, wenn sie keine Teppichböden verkauft, sondern diese als Dienstleistungen anbietet. Man verkauft also lediglich ►►

►► eine Fußbodenverpackungsversicherung mit zehnjähriger Laufzeit. So setzt der Hersteller das beste Material ein und nicht nur das billigste. Gleichzeitig werden Teppichböden hergestellt, die nicht nur ungiftig sind, sondern die aktiv Feinstäube an sich binden.

Es werden Waschmaschinen hergestellt, bei denen man lediglich 3000 Waschgänge verkauft. Die amtierende EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat dieses Beispiel inzwischen in ihr Standardrepertoire aufgenommen. Mit diesem Dienstleistungsgeschäftsmodell müssen keine Sollbruchstellen mehr in die Produkte eingebaut werden, damit das nächste Gerät verkauft werden kann. Denn der Hersteller behält das Eigentum. Anstatt aus 150 billigen Kunststoffen

können auf diese Art und Weise Waschmaschinen aus vier bis sechs Kunststoffen hergestellt werden.

Vor allem in den Niederlanden ist Cradle to Cradle extrem erfolgreich. In Deutschland fragen die Unternehmer vielfach, ob Cradle to Cradle moralisch geboten sei. Doch in der Krise (wie auch zum Teil in der aktuellen Corona-Pandemie) wird die Moral dann umso schneller über Bord geworfen. In Holland hingegen fragen die Unternehmer danach, ob man mit diesem Geschäftsmodell Geld verdienen kann.

Dies ist auf Dauer sympathischer. Denn dieser Triple-Top-Line-Ansatz erweist sich dadurch als besonders profitabel, da er Auswirkungen für die Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen miteinander verbindet und dabei positive Aus-

wirkungen angestrebt werden – also nützliche Produkte zu schaffen, die einen ökologischen Fußabdruck hinterlassen, der positiv wirkt und zu einem Feuchtgebiet wird, anstatt ihn bloß minimieren zu wollen.

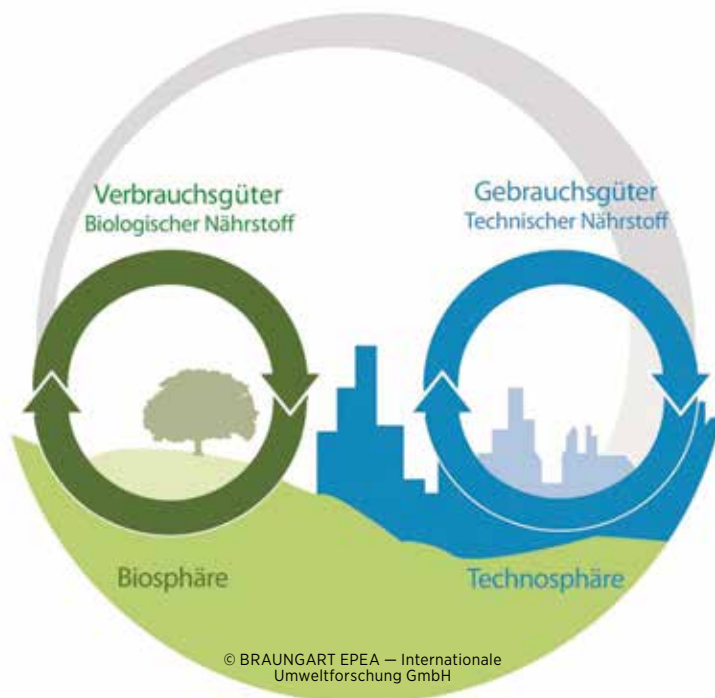
Chance für den Planeten

Wir müssen die Menschen als Chance für den Planeten begreifen, nicht als Belastung. Wie weit man in Deutschland von diesem Denken entfernt ist, kann man daran sehen, dass es kein einziges Biosiegel gibt, welches es erlaubt, dass unsere eigenen Stoffwechselprodukte zurück in biologische Kreisläufe gelangen können. Wir fühlen uns so schuldig, auf der Welt zu sein, dass wir denken, es sei besser, wenn wir überhaupt nicht existierten.

Cradle to Cradle ist inzwischen in der Industrie angekommen. So wird zum Beispiel bei Airbus nicht mehr länger ein Triebwerk eingekauft, sondern lediglich die Nutzung desselbigen. Dadurch lohnt es sich für den Hersteller Rolls-Royce, ein Triebwerk zu bauen, welches keine Wartung benötigt. Bei Philips in Rotterdam wiederum wird Lichtleistung angeboten, anstatt LED-Lampen zu verkaufen. Bereits seit 1992 gibt es ein Beispiel für Chemical Leasing, in dem das Lösungsmittel nicht länger veräußert, sondern lediglich vermietet wird: Rent a Solvent.

Es gibt viele weitere Positivbeispiele, wie den Keramikfliesenhersteller Mosa in Maastricht, der sein ganzes Unternehmen nach Cradle to Cradle umstellt. Oder die Firma Trigema, die vor 14 Jahren die ersten kompostierbaren T-Shirts auf den Markt brachte und damit eine Blaupause für asiatische Länder ermöglicht, um kostengünstige Massenware in guter Qualität liefern zu können. Dafür braucht es aber eine industrielle Basis in Europa. Die Di-

Cradle to Cradle – Biosphäre und Technosphäre



gitalisierung stellt uns diesbezüglich jedoch vor weit größere Probleme als bisher. Es ist jetzt möglich, jedes technische Gerät innerhalb weniger Monate zu kopieren. Wir werden in Deutschland das Segment des Maschinenbaus einbüßen, wenn es nicht gelingt, Cradle to Cradle als Geschäftsmodell zu etablieren.

Ein Beispiel: Ein Unternehmen, Weltmarktführer bei Ventilatoren und Gebläsen, stellt in Asien einen neuen Ventilator vor, der zehn Jahre lang keine Wartung benötigt. Bereits drei Monate später ist die Kopie, mit einem nur leicht abgeänderten Markennamen, auf dem Markt. Die Kopie hat jedoch bereits nach zwei Jahren Nutzungszeit ihr Ende erreicht. Dadurch wird allerdings auch der eigentliche Markenname ruiniert, da die Kunden durch die zum Verwechseln ähnliche Kopie den Eindruck haben, dass der Hersteller des ursprünglichen Produkts auch nicht mehr das ist, was er früher einmal war. Wie wäre es stattdessen, wenn das Unternehmen lediglich gesunde Luft als Dienstleistung verkaufen würde? Dann würde das Gerät, das keine Wartung braucht und langlebig ist, plötzlich zum Vorteil werden.

Viele Dinge setzen sich jetzt in großer Geschwindigkeit um. Allerdings könnte dies für viele Industriebereiche trotzdem zu langsam sein, zumal die Corona-Krise vielen Unternehmen Vitalität entzieht, die sie jetzt für Innovationen brauchen würden. Die Solaranlage eines deutschen Herstellers erreicht nach Untersuchungen unseres Instituts nach 19 Jahren Nutzungsdauer noch 93 Prozent ihres Wirkungsgrads. Ein chinesisches Modul hingegen verliert nach fünf Jahren bereits 50 Prozent seines Wirkungsgrads. Über 20 Jahre gesehen ist damit die Anlage des deutschen

Herstellers konkurrenzlos preiswert, obwohl sie am Anfang über 30 Prozent teurer war als das chinesische Konkurrenzprodukt.

Diese Anlagen gibt es aber heute nicht mehr, da das Geschäftsmodell dafür nicht entwickelt wurde. Somit betreiben wir letztlich Hightech-Entsorgung für chinesischen Sondermüll und beklagen uns gleichzeitig darüber, dass unser Standort zu teuer sei. Auf diese Art und Weise kann Europa zum Museum für Indien und China werden, was sicher auch eine verdienstvolle Aufgabe ist. Das bedeutet jedoch, dass wir die Innovationschance, die mit der 40-jährigen Weltuntergangsdiskussion einhergeht, nicht wahrnehmen.

Nachhaltigkeit ist innovationsfeindlich. Das Falsche wird perfekt und damit perfekt falsch gemacht

Innovation ist nicht nachhaltig

Doch wir können diese Diskussion jetzt positiv umsetzen: Das Glas ist nicht halb leer, sondern bereits halb voll. So entstehen Innovationen, Qualität und Schönheit. Dabei herauszustellen ist, dass echte Innovation allerdings nie nachhaltig sein kann. Der Nachhaltigkeitsbegriff aus der Forstwirtschaft verstellt uns die Innovationschance. Natürlich möchten wir, dass auch noch in 1000 Jahren Buchen, Eichen, Birken, Erlen, Kastanien und andere Bäume in

Wäldern wachsen. Aber wer möchte 1000 Jahre lang dieselben Schreibtischstühle verwenden?

Nachhaltigkeit ist innovationsfeindlich. Sie optimiert das Bestehende, und wenn das Bestehende falsch ist, wird es dadurch nur perfekt falsch. Es geht also zuallererst nicht um Effizienzsteigerung, sondern um Effektivität – zu fragen: Was ist das Richtige? Und nicht darum, einfach das Bestehende zu optimieren. Sonst werden Plastikverpackungen zehn Prozent leichter, und es lohnt sich nicht mehr, sie überhaupt noch einzusammeln. Autoreifen halten inzwischen doppelt so lange wie früher, aber die 470 Chemikalien, die dafür verwendet werden, um Autoreifen herzustellen, werden nun als Mikroplastik in den Gewässern, ebenso wie in Blumenbeeten von Anwohnern stark befahrener Straßen, in großer Zahl nachgewiesen.

Man hat also das Falsche perfekt gemacht und damit perfekt falsch. Echte Innovation bedeutet andere Geschäftsmodelle, man verkauft nur noch gesundes Sitzen, so wie es beispielsweise die Firma Giroflex macht. Es geht nicht um Langlebigkeit, sondern um eine definierte Nutzungszeit, sodass die Materialien und Komponenten jeweils in der Technosphäre zirkulieren können. Auch viele deutsche Unternehmen setzen dies bereits um, darunter die Firmen Würth und Schwalbe.

Vor allem Familienunternehmen sind für Cradle to Cradle prädestiniert, da sie mittel- und langfristig daran denken, wie Unternehmen auf Dauer erfolgreich sein können. Dieses Bewusstsein wird in Familienunternehmen durch aktuell vielfach anstehende Übergänge der Unternehmensführung an die jeweils nächste Generation noch verstärkt und beschleunigt. ■

Klimaschutz durch die Innovationskraft gewinnorientierter Unternehmen

Unternehmen reagieren auf Signale von Politik und Konsumenten. Für effektiven Klimaschutz müssen die innovativen Fähigkeiten der Unternehmen lediglich in die richtige Richtung gelenkt werden, meinen **Andreas Freytag** und **Matthias Menter**

Wesentliche Akteure der sogenannten Klimabewegung haben bis heute nicht verstanden, dass die Unternehmen ihre natürlichen Verbündeten sind. Ganz im Gegenteil: Sie sehen in der privaten Wirtschaft ihre Gegner im Kampf um ein gutes Klima. Erst kürzlich verkündete Klimaaktivistin Luisa Neubauer, eine der Hauptprotagonisten des Schülerstreiks „Fridays for Future“, in diesem Jahr verstärkt Unternehmen ins Visier nehmen zu wollen.

Sowohl politische Parteien als auch zivilgesellschaftliche Bewegungen bemühen den Klimaschutz regelmäßig auch als Kampf gegen die Marktwirtschaft. Dabei definieren sie Klimaschutz als eine Ansammlung von Geboten und Verboten, also als obrigkeitliche Angelegenheit. Genauso regelmäßig bleibt Klimapolitik wirkungslos.

Dabei ist effektiver Klimaschutz nicht schwer zu realisieren. Man muss nur die innovativen Fähigkeiten der Unternehmen sowie ihre Gewinnorientierung in die richtige Richtung, in diesem Fall in klimafreundliche Produktionsweisen beziehungsweise klimafreundliche Produkte lenken. Diese triviale Einsicht geht mindestens auf Adam Smith zurück und gilt auch für moralisch aufgeladene Dienstleistungen wie den Umwelt- beziehungsweise Klimaschutz.



Prof. Dr. Andreas Freytag ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Prof. Dr. Matthias Menter ist dort Juniorprofessor für Unternehmensentwicklung, Innovation und wirtschaftlichen Wandel.



Es geht um die Schaffung der richtigen Anreize, um Änderungen hin zu mehr klimafreundlicher wirtschaftlicher Aktivität zu indu-

zieren. Gelingt dies, kann man sich sogar vorstellen, wesentliche Teile der Wirtschaft, die zugegebenermaßen regelmäßig Lobbying gegen strenge Umwelt- und Klimaauflagen betreiben, zu Klimabewegten zu machen.

Gewinnorientierte Unternehmen sind nicht von Moral getrieben, sondern sie müssen sich im Rahmen der gültigen Gesetze bewegen. Sie sind aber auch nicht genuin unmoralisch. Vielmehr reagieren sie auf Signale, die ihnen von der Politik in Form von Regulierungen und Gesetzen sowie von Marktteilnehmern in Form von Nachfrageänderungen oder neuen Angeboten gesendet werden. Deswegen hängt es von der Politik und den Kunden ab, die richtigen Signale zu senden.

Konsumentensignale schwach

Bislang zeigt sich, dass die Kunden nur schwache Signale in Richtung mehr Klimaschutz aussenden. Signale wären in diesem Zusammenhang ein geändertes Konsumverhalten und eine damit einhergehende erhöhte Zahlungsbereitschaft für klimafreundliche Produkte. Das Nachfrageverhalten ändert sich jedoch nur sehr zögerlich: So ist zum Beispiel der Anteil der Ökostrom-Kunden in Deutschland von 2016 auf 2019 um lediglich 3,9 Prozentpunkte von 14 Prozent auf 17,9 Prozent gestiegen.

Das bedeutet, dass es in der Hand der politischen Entscheidungsträger liegt, ob Unternehmen klimafreundlich produzieren oder nicht. Die wesentlichen Klimakiller sind Treibhausgase, die beim Angebot zentraler Dienste und Güter (zum Beispiel Wärme, Strom, Mobilität, Nahrungsmittel) freigesetzt werden. Solange die Emission von Treibhausgasen kostenfrei möglich ist, das Klima also ein öffentliches Gut darstellt, wird ein gewinnorientiertes Unternehmen es sich nicht erlauben können, auf die kostenlose Freisetzung der Treibhausgase zu verzichten.

Hier zeigt sich das enorme Potenzial des Zusammenspiels von Politik und Wirtschaft. Wenn sich die Politik dazu durchringen könnte, die Bepreisung der Treibhausgas-Emissionen ernsthaft voranzubringen, würden die Unternehmen – schon um ökonomisch zu überleben – klimafreundlicher produzieren. Einige Unternehmen, die sich nicht auf emissionsärmere oder -freie Produktion umstellen können, scheiden aus; andere treten erst in die Märkte ein. Die Bepreisung findet entweder durch eine Verknappung der zur Verfügung stehenden Emissionsrechte oder durch eine Emissionssteuer statt. Idealerweise folgt die Politik dabei einer langfristigen Strategie, die das Ausscheiden und Eintreten von Unternehmen auf den Märkten als relativ sanften Prozess ermöglicht.

Das Klima kann am Ende nur dadurch geschützt werden, dass es eine globale Koordination gibt. Dennoch kann ein Land wie Deutschland auch im Alleingang und im Rahmen seiner internationalen Verpflichtungen den Strukturwandel hin zu klimafreundlicher Produktion vorantreiben. Grundsätzlich bieten sich hierfür zwei Lösungsansätze

an, die den Marktmechanismus als Koordinierungsinstrument nutzen: handelbare CO₂-Emissionszertifikate oder eine CO₂-Steuer.

Die Grundidee einer Zertifikatslösung für CO₂-Emissionen ist simpel. Der Staat legt eine maximale Emissionsmenge fest und regelt die Ausgabemodalitäten der Zertifikate. Wollen Produzenten CO₂ emittieren, so müssen sie für die beabsichtigte Menge Zertifikate erwerben. Klimafreundliche Produktionsweisen bedürfen weniger Zertifikate und sind

Es käme zu einem politikinduzierten Wettbewerb mit dem Parameter Klimafreundlichkeit

dadurch günstiger. Somit begünstigt der Zertifikatehandel den Umstieg auf neue Technologien und Verfahren. Der große Vorteil des CO₂-Emissionszertifikatehandels liegt in der Steuerbarkeit der Gesamtemissionsmenge. Schwieriger ist hingegen eine Preisfestsetzung, um den Handel in Gang zu bringen, zumal der Zertifikatehandel vor spekulativen Aktivitäten nicht gefeit ist.

Eine CO₂-Steuer versucht, die Schwachstellen des Zertifikatehandels zu adressieren. So wird dabei der Preis vom Staat festgelegt. Nachteil dieser Lösung ist, dass die ausgestoßene Emissionsmenge schwer prognostizierbar ist, weil ungewiss ist, wie sich das Verhalten von Produzenten und Konsumenten ändert.

Unter der Annahme, dass die Bundesregierung eine CO₂-Steuer einführt, wäre die richtige Stra-

tegie, den Steuersatz über einen langen Zeitraum stetig zu erhöhen. Nehmen wir an, die Bundesregierung folgt der Ankündigung, im Jahr 2021 eine Steuer von zehn Euro pro Tonne CO₂ einzuführen. Wenn diese (abweichend vom Plan des Klimapakets 2019) jedes Jahr um 25 Prozent stiege, betrüge die Steuer 2030 etwas über 93 Euro pro Tonne; 2038 läge sie schon bei 444 Euro.

Innovation durch Wettbewerb

Eine solche Ausgestaltung der CO₂-Steuer bedeutet, dass die Stromproduktion mit Braunkohle lange vor 2038 nicht mehr attraktiv wäre, ohne dass es einer Abschaltungsverfügung bedürfte. Es bedeutet aber auch, dass jeder Anbieter alternativer Energien weiß, ab wann sein Angebot attraktiv ist. Es wird dann vermutlich schnell zu einem stärkeren Wettbewerb um die Wärme- und Stromkunden kommen. Es würde auch völlig neue Ideen geben, wie die Menschen ohne fossile Brennstoffe mobil bleiben.

Egal, welche politische Lösung man forciert, käme es zu einem politikinduzierten Wettbewerb unter Unternehmen, mit dem Parameter „Klimafreundlichkeit“. Unternehmen hätten die Wahl, entweder „Strafzahlungen“ (in Form der CO₂-Steuer oder des Erwerbs von Zertifikaten) in Kauf zu nehmen oder ihre Produktion klimafreundlich zu ändern.

Langfristig würden die innovativeren Unternehmen am Markt bestehen bleiben. Das Faszinierende an diesem Prozess ist, dass niemand heute wissen kann, wie genau das Angebot an Wärme, Strom und Mobilität in der Zukunft aussehen wird. Vielmehr hängt dieses Angebot von der Kreativität der Unternehmen und ihrer Beschäftigten ab, der bei einer marktwirtschaftlichen Lösung keine Grenzen gesetzt sind. ■

Sozialismus ist keine Lösung – auch nicht beim Klima

Aktivisten wollen den Kapitalismus überwinden, um Umwelt und Klima zu retten. Das ist schon einmal versucht worden: in der DDR. **Hubertus Knabe** beschreibt die Folgen des Sozialismus, die für Mensch und Umwelt verheerend waren

Seit dem Untergang der DDR hat sich der Zustand der Umwelt im Beitrittsgebiet stark verbessert: Die Staubbelastung ist zwischen 1990 und 2017 um 81,8 Prozent zurückgegangen; bei Schwefeldioxid betrug der Rückgang 94,3 Prozent. Der Ausstoß von Kohlenmonoxid ging um 77,5 Prozent zurück, der von Kohlendioxid bis 2018 um 30,8 Prozent. Smogalarm in Berlin oder stinkender Nebel in der Nähe sächsischer Industrieanlagen gehören heute ebenso der Vergangenheit an wie rauchende Schloten im Ruhrgebiet.

Ähnliches gilt für die Belastung der Gewässer. Bei den Nährstoffen ging der Eintrag von Stickstoff im Vergleich zu den 1980ern um mehr als die Hälfte zurück, bei Phosphor sogar um 70 Prozent. Bei den Schwermetallen sank der Eintrag von Chrom, Kupfer, Nickel und Zink ebenfalls um mehr als die Hälfte und der von Blei, Cadmium und Quecksilber um über 70 Prozent. Paddelverbote werden heute nicht mehr verhängt, um Flusswanderer vor ausgasenden Chemikalien zu schützen, sondern damit Biber und andere Tiere nicht gestört werden.

Bei fast allen Schadstoffen trat der größte Rückgang in den frühen 1990ern ein. Damals kam es in der Bundesrepublik insgesamt zu einer fulminanten Reduktion der Umweltbelastungen. Die wichtigste Ursache



Dr. Hubertus Knabe ist Historiker und leitete von 2000 bis 2018 die Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

dafür war das Ende der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. So merkwürdig es klingt: Die Friedliche Revolution vor 30 Jahren war der bislang effektivste Beitrag zum Umweltschutz in Deutschland.

In der Diskussion über die Folgen der Erderwärmung wird diese Erfahrung ausgeblendet. Viele Umweltschützer halten die Marktwirtschaft für das ökologische Grundübel. „Wir müssen den Kapitalismus mit seinem Wachstumszwang und seinen Ausbeutungsmechanismen überwinden“, heißt es in einem von Abgeordneten der Grünen und der Linken unterzeichneten Aufruf der Bewegung „Ende Gelände“, in dem zur Blockade des Braunkohletagebaus Garzweiler auf-

gerufen wurde. Bei einer Demonstration in Berlin postierten sich Aktivisten von „Fridays for Future“ vor dem Reichstag mit einem Transparent „Capitalism kills“.

Ein Blick auf die Geschichte macht deutlich, dass die Überwindung des Kapitalismus keineswegs zu einem sorgsameren Umgang mit den natürlichen Ressourcen führt. Die DDR-Führung behauptete zwar, nur im Sozialismus könne der Mensch im Einklang mit der Natur leben, da hier die Produktion nicht mehr von der Profitgier der Konzerne, sondern von den Bedürfnissen der Gesellschaft bestimmt werde. Doch in der Praxis war der SED-Staat einer der größten Umweltverschmutzer der Erde.

Kein anderes Land in Europa stieß so viel Schwefeldioxid und Staub aus wie die DDR. Pro Einwohner gelangten im Jahr 1988 313 Kilo SO₂ und 132 Kilo Staub in die Luft – 17-mal so viel wie in Westdeutschland. Vor allem in den südlichen Bezirken litt fast jedes zweite Kind unter Atemwegserkrankungen, beinahe jedes dritte an Ekzemen. Beim Ausstoß von CO₂ war die DDR mit 21 Tonnen pro Einwohner ganz vorn dabei. Gleichzeitig trug sie nur wenig zu dessen Abbau bei, weil 54,3 Prozent der Waldfläche 1989 geschädigt waren. Als dreckigster Ort Europas galt das Dorf Mölbis in der Nähe des Braunkohlekraftwerks Espen-

FOTO: PRIVAT

hain, in dem es regelmäßig nach faulen Eiern stank und dichte Rauchschwaden die Sonne verdeckten.

Auch die Gewässer der DDR waren schwer belastet. 1989 war nach amtlichen Messungen fast die Hälfte aller größeren Flüsse biologisch tot. Sie wurden von der Industrie als Abwasserkanäle genutzt, kein anderes Flusssystem in Europa war so vergiftet. Auch ein Viertel der Seen und Talsperren war so verschmutzt, dass aus ihnen kein Trinkwasser gewonnen werden durfte. Berüchtigt war der „Silbersee“ südlich von Wolfen, dessen Grund von einer zwölf Meter dicken Schlamm- und Schwermetalldecke bedeckt war. Fast die Hälfte der DDR-Bürger erhielt beim Aufdrehen des Wasserhahns zeitweise oder ständig kein sauberes Trinkwasser.

Fragt man nach den Ursachen für die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Sozialismus, kommt man auf einen Punkt, den Umweltaktivisten selten reflektieren: Effektiver Umweltschutz kostet Geld, das durch eine wettbewerbsfähige Produktion erwirtschaftet werden muss. Die Innovations- und Produktivitätsschwäche der Planwirtschaft, in der das Streben nach Gewinn ausgeschaltet war, führte in der DDR zu einem Mangel an Investitionsmitteln, der sich im Umweltschutz verheerend auswirkte. Nur 1,7 Prozent aller wirtschaftlichen Investitionen flossen in Umweltmaßnahmen. Der Bau von Rauchgasentschwefelungsanlagen und Staubfiltern blieb ebenso auf der Strecke wie der von Kläranlagen und funktionsfähigen Abwasserkanälen. Schadstoffe gelangten ungefiltert in die Umwelt.

Oft verfügte die DDR nicht einmal über die Instrumente zur Messung der Belastungen. Um diese herzustellen, fehlte ihr das Know-how, und um sie im Ausland zu kaufen,

das Geld. Als das Ost-Berliner Zentrum für Umweltgestaltung von Hewlett-Packard das erste und einzige Massenspektrometer der DDR geliefert bekam, konnte es damit erstmals Spuren von Dioxinen oder Furanen nachweisen. Doch auch an schlichten mechanischen Geräten mangelte es. So erhielt Dresden erst Ende 1989 ein Gerät zur Reinigung der verschlammten Abwasserkanäle – als Geschenk der Stadt Hamburg.

Um Proteste zu verhindern, ließ die Führung die Bevölkerung über die Belastungen im Unklaren

Auch die Annahme, dass mehr auf die Umwelt geachtet werde, wenn die Betriebe nicht in privater Hand seien, entpuppte sich als Irrtum. Die Verstaatlichung der Wirtschaft in der DDR führte dazu, dass eine Gruppe von Funktionären bestimmte, wofür die menschlichen und materiellen Ressourcen eingesetzt wurden. In der Praxis erwies es sich nicht nur als unmöglich, das komplexe System einer Volkswirtschaft ohne freien Markt effizient zu lenken. Vielmehr agierte die SED auch in ständiger Furcht vor der Bevölkerung, da diese für jeden Versorgungsmangel die politische Führung verantwortlich machte.

Umweltinstitute nicht denkbar

Die wirtschaftlichen Planvorgaben hatten deshalb Vorrang vor den Belangen des Umweltschutzes. Der von

der Volkskammer beschlossene Jahresvolkswirtschaftsplan besaß Gesetzeskraft, bei Verstößen drohten Geld- oder sogar Haftstrafen wegen „Sabotage“. Zur Lenkung und Kontrolle der Staatswirtschaft bedurfte es zudem einer riesigen Bürokratie, die in vielen Bereichen die berühmte „organisierte Verantwortungslosigkeit“ hervorbrachte. Wenn ein Staubfilter oder eine Kläranlage nicht funktionierte, wurde das schulterzuckend zur Kenntnis genommen.

Dieser fahrlässige Umgang mit der Natur wurde dadurch erleichtert, dass Umweltdaten in der DDR der Geheimhaltung unterlagen. Gemäß einer Anordnung des Ministerrats von 1982 war bereits deren Erhebung genehmigungspflichtig. Erhobene Daten mussten, je nach Belastungssituation, fünf, zehn oder 15 Jahre geheim gehalten werden. Störfälle, selbst prognostizierte Grenzwertüberschreitungen waren als „Staats- und Dienstgeheimnis“ zu behandeln. Um Proteste zu verhindern, ließ die Führung die Bevölkerung über das Ausmaß der Belastungen im Unklaren – und setzte sie damit massiven gesundheitlichen Gefahren aus.

Unabhängige Umweltinstitute waren im Sozialismus undenkbar, erst recht regierungskritische Umweltorganisationen. Selbst zugelassene Gruppen wurden durch Spitzel überwacht. Erst recht galt dies für die rund 40 Umweltgruppen unter dem Dach der Kirche. Höhepunkt ihrer Verfolgung war die Erstürmung der Ost-Berliner Umweltbibliothek 1987, bei der die Umweltschützer sogar verhaftet wurden.

Als im Herbst 1989 die Mauer fiel, endete die rücksichtslose Vergiftung der natürlichen Umwelt im DDR-Sozialismus. ■

DER BEITRAG IST ZUERST AM 29. AUGUST 2019 IN DER „WELT“ ERSCHIEENEN.

Wie der „Green Deal“ der EU auf den Arbeitsmarkt einwirkt

In Simulationen ergeben sich negative Beschäftigungseffekte der EU-Klimapolitik bei ansonsten gleicher Technologie. Anders sähe es aus, wenn die klimapolitischen Eingriffe einen Technologieschub auslösen würden, so **Hilmar Schneider**

Mit dem „Green Deal“ hat sich die Europäische Kommission viel vorgenommen. Das Ziel, in der Europäischen Union (EU) bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen, ist zweifellos aller Ehren wert. Erreicht werden soll dies mithilfe dreier Instrumente: erstens mit einer Verordnung über ein Klimaschutzgesetz; zweitens mit einer auf den ökologischen Wandel ausgerichteten Industriepolitik; drittens mit einem Aktionsplan zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft.

Ginge es nach der Europäischen Kommission, wäre Europa schon seit 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste Wirtschaftsraum der Welt mit einer Beschäftigungsquote von mindestens 70 Prozent. Das war jedenfalls der Anspruch, als im Jahr 2000 die Lisbon-Strategie ausgerufen wurde. Sämtliche damals gesetzten Ziele wurden allerdings deutlich verfehlt. Man mag der Kommission zugutehalten, dass die Finanzmarktkrise 2008 nicht vorhersehbar war. Aber bei Licht betrachtet, wären die Ziele auch ohne diese Krise nicht erreicht worden.

Nicht viel besser erging es dem ebenso ehrgeizigen Anschlussprojekt, das 2010 unter dem Etikett „Europa 2020“ ausgerufen wurde. Darin hatte sich die Europäische Kommission unter anderem zum



Prof. Dr. Hilmar Schneider
ist Vorsitzender der
Geschäftsführung des
Instituts zur Zukunft der
Arbeit (IZA) in Bonn.

Ziel gesetzt, die Beschäftigungsquote in Europa bis 2020 auf mindestens 75 Prozent zu steigern, die Armutsquote um mindestens ein Viertel zu reduzieren und die Quote der Hochschulabsolventen unter den Jüngeren auf mindestens 40 Prozent zu bringen. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sollten auf mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen.

Auch klimapolitische Ziele spielten damals schon eine Rolle: Die Treibhausgas-Emissionen sollten bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent sinken, der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energieproduktion sollte auf 20 Prozent steigen und die Energieeffi-

zienz sollte ebenfalls um 20 Prozent steigen.

Der Arbeitsmarkt scheint sich weiterhin hartnäckig gegen die Vorgaben der Kommission zu sträuben. Nach zehn Jahren nahezu ungebrochenen weltweiten Beschäftigungsbooms seit der Finanzmarktkrise lag die Beschäftigungsquote 2019 noch immer unter 70 Prozent, und mit der Corona-Pandemie dürfte selbst diese Marke wieder in weite Ferne rücken. Statt um 25 Prozent ist die Armutsquote im gleichen Zeitraum nur um zwei Prozent gesunken, und auch das wird nach der Corona-Krise Makulatur sein. Die Akademikerquote ist zwar in allen Mitgliedsländern beachtlich gestiegen; dies hat aber bislang nicht verhindert, dass die Jugendarbeitslosenquote in manchen Mitgliedsländern seit zehn Jahren bei über 30 Prozent verharret.

„Green Deal“-Planwirtschaft

Nun also der „Green Deal“. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit kann man den Schluss ziehen, dass die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Ziele der Europäischen Kommission das Papier nicht wert sind, auf das sie gedruckt wurden. Wirtschaft und Arbeitsmarkt funktionieren in einer Marktwirtschaft nun mal nicht nach planwirtschaftlichen Prinzipien. Umso mehr entfacht die Kommission ih-

FOTO: IZA

ren Eifer nunmehr auf Feldern, die dem politischen Einfluss unterliegen. Wirtschaft und Arbeitsmarkt müssen die Folgen dann im Zweifelsfall ausbaden.

Zu Zeiten der Lissabon-Strategie war die Europäische Kommission zur Erreichung ihrer Ziele noch weitgehend auf die sogenannte Methode der offenen Koordinierung angewiesen. Das bedeutete nichts anderes, als es den Mitgliedsstaaten zu überlassen, auf welchem Weg sie die gesetzten Ziele zu erreichen versuchten. Die Kommission konnte den Prozess lediglich dokumentieren und mithilfe eines Benchmarkings eine Art öffentlichen Pranger für Mitgliedsstaaten errichten, die bei der Zielerreichung nicht vorankamen.

Inzwischen hat sich die Situation maßgeblich verändert. Immer häufiger greift die Kommission auf das Instrument der Verordnung zurück, womit sie die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten kann, EU-Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. Wie sich das auswirkt, bekommen die Bürger der EU zunehmend zu spüren. Die Einführung der Datenschutzgrundverordnung, der AI-Bescheinigung im Rahmen der Entsenderichtlinie oder der Bon-Pflicht zeigen, dass die Kommission dabei wenig Rücksicht auf die Belange von Unternehmen nimmt und auch vor realitätsfernen Anforderungen nicht zurückschreckt. Mit dem „Green Deal“ dürfte sich dies verschärfen.

Klimapolitische Eingriffe zur Verbesserung der Klimabilanz haben unweigerlich zur Folge, dass sich die Kosten der Produktion erst einmal erhöhen, sei es durch eine EEG-Umlage, eine CO₂-Steuer oder das Verbot zur Verwendung bestimmter Materialien. Es mag den betroffenen Unternehmen noch ge-

lingen, die Preiserhöhungen auf die Endpreise überzuwälzen, aber dann kommt es bei den Konsumenten zu Budgetbeschränkungen, die deren Konsummöglichkeiten einschränken. Gesamtwirtschaftlich schlägt sich dies in einer allgemeinen Reduzierung der Nachfrage nach Gütern nieder.

Gelingt es den betroffenen Unternehmen nicht, die Preiserhöhungen auf die Endpreise überzuwälzen, reduzieren sich ihre Gewinnmargen, was auf die ein oder andere

Planen oder erzwingen lassen sich technische Neuerungen nicht

Weise ebenfalls negativ auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durchschlägt. Zusammen genommen wirkt sich dies negativ auf den Arbeitsmarkt aus, weil bei sinkender Nachfrage weniger Menschen gebraucht werden, um die Güter herzustellen. Das ist auch der Grund, warum gesamtwirtschaftliche Simulationsrechnungen stets zu dem Ergebnis kommen, dass die Beschäftigungseffekte der Klimapolitik bei ansonsten gleicher Technologie negativ sind.

Stärkung der Kreislaufwirtschaft

Anders sähe es hingegen aus, wenn die klimapolitischen Eingriffe einen Technologieschub auslösen würden, der eine effizientere Produktion ermöglichen würde. Wenn bei gleichem Ressourcen-Einsatz mehr oder Besseres produziert werden kann als vorher, setzt das Res-

ourcen frei, die unterm Strich den materiellen Wohlstand erhöhen. Produkte verbilligen sich, und wir können uns Dingen zuwenden, für die wir vorher keine Zeit hatten. Das schafft Spielraum für Neues und damit auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

Technische Neuerungen sind die Quelle unseres stetig steigenden Wohlstands. Sie entstehen vor allem dort, wo ein hoher finanzieller Ertrag winkt. Planen oder erzwingen lassen sie sich nicht. Über Erfolg oder Misserfolg entscheidet stets auch eine gehörige Portion Entdeckungszufall. Dass die denkbaren Eingriffe durch ein Klimaschutzgesetz die gewünschten Innovationen auslösen werden, kann daher niemand versprechen. Der Dieselskandal ist ein warnendes Beispiel dafür, dass politische Vorgaben, die die technischen Möglichkeiten überfordern, fatale wirtschaftliche Folgen haben können.

Die Kommission wäre gut beraten, in erster Linie die Forschung zu effizienter und umweltgerechter Energiegewinnung und zum effizienteren Energieverbrauch zu stärken. Richtig ist in diesem Zusammenhang auch der Vorstoß zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Mehr und mehr Unternehmen bauen ihr Geschäftsmodell auf einer künstlichen Verkürzung der Gebrauchsdauer ihrer Produkte auf. Das hilft zwar der Absatzsteigerung, gesamtwirtschaftlich aber handelt es sich um willkürlich herbeigeführte Ineffizienzen.

Vorgaben zu entwickeln, wie Produkte haltbarer, einfacher reparierbar, Upgrade-fähiger, wiederverwertbarer und recyclingfähiger gemacht werden können, sind daher ein unerlässlicher Schritt hin zu mehr Wachstum und Wohlstand – und damit mehr Beschäftigung. ■

Der wahre Preis von Kohlenstoff

Bisherige Versuche von Ökonomen, den „richtigen“ Kohlenstoffpreis zu ermitteln, führten nach **Gernot Wagner** zu weit auseinanderliegenden Ergebnissen. Er berücksichtigt bei seinen Berechnungen Erkenntnisse aus der Finanzbranche

Im Zentrum vieler politischer Herausforderungen steht die Auseinandersetzung zwischen „Realisten“ und „Radikalen“. Dies war zum Beispiel bei den Vorwahlen im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur in den Vereinigten Staaten der Fall, und es hat auch lange die Debatte über den Klimawandel bestimmt: Werden uns schrittweise Maßnahmen wie ein mäßiger CO₂-Preis vor der Katastrophe bewahren, oder erfordert der Klimawandel einen revolutionäreren Ansatz?

Versuche, diese Frage zu beantworten, beruhen in der Regel mehr auf Bauchgefühl und politischem Instinkt als auf einer gründlichen Analyse. In der Debatte gibt es oft auch einen Generationenunterschied zwischen jugendlichen Idealisten und erfahrenen Gemäßigten. Erst kürzlich qualifizierte US-Finanzminister Steven Mnuchin die Kritik der 17-jährigen schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg ab, indem er ihr ein Wirtschaftsstudium nahelegte.

Als Wissenschaft, die Trade-offs abwägt, also die Interdependenz zweier Größen wie etwa Kosten und Qualität, kann die Ökonomie in der Tat dabei helfen, Entscheidungen zu treffen, deren Umstände durch bindende Restriktionen und allgegenwärtige Ungewissheit bestimmt sind. Zumindest in der Theorie verfügen Ökonomen über die Instrumente, um Kosten und Nutzen der Reduktion der CO₂-Emissionen zu bestimmen. Im Jahr 2018 wurde



Prof. Dr. Gernot Wagner lehrt Klimaökonomie an der New York University. Gemeinsam mit dem im August 2019 verstorbenen Martin Weitzman ist er Autor des Buchs „Klimaschock“.

William D. Nordhaus von der Yale University mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine bahnbrechenden Bemühungen, einen optimalen Kohlenstoffpreis zu bestimmen, ausgezeichnet. Die Logik seines Ansatzes sowie des Standardmodells für die CO₂-Preisgestaltung im Allgemeinen scheint einwandfrei zu sein: Man quantifiziert die zu erwartenden Schäden durch den Klimawandel und vergleicht diese mit den Kosten der Emissionsenkung. Aber das ist leichter gesagt als getan. Die Trägheit des Klimasystems impliziert, dass die meisten Schäden in ferner Zukunft entstehen werden, während der Großteil der Kosten schon heute anfällt.

Darüber hinaus besteht eine inhärente Asymmetrie bei der Abwägung von Nutzen und Kosten. Angesichts der großen Ungewissheit auf beiden Seiten erfordert das Problem kühne Hochrechnungen und reine Vermutungen. Bei der Berechnung des Nutzens werden allerdings traditionell nur Zahlen einkalkuliert, von denen wir wissen, dass wir sie kennen („known knowns“), während die Verzerrung bei den Kosten in die andere Richtung geht: Die Fortschritte bei den sauberen Energietechnologien werden trotz ihrer wahrscheinlichen Kostendämpfungseffekte weitgehend ignoriert.

Diese Verzerrungen haben Ökonomen nicht daran gehindert, zuversichtlich mit Nutzen-Kosten-Analysen aufzuwarten. Nordhaus hat dies bekanntlich mit einem Modell getan, das mit weniger als 20 zentralen Gleichungen auskommt. Er kommt zu dem Schluss, dass jede Tonne Kohlendioxid, die heute emittiert wird, mit rund 40 Dollar bewertet werden sollte. Im Gegensatz dazu hat Nicholas Stern von der London School of Economics in einem umfangreichen Bericht aus dem Jahr 2006 berechnet, dass der Preis, nach heutigem Kurs, bei mehr als 100 Dollar pro Tonne liegen sollte.

„Aus falschen Gründen richtig“

Die beträchtliche Lücke zwischen den beiden Schätzungen spiegelt zwei unterschiedliche Ansätze zur Diskontierung wider, also wie viel

FOTO: YUKI KOKUBO

Wert die Gesellschaft ihrer Zukunft beimisst (oder beimessen sollte). Nordhaus beginnt mit einer jährlichen Diskontrate von rund 4,25 Prozent, die er im Lauf der Zeit leicht reduziert, während im Stern-Report eine Diskontrate in Höhe von 1,4 Prozent verwendet und somit den zukünftigen Schäden im Verhältnis zu den heutigen Vermeidungskosten ein größerer Stellenwert eingeräumt wird.

Diese beiden Analysen waren angesichts des globalen Ausmaßes, des weit entfernten Zeithorizonts und des damit verbundenen Unsicherheitsgrads ein gewaltiges Unterfangen. Doch keiner der beiden Ansätze berücksichtigt die Möglichkeit irreversibler Kipp-Punkte auf unserem Planeten, wie etwa das permanente Abschmelzen des grönländischen Eisschildes. Wie der verstorbene Martin L. Weitzman von der Harvard-Universität seinerzeit meinte, war der Stern-Report „aus den falschen Gründen richtig“.

Weitzman hebt in seiner Arbeit sehr unwahrscheinliche, aber äußerst extreme Katastrophen, sogenannte „tail risks“ hervor, die jede gängige Kosten-Nutzen-Analyse verblassen lassen würden. Obwohl er sehr ausführlich darlegte, dass extreme, wirklich katastrophale Ereignisse erklärtermaßen unwahrscheinlich sind, meinte er, dass die potenziell massiven Folgen solcher Ereignisse unsere Entscheidungsfindung bestimmen sollten. Daher lehnte es Weitzman während seiner gesamten Karriere konsequent ab, einen optimalen Kohlenstoffpreis zu schätzen.

In dem von ihm und mir gemeinsam verfassten Buch „Klimaschock“ aus dem Jahr 2015 gingen wir nur so weit zu sagen, dass der Kohlenstoffpreis von etwa 40 Dollar, der sich aus einer damali-

gen Standard-Nutzen-Kosten-Analyse ergab, aufgrund der damit verbundenen Ungewissheit als absolute Untergrenze gelten sollte.

Erkenntnisse der Finanzbranche

Wie sollte man also das Problem stattdessen angehen? Traditionelle Wirtschaftsmodelle ignorieren weitgehend, wie sich Klimarisiken und der Zustand der Wirtschaft gegenseitig beeinflussen. Aber was wäre, wenn Investitionen in Emissionsreduktionen der gleichen Logik

Die Kosten an der Zapfsäule würden sich wie eine Revolution anfühlen

folgen würden, wie sie von professionellen Vermögensverwaltern angewendet wird? Es gibt einen guten Grund, warum Anleger Geld in Anleihen investieren, obwohl ihre durchschnittlichen Renditen deutlich unter denen von Aktien liegen: Anleihen sind weniger risikoreich. Selbst wenn es der Wirtschaft schlecht geht, werden sich einige Investitionen auszahlen.

Eine der Hauptfiguren des Buchs ist Robert Litterman, ein ehemaliger Top-Risikomanager von Goldman Sachs, der schockiert war, als er herausfand, wie gängige Kosten-Nutzen-Analysen zum Klimawandel mit den Faktoren Risiko und Unsicherheit umgehen. Zusammen mit Kent Daniel von der Columbia Business School machten sich Litterman und ich daran, ein einfaches klimaökonomisches Modell zu entwickeln, das die grundlegenden Er-

kenntnisse aus der Finanzbranche berücksichtigt.

Im Gegensatz zum Stern-Report, in dem einfach eine Diskontrate ex cathedra gewählt wurde, haben wir die Diskontrate in unserem Ansatz als Ergebnis und nicht als Input betrachtet. Wir behandelten den atmosphärischen Kohlenstoff als „Vermögenswert“ (wenn auch mit negativer Rendite) und ermittelten einen Kohlenstoffpreis, wobei wir uns an die Methoden hielten, die in der Finanzbranche zur Bepreisung von Vermögenswerten verwendet werden. Letztlich konnten wir den Preis für Kohlenstoff nicht unter 100 Dollar pro Tonne senken, egal wie sehr wir es auch versuchten.

Inzwischen haben andere Analysen Kohlenstoffpreise zwischen 200 und 400 Dollar oder mehr pro Tonne ergeben. Aber selbst wenn man einen Preis in Höhe von 100 Dollar pro Tonne vorsieht, würde das pro Gallone (3,8 Liter) Benzin (die gegenwärtig in den USA mit rund drei Dollar zu Buche schlägt) etwa 0,90 Dollar bedeuten – Kosten an der Zapfsäule, die sich eher wie eine Revolution als wie eine bescheidene politische Maßnahme anfühlen würden.

Dennoch macht die anzunehmende Reaktion der Öffentlichkeit die Zahl nicht „falsch“ oder gar besonders radikal. In der Wirtschaft mag es um Trade-offs gehen, aber die biophysikalischen Gesetzmäßigkeiten unseres Planeten geben uns enge Grenzen vor, denen sich auch – oder gerade – Ökonomen nicht entziehen können. In diesem Kontext ist wirklich radikal, wer die Physik ignoriert und sich weiter hinter unzureichenden Kosten-Nutzen-Analysen versteckt, die die Risiken einer schnellen Erwärmung des Planeten nahezu ausklammern. ■

AUS DEM ENGLISCHEN VON SANDRA PONTOW

Emissionshandel: marktwirtschaftliches Instrument der Klimapolitik

Der CO₂-Emissionshandel bewahrt uns vor Bevormundung und schränkt unsere Freiheit nicht mehr ein, als es nötig ist, um erfolgreiche Klimaschutzpolitik betreiben zu können. Man sollte sich auf die Marktwirtschaft verlassen, meint **Joachim Weimann**

In diesen Tagen ist viel von Verzicht die Rede. Um unser Klima zu retten, unseren Planeten zu bewahren, um nachhaltig zu werden, sei Verzicht unverzichtbar. Die Verantwortung dafür, dass tatsächlich Verzicht geübt wird, liegt nach überwiegender Auffassung bei jedem Einzelnen, aber wahrscheinlich braucht man staatlichen Zwang, um ihn durchzusetzen.

Ökonomen reden nicht gern über Verzicht, dafür umso lieber über Kosten. Und sie meinen dabei etwas sehr Ähnliches wie diejenigen, die von Verzicht reden. Klar ist, dass wir etwas unternehmen müssen, um den Klimawandel aufzuhalten.

Klar ist ebenfalls, dass Klimaschutz notwendig damit verbunden ist, dass wir knappe Ressourcen in relativ großem Umfang einsetzen. Und diese Ressourcen stehen dann für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung, auf die wir dann verzichten müssen. Kosten im ökonomischen Sinne sind also eigentlich nur eine andere Bezeichnung für Verzicht.

Aber worin genau bestehen die Kosten des Klimaschutzes? Vordergründig sind das Kosten, die beispielsweise entstehen, wenn man Windkraftanlagen oder Elektroautos baut. Beides ist mit Verzicht verbunden, denn wer ein Elektroauto kauft, muss für seine Mobilität mehr bezahlen als der Käufer eines



Prof. Dr. Joachim Weimann
lehrt Volkswirtschaftslehre
an der Otto-von-Guericke-
Universität Magdeburg.

Diesels, und diese Mehrausgaben erzeugen Verzicht an anderer Stelle. Aber eine Person entscheidet selbst, sowohl über die Mehrausgaben als auch darüber, wo sie Verzicht übt. Bei der Windkraft werden alle gezwungen, die Mehrkosten über ihre Stromrechnung zu begleichen, und können selbst lediglich darüber entscheiden, an welcher Stelle sie verzichten wollen.

Kosteneffizienter Klimaschutz

Viele gehen in ihrer Forderung nach Verzicht weiter. Sie möchten, dass den Menschen vorgeschrieben wird, worauf sie zu verzichten haben. Das kann Inlandsflüge, die Benutzung des Autos oder das

Streamen digitaler Inhalte betreffen, weil mit allen diesen Aktivitäten CO₂-Emissionen verbunden sind, die es zu unterbinden gilt.

Das Problem bei solchen Verboten ist, dass nicht bekannt ist, wie hoch ihre Kosten tatsächlich sind, denn die Kosten bestehen im entgangenen Nutzen, der durch das Verbot entsteht. Wie wertvoll eine Flugreise für jemanden ist, weiß aber nur die entsprechende Person – niemand sonst.

Diese Überlegungen zu den Kosten des Klimaschutzes lassen klarer werden, was es bedeutet, wenn Ökonomen fordern, dass Klimapolitik kosteneffizient erfolgen soll. Damit ist gemeint, dass CO₂-Einsparungen dort vorzunehmen sind, wo die Kosten der Vermeidung jeweils minimal sind. Der Grund für diese Forderung ist, dass nur kosteneffiziente Klimapolitik sicherstellt, dass wir für die Ressourcen, die wir einsetzen, und für den Verzicht, den wir üben, einen maximalen Klimaschutzeffekt erhalten.

Das bedeutet, dass wir sowohl die monetären Kosten für die nächste eingesparte Tonne CO₂ minimieren sollten (also dort vermeiden, wo die geringsten Kosten entstehen, und mit derjenigen Technik, die die geringsten Kosten verursacht) als auch die Nutzeneinbußen, die durch den unvermeidbaren Verzicht entstehen, der mit dem Klima-

schutz einhergeht. Der zweite Punkt ist schwierig, denn welche Nutzeneinbußen mit Verboten einhergehen, wissen wir nicht. Wie also sollte man dann in der Lage sein, kosteneffizienten Klimaschutz zu organisieren?

Effizienz durch Wettbewerb

Mit dem Emissionshandel (Emissions Trading System, ETS) ist dies möglich. Sein Funktionsprinzip besteht aus zwei Stufen, die anhand des europäischen ETS erläutert werden. Auf der ersten Stufe legt die Europäische Union fest, welche CO₂-Emittenten dem Handel unterliegen und wie viel CO₂ in dem so geschaffenen ETS-Sektor jährlich emittiert werden darf.

Beides sind politische Festlegungen, was bedeutet, dass der ETS-Sektor theoretisch auch alle Emissionen umfassen könnte und die Höchstmenge an Emissionen frei gewählt werden kann. Diese Menge ist bindend und wird jedes Jahr reduziert.

Mit der Festlegung dieses sogenannten Cap wird das klimapolitische Ziel definiert und zugleich umgesetzt, denn nur noch über die festgelegte Gesamtmenge werden Emissionsberechtigungen ausgestellt. Jeder Emittent muss für jede emittierte Tonne eine entsprechende Emissionsberechtigung erwerben. Die Emissionen können deshalb die Menge der Emissionsberechtigungen nicht überschreiten. Mit dem Cap wird festgelegt, wie viel CO₂-Ausstoß wir in der Europäischen Union vermeiden – auf die Tonne genau.

Im zweiten Schritt entscheidet sich, wie die notwendige Vermeidung bewerkstelligt wird, also wer, wo, wie viel Kohlenstoffdioxid einspart. Dies geschieht dezentral, denn die Emissionsrechte sind han-

delbar. CO₂-Quellen mit hohen Vermeidungskosten haben einen Anreiz, Rechte zu erwerben, um diese hohen Kosten zu sparen. Quellen mit niedrigen Vermeidungskosten dagegen haben einen Anreiz, Emissionen zu vermeiden, um die nicht benötigten Rechte zu veräußern.

So entsteht ein Markt, auf dem sich ein Preis für CO₂-Emissionen bildet. Auf diesem Markt geht es um die Frage, wie und wo man möglichst günstig Kohlenstoffdioxid vermeiden kann. Diejenigen, die

Der Emissionshandel bewahrt uns vor Bevormundung und Zwang

die günstigsten Vermeidungsmöglichkeiten finden, werden belohnt. Das Ergebnis ist ein Wettbewerb, der dazu führt, dass Vermeidung dort stattfindet, wo die Vermeidungskosten am geringsten sind und die technischen Möglichkeiten für kostengünstige Vermeidung ausgeschöpft werden.

Klimaschutz ohne Zwang

Wie geht der Emissionshandel mit dem Verzicht um, den die Menschen leisten müssen? Stellen wir uns einen Menschen vor, der überlegt, eine Flugreise innerhalb Europas zu unternehmen. Innereuropäische Flugreisen unterliegen dem ETS. Wird der Flug durchgeführt, wird ein Teil der noch zulässigen Emissionen für diesen Flug verwendet, und dieser Teil steht dann für andere Emissionen nicht mehr zur Verfügung.

Verzichten müssen dann andere. Der Fluggast aber muss für die Inanspruchnahme den CO₂-Preis entrichten, und dieser Preis entspricht dem Verzicht, der an anderer Stelle notwendig ist, denn der Preis entspricht den Grenzkosten der CO₂-Vermeidung.

Jeder Einzelne kann damit unter den Bedingungen eines Emissionshandels entscheiden, was schwerer wiegt: sein eigener Verzicht oder der Verzicht an anderer Stelle. Der entscheidende Vorteil dabei ist, dass jeder und jede Einzelne natürlich weiß, wie schwer der eigene Verzicht wiegt – was kein Politiker oder Bürokrat wissen kann.

Ein funktionierender Emissionshandel hat zur Folge, dass jeder Konsument seine Konsumententscheidungen allein nach seinen eigenen Präferenzen treffen kann, ohne dass es notwendig wäre, sich über „Klimafolgen“ im weitesten Sinne Gedanken machen zu müssen. Jeder kann sicher sein, dass die politisch beschlossene CO₂-Reduktion erreicht wird und nicht davon abhängt, ob er sein Geld für einen Flug nach Teneriffa, für eine Autofahrt nach München oder für einen energieeffizienten Kühlschrank ausgibt.

Der Emissionshandel verbindet damit eine ganze Reihe guter Eigenschaften. Er erlaubt es, jedes CO₂-Reduktionsziel sicher zu erreichen, und er minimiert die Kosten, die dabei zu tragen sind. Zugleich schafft er die Voraussetzung dafür, dass der persönliche Verzicht, den wir alle leisten müssen, dort stattfinden kann, wo er am wenigsten wehtut.

Und ganz nebenbei bewahrt er uns deshalb vor Bevormundung und Zwang und schränkt unsere Freiheit nicht mehr ein, als es nötig ist, um erfolgreich Klimaschutz betreiben zu können. ■

Wie viel Klima macht der Mensch?

Theoretische Klimasimulationen seien nicht in der Lage, die natürlichen Anteile des Klimawandels korrekt zu berücksichtigen, meint der vielfach angefeindete **Sebastian Lüning**. Er plädiert für mehr Klimarealismus und warnt vor einer „politisch motivierten Dramatisierung“ des Klimawandels

Die Temperatur der Erde hat sich in den letzten 150 Jahren um knapp ein Grad erhöht. Der Anteil menschengemachter und natürlicher Klimafaktoren an der Erwärmung ist dabei unklar.

In seinem 5. Klimazustandsbericht von 2013 ließ sich der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, „Weltklimarat“) noch Spielraum. In der Zusammenfassung für Politiker hieß es: „Es ist äußerst wahrscheinlich, dass mehr als die Hälfte des beobachteten Anstiegs der mittleren globalen Erdoberflächentemperatur von 1951 bis 2010 durch den anthropogenen Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen zusammen mit anderen anthropogenen Antrieben verursacht wurde.“ Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass bis zu 50 Prozent der Erwärmung seit 1951 natürliche Ursachen haben könnte. Dazu käme noch ein Großteil der Erwärmung von 1850 bis 1950, als Treibhausgase eine untergeordnete Rolle spielten.

Leider hat der IPCC diese differenzierte Sichtweise mittlerweile aufgegeben und erklärte in seinem Sonderbericht zum 1,5-Grad-Ziel von 2018, dass die Erwärmung zu 100 Prozent menschengemacht sei. Bedenklich ist dabei, dass der Weltklimarat diese Aussage an politische Entscheider und Gesellschaft sozusagen „amtlich“ herausgibt, denn sie reflektiert in keiner Weise den wissenschaftlichen Kenntnisstand.

In den vergangenen Jahren ist immer deutlicher geworden, dass



Dr. habil. Sebastian Lüning ist Geowissenschaftler und lebt in Lissabon.

das Klimageschehen signifikant von natürlichen Klimaprozessen mitgesteuert wird, die noch nicht ausreichend verstanden sind. So veröffentlichten Forscher der University of Washington in Seattle 2013 eine Studie, in der sie zeigen konnten, dass 40 bis 50 Prozent der Erwärmung der jüngsten Jahrzehnte auf Effekte der Ozeanzyklen zurückgehen, also nicht anthropogenen Ursprungs sind. Ein 2018 veröffentlichter Klimabericht der Schweiz geht davon aus, dass natürliche Faktoren bis zur Hälfte der im Land beobachteten Erwärmung der vergangenen 100 Jahre verursacht haben könnten.

Auf die Frage, wie die anthropogenen und natürlichen Anteile an der globalen Erwärmung in industrieller Zeit verteilt waren, antwortete der Kieler Klimaforscher Mojib Latif 2012: „Es ist ein Mix aus bei-

dem. Klar ist, dass der Mensch über die Hälfte des Temperaturanstiegs seit Beginn der Industrialisierung zu verantworten hat.“ Eine internationale Wissenschaftlergruppe unter Beteiligung der Universität Gießen erklärte 2018, dass ein Drittel der modernen Temperaturentwicklung Ostasiens durch natürliche Antriebe verursacht wurde.

Natürlicher Einfluss unterschätzt

Der natürliche Anteil spielt auch bei anderen Klimaerscheinungen eine Rolle. So quantifizierte kürzlich eine Studie der Universität Innsbruck den menschenverursachten Anteil an der globalen Gletscherschmelze seit Ende der Kleinen Eiszeit um 1850 mit einem Viertel. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass drei Viertel der Gletscherschmelze während der industriellen Zeit durch natürliche Klimaprozesse verursacht worden sein müssen.

Theoretische Klimasimulationen sind derzeit nicht in der Lage, die natürlichen Anteile des Klimawandels korrekt nachzuvollziehen. Nach Berücksichtigung neuer Erkenntnisse zur Klimawirkung von Schwebstoffen sind die Ergebnisse der überarbeiteten Klimamodelle mittlerweile so unrealistisch geworden, dass die Klimawissenschaftler selbst davon abraten, sie für politische Planungszwecke zu verwenden.

Die Zeit ist reif für mehr Klimarealismus. Eine politisch motivierte Dramatisierung des Klimawandels hilft am Ende niemandem. ■

MIT DER MACHT DER BILDER GEGEN DIE MÄCHTIGEN.



Fotos für die Pressefreiheit 2020

Unabhängiger Fotojournalismus und unabhängige Berichterstattung sind von fundamentaler Bedeutung für unsere Freiheit. Reporter ohne Grenzen setzt sich für Informationsfreiheit ein, hilft verfolgten Journalistinnen und Journalisten, übernimmt Anwaltskosten und ersetzt zerstörte Ausrüstung. Helfen Sie uns zu helfen und bestellen Sie das neue Fotobuch: reporter-ohne-grenzen.de/shop

Während eines Protests gegen die militärische Besetzung des Kaschmirtals attackiert ein Mann ein Fahrzeug der indischen Polizei. Der Fotograf Dar Yasin hat den Einmarsch indischer Soldaten, die ersten Ausgangssperren, die Blockade des Internets und Telefonnetzes hautnah miterlebt. ©Dar Yasin/picture alliance/AP Photo

Klimawandel – was ist zu tun?

Die Debatte um den Klimawandel gleicht einem Spektakel auf offener Bühne. Die Klimaschutzpolitik sollte sich am wissenschaftlichen Erkenntnisstand orientieren – und ihr Augenmerk zugleich auf Vermeidung und Anpassung richten, meint **Hans von Storch**

Manch einer stößt sich an der Klimapolitik, die vorgibt, im Einklang mit den Regierungen der Welt mit großen Schritten auf die Klimaneutralität zuzuschreiten, an den panischen Tönen der Weltuntergangssirenen und an den sich stetig verschärfenden Szenarien der Umweltorganisationen. Frei nach Christian Morgenstern reagieren diese Kritiker auf diese Politik mit einem Generalangriff, dass die vorgebrachten wissenschaftlichen Begründungen falsch sein müssen – „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“.

Kombiniert mit Überheblichkeit und Besserwisseri werden auf Veranstaltungen die ewig gleichen Argumente vorgebracht, von der Geringfügigkeit der Präsenz von Treibhausgasen über die Unmöglichkeit, das Klima vorherzusagen, da man ja noch nicht einmal das Wetter über mehr als zehn Tage prognostizieren könne, von kosmischen Antrieben, von der mittelalterlichen Warmzeit, von der Fehlerhaftigkeit der Klimamodelle und so weiter und so fort. Dazu werden von manchen die Ergebnisse der Klimaforschung zunächst so verkürzt, dass sie mit einfachen Argumenten entkräftet werden können.

Diese Kritiker postulieren einen linearen Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Politik. Demnach folgt aus dem wissenschaftlichen Wissen unmittelbar und unabweisbar die richtige Politik. Da diese Politik nun aber für diese Menschen



Der Klimaforscher **Prof. Dr. Hans von Storch** ist Professor an der Universität Hamburg und ehemaliger Leiter des Instituts für Küstenforschung am Helmholtz-Zentrum Geesthacht.

erkennbar „falsch“ ist, muss die Begründung für die Politik, nämlich die Wissenschaft, ebenfalls falsch sein. Interessanterweise sind die Antagonisten dieser Sichtweise, die in der „Klimakrise“ eine Möglichkeit zur grundsätzlichen Verbesserung der Welt sehen, ebenso Verfechter der linearen Wissenschaft-Politik-Beziehung, nur andersherum. Da die Politik feststeht, muss die Wissenschaft so zugeschnitten werden, durch Auswahl und Zuspitzung, durch Erhöhung zur Wahrheit, dass die gewünschte Politik zwingend folgt.

So erstaunt es nicht, dass Skeptiker und Alarmisten Zwillinge

sind, die einander brauchen; die jeweils anderen sind die Doofen oder Bösen, die skrupellos die Wissenschaft missbrauchen für deren jeweils eigenen Ziele. Ihr Kampf im öffentlichen Raum führt zu keinem inhaltlichen Fortschritt, sondern nur zu einer Intensivierung der Behauptungen und gegenseitigen Unterstellungen. Er nimmt die Bühne ein und verhindert das Auftreten mit anderen Zugängen.

Aber es scheint, dass dieses Spektakel sich aufzulösen beginnt und die Scheinwerfer der öffentlichen Aufmerksamkeit sich der wesentlichen Frage zuwenden: Was machen wir mit dem Klimaproblem? Die Bewegung „Fridays for Future“ hat hier eine positive Wirkung, auch wenn man viele erratische Meinungen und Vorstellungen hört, und die meisten Forderungen populistisch sind.

Der mögliche Irrtum treibt die Wissenschaft

Dazu muss man sich zunächst gegenwärtigen, dass Politik und Wissenschaft eben nicht linear zusammenhängen, dass Politik nicht dazu da ist, das umzusetzen, was die Wissenschaft vermeintlich vorgegeben hat.

Wissenschaft ist ein sozialer Prozess, dessen Akteure versuchen, Phänomene, Zusammenhänge und Perspektiven nach wissenschaftlichen Methoden zu erklären. Dies bedeutet nicht, dass Wahrheiten, im Sinne von „ewig wahr“, ent-

deckt werden, sondern „nur“ beste Erklärungen, die den sonstigen Erklärungen, Beobachtungen und experimentellen Befunden nicht widersprechen. Es wird aber eingeräumt, dass es in der Zukunft neue Beobachtungen geben könnte, die einer bisherigen Erklärung widersprechen – dann ist eine Revision unseres Wissens erforderlich.

In der Tat ist die Möglichkeit des Irrtums einer der Motoren des wissenschaftlichen Fortschritts. Falsifikation beziehungsweise das Scheitern der Falsifikation macht die Wissenschaft stärker und ist deshalb auch eine der Säulen der CUDOS-Normen des Wissenschaftssoziologen Robert K. Merton, zu denen die Forderung der Uneigennützigkeit, der Personenunabhängigkeit, der Universalität und des Gemeineigentums des Wissens aufgeführt sind.

Demokratische Politik ist auch ein sozialer Prozess, der aber auf den Ausgleich divergierender Interessen abhebt. Politik wird ausgehandelt, wird bestimmt als „akzeptabel für die wesentlichen Beteiligten“ und als wirksam für eine intendierte Absicht. Sie ist nicht „richtig“ oder „falsch“, sondern ermöglicht sozialen Frieden.

Im demokratischen Willensbildungsprozess wirken Interessengruppen mit; von Wissenschaft ist im Grundgesetz dazu nicht die Rede. Im Grundgesetz steht auch nicht, dass Politik vernünftig sein muss, zumal Vernünftigkeit auch davon abhängt, wer mit welchem Interesse spricht.

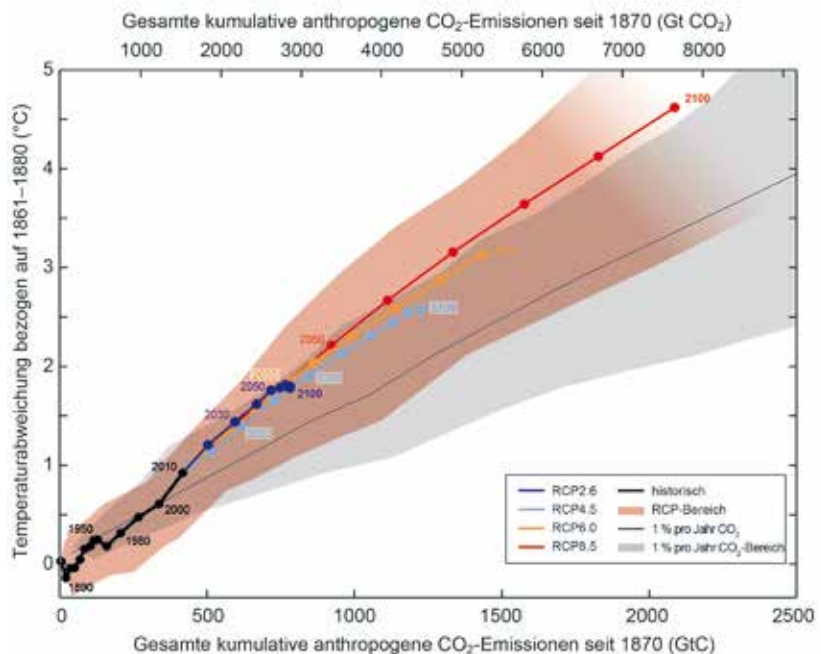
Wissenschaft trägt aber durchaus zur Willensbildung bei, indem sie bewertet, ob vorgegebene Ziele erreichbar sind und welche Wirkungen eine vorgeschlagene Politik haben kann. Dabei ist allerdings zu beachten, dass Wissenschaft-

ler, jedenfalls sofern sie „gut“ sind, meist Fachidioten sind, also ein relativ kleines Feld überblicken, dies aber in großer Detailschärfe und Tiefe. So können sich Virologen zu den Folgen von Maßnahmen im Gesundheitsbereich äußern, aber nicht zum Klima, und Klimawissenschaftler nicht zur Pandemie, wohl aber zu klimatischen Folgen von Klimapolitik.

Die Entscheidungen aber liegen bei der demokratisch legitimierten Politik, und die Wissenschaftler genießen keine Privilegien, so wie Friseur, Journalisten und Taxifahrer auch nicht. Deshalb spricht der UNO-Klimarat IPCC davon, dass seine Einschätzungen „policy relevant“ seien, aber nicht „policy prescriptive“ – also politikrelevant, aber nicht der Politik etwas vorschreibend.

Die zwei vielleicht wichtigsten Aussagen der Klimaforschung betreffen die „Detektion und Attribution“ sowie den „Budgetansatz“. Detektion und Attribution stellen fest, dass die gegenwärtigen Klimaänderungen nicht natürlichen Ursachen geschuldet sind und dass für ihre Erklärung ein dominanter Beitrag der Treibhausgase erforderlich ist. Der Budgetansatz beschreibt – etwas verkürzt: Die Änderungen der global gemittelten Lufttemperatur, die gemeinhin als Indikator für den Klimawandel genutzt wird, ist proportional zur Gesamtmenge der seit Ende des 19. Jahrhunderts emittierten Treibhausgase.

Die Grafik erklärt den Budgetansatz. Auf der horizontalen Achse ist die Gesamtmenge an emittiertem CO₂ in Gigatonnen angegeben, und auf der vertikalen Achse ist die



►► erwartete Temperaturänderung in Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau abgetragen. Die schwarzen Punkte und die verbindende schwarze Linie zeigen die bisherige Entwicklung. Die farbigen Linien beschreiben die Entwicklung in von Klimamodellen erzeugten Szenarien. Die schattierten Bänder repräsentieren die Unsicherheit der Aussagen.

Globale Wirksamkeit der Klimaschutzpolitik

Aus dem Budgetansatz folgt, dass ein wesentlicher Klimawandel mit einem Anstieg der global gemittelten Temperatur um etwa ein Grad eingetreten ist und ein Erreichen des politisch formulierten Ziels von Paris, der Beschränkung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad, höchstens zwei Grad, möglich ist, wenn die weltweiten CO₂-Emissionen auf null sinken bis ungefähr 2050 und danach durch negative Emissionen, also aktive Herausnahme von Treibhausgasen, ersetzt werden. Dabei ist es egal, wo das CO₂-Molekül freigesetzt wird, in Berlin, irgendwo in der Europäischen Union oder im fernen Kambodscha.

Aufgrund der Trägheit des Klimasystems und erst recht des wirtschaftlichen Systems wird die Menge der Treibhausgase, die sich in der Atmosphäre ansammeln, noch zunehmen, und die Temperaturen werden weiter steigen. Damit ist klar, dass auch Anpassungen an veränderte klimatische Bedingungen in jedem Fall angezeigt sind – umso mehr, je weniger erfolgreich die internationale Klimaschutzpolitik ist.

Das Erreichen des im Abkommen von Paris 2015 definierten Ziels steht ganz oben auf der Agenda vor allem des Westens, und dies kann nach dem Budgetansatz nur erreicht werden durch die Vermeidung

von Emissionen. Ziel einer an der Wirksamkeit orientierten Klimaschutzpolitik muss also sein, möglichst viel der globalen Emissionen abzubauen. Da Europa nur etwa ein Zehntel aller derzeitigen Emissionen direkt zu verantworten hat, sind die möglichen europäischen Beiträge mit globaler Wirkung beschränkt.

Wirksamkeit erfordert einen Hebel, der zur Nachahmung animiert. Dieser Hebel kann die Entwicklung fortschrittlicher Technologie in der Energieversorgung, im Verkehr, beim Kühlen und Heizen, in der Landwirtschaft sein. Deutschland, Europa und natürlich auch neue Technologiegiganten wie China oder Indien können dazu beitragen.

Es geht nicht um „Anpassung an den Klimawandel“ oder „Vermeidung des Klimawandels“, sondern es geht um Anpassung und Vermeidung zugleich

Wenn Maßnahmen im Vordergrund stehen, die auf „Klimagerechtigkeit“, aber weniger auf maximale Minderung der Klimaänderungen abheben, dann bedeutet dies, dass die Öffentlichkeit die globale Herausforderung der Vermeidung nicht anerkennt. Dabei müsste doch jedermann einleuchten, dass es mehr für den Klimaschutz bewirkt, ein altes, wenig effizientes

Kohlekraftwerk in armen Ländern durch moderne Technik zu ersetzen, als ein hochmodernes Kohlekraftwerk in Hamburg stillzulegen.

Wirksamkeit von Klimaschutzmaßnahmen bedeutet, dass eine radikale, also umfassende und schnelle Absenkung der europäischen Emissionen zwar ein enormer Kraftakt wäre, aber doch nur einen verhältnismäßig kleinen Beitrag zum Erreichen des Pariser Ziels darstellen würde.

Postkoloniale Besserwisserie verbessert das Klima nicht

Dieses Manko, meinen manche, kann durch das Vorbild eines klimafreundlichen Lebens überwunden werden. Aber es ist plausibel, dass etwa in Indien vor allem wirtschaftliche Verbesserungen Nachahmung finden werden und postkoloniale Besserwisserie unerwünscht ist – also wirtschaftlich attraktive und gleichzeitig klimaneutrale Technologie.

Der „Einzelne“ hierzulande kann gleichwohl solche Entwicklungen unterstützen – zum Beispiel durch die finanzielle Förderung solcher Projekte oder schlicht dadurch, dass er darauf verzichtet, die Modernisierung zu behindern.

Es gilt also nicht, sich zwischen den Alternativen „Anpassung an den Klimawandel“ oder „Vermeidung des Klimawandels“ zu entscheiden, sondern es geht um Anpassung und Vermeidung zugleich – unter gezielter Forcierung des technischen Fortschritts in internationaler Kooperation.

Wenn individueller Verzicht diesen Fortschritt beflügeln kann, dann kann auch der Beitrag der Einzelnen signifikant werden und mehr als ein bloßer symbolischer Akt sein. Wie gesagt: Anpassung und Vermeidung zugleich. ■

Kernkraft als „Klimaretter“?

Deutschland und die EU wollen bis 2050 Treibhausgasneutralität erreichen. In vielen Ländern setzt man auf Kernkraft als „Klimaretter“. Das Umweltbundesamt hat in verschiedenen Studien gezeigt, dass dieses Ziel auch ohne Atomkraft erreichbar ist, so **Karsten Krause**

Das Übereinkommen von Paris aus dem Jahr 2015 sieht vor, die Erderwärmung auf unter zwei Grad und besser noch auf unter 1,5 Grad zu begrenzen. Zu den Zielen des Abkommens gehört außerdem, dass in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts weltweit Treibhausgasneutralität erreicht wird. Deutschland und die EU wollen dieses Ziel 2050 umgesetzt haben.

Eine Schlüsselrolle auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität haben die Energieversorgung, -verteilung und -nutzung. Ein Großteil der bisherigen Emissionseinsparungen resultieren auf der Entkopplung von Wirtschaftsleistung und Energieverbrauch sowie dem Ersatz von Kohle durch emissionsärmere, insbesondere erneuerbare Energien. Die Verfügbarkeit günstiger und emissionsarmer Elektrizität ist auch die Voraussetzung der Dekarbonisierungskonzepte für Verkehr und Industrie.

Kein Revival der Atomkraft

Vor diesem Hintergrund präsentiert sich die Atomkraft als Alternative zu fossilen Lösungen, technischen Kohlenstoffsenken und dem Ausbau erneuerbarer Energieträger. Laufzeitverlängerungen, Neubaupläne in anderen Ländern und innovative Atomkraftkonzepte sollen den deutschen Atomausstieg von 2011 als rückwärtsgewandte Idee erscheinen lassen. Nur gibt es kaum Hinweise auf eine bevorstehende Atomkraft-Renaissance.



Dr. Karsten Krause ist Leiter der Abteilung Klimaschutz und Energie im Umweltbundesamt.

Es sieht weniger nach einer Wiedergeburt der Atomantike aus, vielmehr passt das Bild der Spätantike: Neue Ideen führen zu einer Transformation des antiken Erbes. Dazu gehören wettbewerbsorientierte Marktorganisation und Transparenz bezüglich der Finanzierung.

Viele Atomkraftwerke in Europa haben bereits ihr 40. Dienstjubiläum hinter sich, Neubauten verzögern sich und ihre Kostenplanungen laufen aus dem Ruder. Ähnlich wie in parallelen Projekten in Frankreich und Finnland ist gerade das britische Atomkraftwerksprojekt Hinkley Point C ein Beispiel für steigende Kosten und Terminverzögerungen. Zwar werden hier die Mehrkosten vom Baukonsortium getragen, jedoch sind die Gewinnerwartungen des französisch-chinesischen Tandems durch eine – für 35 Jahre ab Inbetriebnahme –

garantierte Einspeisevergütung gesichert. Die Planung des Kraftwerks begann bereits 2008, mit einer Inbetriebnahme wird 2025 gerechnet.

Der vermeintliche „Klimaretter“ Atomkraft würde Deutschland kaum vor 2050 zum Ziel bringen. Um die Gewinnerwartungen eines Baukonsortiums zu bedienen, müssten ebenfalls Einnahmegarantien und Haftungsbegrenzungen angeboten werden. Die nach wie vor ungeklärte Endlagerfrage und die begrenzte Akzeptanz der Atomkraft in Deutschland zeigen weitere Grenzen des „Klimaretters“.

Das Umweltbundesamt hat in Studien gezeigt, dass Treibhausgasneutralität in Deutschland auch ohne Atomkraft erreichbar ist. Dazu muss ambitioniert vorangeschritten werden. So bedarf es einer Initiative, um treibhausgasintensive Techniken und Produkte durch Effizienz, Suffizienz und Kreislaufführung in ihrer Wirkung zu reduzieren oder zu substituieren.

Daneben können die unvermeidlichen und die bereits emittierten Schadstoffe durch Kohlenstoffsenken wie Wälder und Moore aus der Atmosphäre entnommen werden. Anstatt auf langfristige und unwirtschaftliche Atomkraftwerksprojektplanungen zu setzen, sollten die Wettbewerbsvorteile erneuerbarer Energien genutzt werden. Zudem lassen sich mit der Renovierung von Gebäuden Klimaschutz, Kosteneinsparungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen verbinden. ■

Strategische Klimapolitik: Europa als Vorbild statt als Vorreiter

Will die europäische Klimapolitik zur Eindämmung des globalen Klimawandels beitragen, muss sie erstens als Vorbild bei der Emissionsreduktion wirken und sich zweitens um ein weltweit koordiniertes Vorgehen bemühen, so **Christoph M. Schmidt**

Im Jahr 2019 erlebten Deutschland und die Europäische Union (EU) eine intensive Debatte über eine Neuorientierung der Klimapolitik, ausgelöst nicht zuletzt durch die in vielen Ländern vorgebrachten Proteste junger Menschen. Vor diesem Hintergrund hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Juli 2019 auf Bitte der Bundesregierung Reformoptionen der nationalen Klimapolitik vorgelegt und ihre Einbettung in die globale Klimapolitik diskutiert.

Der Klimawandel ist ein globale Phänomen, das die biologische Vielfalt und die Landwirtschaft vielerorts massiv zu beeinträchtigen droht und dessen wirtschaftliche Kosten manche Volkswirtschaften überfordern dürften. Die Berechnungen aus Klimamodellen verdeutlichen diese Herausforderung. Bei aller Unsicherheit ist die Botschaft eindeutig: Werden über die im Rahmen des Pariser Klimaabkommens getroffenen Zusagen der Regierungen zum Klimaschutz hinaus keine weiteren Maßnahmen ergriffen, könnte sich die globale Oberflächentemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau bis zum Jahr 2100 um 2,7 bis 3,0 Grad erwärmen.

Um die Erwärmung unter zwei Grad zu halten, dürfte Schätzungen zufolge global insgesamt nur noch



Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt ist Präsident des RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und Professor an der Ruhr-Universität Bochum. Bis Februar 2020 war er Vorsitzender des Sachverständigenrats.

ein Volumen an Netto-Emissionen ausgestoßen werden, was gemessen an den Emissionen im Jahr 2018 spätestens bis zur Jahrhundertmitte völlig ausgereizt wäre. Da die Emissionen zudem nur schrittweise reduziert werden können, müssen die Netto-Emissionen selbst im günstigsten Fall spätestens ab dem Jahr 2070 nahe null sein („Klimaneutralität“).

Je stärker die Rückführung ist, umso mehr Ressourcen sind in der Gegenwart dafür aufzuwenden. Diese sind gegen die nur mit hoher Unsicherheit abzuschätzenden Kosten des Klimawandels aufzurechnen. Aktuelle Schätzungen legen nahe,

dass eine Erwärmung um zwei bis maximal drei Grad das Niveau der Wirtschaftsleistung um bis zu rund vier Prozent vermindern dürfte; bei drei bis maximal vier Grad wären es bis zu rund 18 Prozent. Allerdings könnte es aufgrund von Nicht-Linearitäten und Kipp-Punkten zu sich gegenseitig verstärkenden Effekten und somit noch weit höheren Kosten kommen.

Der Einsatz von ökonomischen Ressourcen zur Abwendung des Klimawandels ist somit als eine Art Versicherung gegen katastrophale Ereignisse einzuordnen. Den weiteren Temperaturanstieg vollständig zu verhindern, dürfte ohnehin keine realistische Option darstellen. Die Anpassung an seine negativen Folgen sollte daher zwar Teil jeder nationalen klimapolitischen Strategie sein. Gleichzeitig sollte die Weltgemeinschaft jedoch den Klimawandel durch eine koordinierte Anstrengung zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen abschwächen, um so die Kosten dieser Anstrengung für alle zu vermindern.

Potenziale und Grenzen

Um die Erderwärmung wirksam zu begrenzen, müssen unbedingt die globalen Treibhausgas-Emissionen zurückgeführt werden. Doch der mögliche Beitrag, den Deutschland und die EU dazu aus eigener Kraft leisten können, ist begrenzt: Im Jahr 2016 war Deutschland ledig-

lich für 2,3 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, die EU für 10,5 Prozent. Daher könnte die Reduktion der eigenen Emissionen nicht nur den Klimawandel nicht allein aufhalten, sondern auch andere verleiten, in ihren eigenen Bemühungen nachzulassen. Dieses Trittbrettfahrerproblem ist durchaus real: Denn jeder Staat trägt die vollen Kosten seiner Anstrengungen, deren Vorteile alle anderen Staaten umsonst genießen.

Ohne eine Strategie zur verbindlichen Aushandlung koordinierter globaler Anstrengungen besteht also die Gefahr, dass insgesamt unzureichende Anstrengungen unternommen werden. Letztlich sollte der anzustrebende Fixpunkt dieser Strategie die Verabredung zu einer international einheitlichen Bepreisung von Treibhausgasen sein – über alle Regionen, Sektoren und Emittenten hinweg. So ließe sich das ökonomische Prinzip der Arbeitsteilung verwirklichen, um die globalen volkswirtschaftlichen Kosten der Transformation möglichst gering zu halten: Die jeweils nächste Einheit Treibhausgas-Emission sollte dort eingespart werden, wo dies nach dem aktuellen Stand am günstigsten möglich ist – unabhängig davon, wo die Emission entsteht und wer der Emittent ist.

Will die deutsche und europäische Klimapolitik wirksam zur Eindämmung des globalen Klimawandels beitragen, muss sie auf zwei Ebenen Fortschritte erzielen: Erstens muss sie selbst als Vorbild bei der Emissionsreduktion wirken. Dies kann gelingen, indem sie die international vereinbarten Ziele für die Emissionsreduktion (i) volkswirtschaftlich effizient, (ii) ohne gesellschaftliche Verwerfungen und (iii) ohne erhebliche Verluste bei der Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Da in der EU die Emissionen der Sek-

toren Energie und Industrie bereits weitgehend vom EU-Emissionshandel (EU-ETS) erfasst sind, unterliegen diese in allen Mitgliedsstaaten einem einheitlichen Preis, und es gibt keine nationalen Zielvorgaben. Mittelfristig gilt es, den EU-ETS auf alle anderen Sektoren in allen Mitgliedsstaaten auszuweiten und so die getrennte Betrachtung einzelner Sektoren zu überwinden.

Kurzfristig sollte eine Übergangslösung umgesetzt werden, etwa ein separater Emissionshandel für Wär-

Die jeweils nächste Einheit sollte dort eingespart werden, wo dies am günstigsten möglich ist

me und Verkehr, der aber so schnell wie möglich in einen voll integrierten Emissionshandel münden sollte. Gleichzeitig sollte mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit die Verlagerung von Emissionen ins Ausland vermieden werden, etwa durch einen Grenzausgleich. Die vollständige Rückführung der Einnahmen sollte zudem für eine sozial ausgewogene Transformation sorgen.

Auf diese Weise als Vorbild zu wirken, ist zum einen deshalb eine gute Strategie, weil sie die Ernsthaftigkeit der getroffenen Vereinbarungen sichtbar unterstreicht. Zum anderen dürfte der Umstand, dass es selbst einer hoch entwickelten und bislang fossile Energieträger intensiv nutzenden Volkswirtschaft wie der europäischen gelingen kann, die Ziele wirtschaftlich effizient und ohne größere gesellschaft-

liche Verwerfungen zu erreichen, ermutigend wirken. Bislang hat die deutsche Politik diese positive Wirkung nicht hinreichend beachtet.

Zweitens muss sich die Politik ernsthaft um ein weltweit koordiniertes Vorgehen bemühen. Dabei würden die Möglichkeiten zur Durchsetzung eines weltweit einheitlichen CO₂-Preises sogar eher gemindert, wenn Europa statt einer Vorbild- eine Vorreiterrolle einnähme. Als Vorreiter würde man sich mit einer ehrgeizigeren Rückführung der Emissionen positionieren, als bisher vereinbart wurde. Mit dieser Strategie würde sich zwar die Hoffnung verbinden, andere Staaten ließen sich zu größeren Vermeidungsanstrengungen mitreißen. Doch die Forschung zu strategischem Verhalten in Verhandlungen legt den Schluss nahe, dass ein solches Vorpreschen nicht nur wirkungslos bliebe, sondern stattdessen die Neigung zum Trittbrettfahrerverhalten befördern könnte.

Eine Vorreiterrolle würde somit lediglich zu hohen Kosten führen, ohne damit entscheidende Verbesserungen des Weltklimas zu erreichen. Aussichtsreicher wäre es für die EU, die eigene Glaubwürdigkeit durch den Einsatz wirtschaftlich effizienter Instrumente, also eine Vorbildfunktion, zu festigen. Zudem sollte sie versuchen, dem Prinzip der Reziprozität folgend im Gegenzug zu eigenen verbindlichen Zusagen eine stärkere Kooperation der Verhandlungspartner zu erreichen. Dies wird nicht gelingen, ohne eine Lösung für die internationale Verteilung der globalen Kosten der Transformation zu finden, etwa durch umfangreiche Transfers über einen Klimafonds. ■

ICH BEDANKE MICH FÜR HILFREICHE KOMMENTARE BEI WOLFF REUTER.



Die Kraft der Sonne nutzen: Solarkraftwerke im bayerischen Thüngen und in der Mojave-Wüste in Kalifornien (r.)





Monokulturen: Baumwollernte in der Nähe von Ürümqi (China) und Maisplantage in South Carolina (USA)



Ist die derzeitige Klimaschutzpolitik panikgetrieben?

Viele Klimaschutzmaßnahmen sind langfristig angelegt und durch politischen Weitblick geprägt, so **Werner J. Patzelt**. Doch es falle auch manch Panikartiges auf, vor allem ausgelöst durch die Bewegung „Fridays for Future“

Wer nach „Panik“ googelt, der erfährt: Sie ist die „durch eine plötzliche echte oder vermeintliche Gefahr hervorgerufene, übermächtige Angst, die zu unüberlegten Reaktionen führt“. Politik hingegen sollte – so einst Max Weber – „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern“ sein, betrieben „mit Leidenschaft und Augenmaß“. Was davon prägt unsere Klimaschutzpolitik?

Zu ihr – dem „Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung“ sowie dem „Klimaschutzplan 2050“ – gehören vor allem die Reduktion des Treibhausgasausstoßes; der Ausstieg nicht nur aus der Nutzung der Kernkraft, sondern auch aus der Kohle als Energieträger; die Förderung von energieeffizientem Bauen und Sanieren; die Veränderung unseres Mobilitätsverhaltens durch alternative Fahrzeugantriebe, flexiblere ÖPNV-Angebote sowie die Rückgängigmachung der Trennung von Wohnen und Arbeiten; ferner die Schaffung von neuer Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in den vom klimaschutzpolitisch bewirkten Wandel stark betroffenen Regionen.

Mittel dieser Politik, zusammengestellt im „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“, sind neue Rechtsvorschriften, auch steuerliche Handlungs- oder Vermeidungsanreize, das Auflegen einschlägiger



Prof. Dr. Werner J. Patzelt war Gründungsprofessor des Instituts für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden.

Forschungs- oder Investitionsprogramme sowie nachhaltiges Einwirken auf jene innere Haltung der Bürgerschaft zu alledem, die das reale Tun und Lassen der Leute prägt. Vieles davon ist langfristig angelegt und nicht durch plötzliche Angst geprägt, sondern durch politischen Weitblick. Zu solchem „Bohren harter Bretter“ gehört vor allem der Versuch, die verschwenderische Umsetzung fossil gespeicherter Energie in Wärme, Bewegung oder elektrischen Strom einzuschränken und stärker auf „erneuerbare Energien“ zu setzen.

Dazu gehören auch Immissionsbeschränkungen im Dienst des Klimaschutzes, was im Grunde nur den alten, grundvernünftigen

Umweltschutz fortsetzt. Und seit Langem leuchtet es vielen ein, auf Verkehrsinfarkte in Städten und auf Autobahnen mit effizienteren Mobilitätssystemen zu reagieren. Sie zu entwickeln und zu implementieren, braucht aber Zeit.

Panik mit Blick auf die Medien

Doch es fällt auch manch Panikartiges auf. So wurde etwa die Abschaltung von Deutschlands Kernkraftwerken von derselben Bundesregierung erzwungen, die noch kurz zuvor deren Laufzeiten verlängert hatte. Die „plötzliche echte oder vermeintliche Gefahr“ ging damals von einem Erdbeben samt Tsunami in Japan aus. Der führte im Atomkraftwerk Fukushima zu schweren Störungen, darunter etwa Kernschmelzen.

Doch ein Tsunami oder ein starkes Erdbeben sind in Deutschland nicht zu befürchten. Letztlich bekräftigte das japanische Unglück nur die seit den späten 1970er-Jahren in Deutschland um sich greifende Angst vor technisch womöglich unbeherrschbaren Folgen größerer Störungen in Kernkraftwerken. Die massenmediale Darstellung und Rahmung von Fukushima beglaubigte diese Angst dann noch wuchtiger als einst Tschernobyl.

In dieser Lage, obendrein vor wichtigen Landtagswahlen, wurde die CDU-geführte Bundesregierung

von Panik ergriffen. Dazu kam es angesichts der die Machtstellung der Kanzlerin bedrohenden Aufgabe, in der durch die japanische Havarie stark hysterisierten Öffentlichkeit weiterhin eine Energiepolitik verteidigen zu sollen, die seit Jahrzehnten gegen den Widerstand der meisten Massenmedien sowie aller Parteien links von der Union geführt wurde. Also ergriff man die Flucht nach vorn und erfüllte durch einen schnellen Richtungswechsel alle medialen und oppositionellen Ausstiegsforderungen. Hingegen behandelte man rechtliche, finanzielle und technische Begleitschäden wie nebensächlich – und deckt Versorgungslücken seither durch Atomstrom aus dem Ausland.

Ähnliche Züge einer medial ausgelösten Politikerpanik trägt der Umgang Deutschlands und der EU mit jener „grünen“ Politik, die derzeit allein als mit vernünftigerweise zu setzenden Zielen des Umwelt- und Klimaschutzes vereinbar gilt. Tatsächlich wurde zum Auslöser jener Hektik, mit der im Herbst 2019 das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung und wenig später der „Green Deal“ der EU-Kommission aufgesetzt wurden, der Priming-Effekt von „Fridays for Future“. Die diesen Schülerprotesten gewidmete Medienberichterstattung gründierte nämlich rasch alle Debatten über den doch schon jahrzehntelang beobachtbaren und als gewaltige Herausforderung erkannten Klimawandel dahingehend, dass die Klima-Apokalypse nun voll im Gang sei und allenfalls durch sofortige Umkehr aufzuhalten wäre.

Religionssoziologisch erkennt man hier jenen Aufruf zur Buße samt Lust an Sühnepraxen, der im 13. und 14. Jahrhundert in öffentlichen Selbstgeißelungen, fallweise auch in spirituellen Neuanfängen

mündete – und im vergangenen Jahr eben in eine Klimaschutzpolitik, die im Verzicht auf bisherige „westliche Lebensweisen“ den Beginn weltweiter Heilungsprozesse erkennt. Dabei sei es Deutschlands Aufgabe, durch das eigene gute Beispiel auch alle anderen Länder auf den richtigen Weg zu bringen – gleichsam in Erfüllung der letz-

„Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen“

ten Zeilen von Emanuel Geibels wirkungsstarkem Gedicht über „Deutschlands Beruf“ von 1861: „Und es mag am deutschen Wesen / einmal noch die Welt genesen.“

Symbolpolitik mit wenig Effekt

Zum Gesicht jener Mobilisierungskampagne wurde Greta Thunberg. Die Rolle als Seherin und Mahnerin gelang ihr bestens: Kaum ein westlicher Regierungschef, kein Spitzenpolitiker entging der Pflicht, sich mit Thunbergs Warnungen und Forderungen auseinanderzusetzen. Viele trafen sich mit ihr sogar in der Haltung des aufrichtig Zuhörenden.

Medial gewaltig verstärkt wurden die Buß- und Umkehrpredigten von „Greta & Followers“ vor allem dadurch, dass die wichtigsten Nachrichtenfaktoren in die gleiche Richtung wirkten: Skandalisierung des Bestehenden, Dramatisierung der Entwicklung, unzweideutige Moralisierbarkeit der vertretenen Positionen, Personalisierung der Erlösungshoffnung, berechenbare

Periodizität des redaktionell abzuarbeitenden Nachrichtensoffs.

Auf diese Weise wurde die Klimapolitik zum mit absoluter Vordringlichkeit zu bestellenden Feld. Unter solchem Druck wurden dann deutsche und europäische Beschlüsse getroffen, die zwar – nach Expertenmeinung – instrumentell nicht allzu viel bewirken werden, doch als symbolpolitisch notwendig erschienen. Im Übrigen schob das Klimathema auch noch jenes Migrations- und Integrationsthema auf der Top-Liste politischer Herausforderungen nach unten, das den grünen und linken Befürwortern einer drastischen Klimapolitik ohnehin zuwider war.

Das gelang immerhin so lange, wie nicht zunächst der Migrationsdruck an der türkisch-griechischen Grenze und später die Corona-Pandemie alles andere in den Hintergrund drängten. Beim Vergleich der Reaktionen erkennt man verschiedene Möglichkeiten, mit politisch-medialen Panikattacken umzugehen: Corona veränderte zwar das reale Alltagsleben für Hunderte Millionen von Menschen auf der ganze Welt, doch es entstand keine Panik. Hingegen wurde die millionenstarke Zuwanderung nach Deutschland 2015/16 von Politik und Medien so gehandhabt, als gäbe es keinerlei Anlass für Besorgnis, weil alles leicht zu bewältigen wäre, falls man sich nur entschlossen gegen Xenophobie und Rassismus stelle.

Es zeigt sich, dass es problematisch ist, nicht problempräventiv vorzugehen und das populistische Ertönen des Alarmmelders als größtes Problem zu behandeln. Die von Panik getriebene Klimapolitik vollzog sich dagegen ganz in der Komfortzone jenes Schauderns, das ein Katastrophenfilm beim persönlich unbetroffenen Betrachter auslöst. ■

Ist die Umweltbewegung auf dem Weg zur Sekte?

Nach **Hardy Bouillon** hat es den Anschein, als ob die Umweltbewegung – zumindest in der Klimafrage – Anzeichen einer Sektenbildung zeigte. Mithilfe der Wissenschaftstheorie illustriert er, warum das so ist

Wie definiert man Sekten? In der Regel verweist man auf dreierlei: erstens auf die Abspaltung, mit der sich Sektierer von jener Gruppe samt Anschauung trennen, der sie sich früher zurechneten, zweitens auf die Dogmatisierung der eigenen Anschauung und drittens auf Max Weber, der meinte, dass die Aufnahme neuer Mitglieder nicht – wie bei Religionen – durch Geburt, sondern durch Zustimmung der Sekte erfolge.

Folgt man den genannten Kriterien hinsichtlich Abspaltungsverhalten, Anschauungsdogmatisierung und Aufnahmeverfahren, dann hat es den Anschein, als ob die Umweltbewegung – zumindest die in der Klimafrage – erkennbare Anzeichen einer Sektenbildung zeigte.

Folgt man dem Philosophen und Wissenschaftstheoretiker Karl Popper, dann tun Naturwissenschaftler gut daran, Fälle von Theorienkonkurrenz mithilfe von Falsifikationsversuchen zu entscheiden und – sofern der gewünschte Erfolg ausbleibt – für pendent zu erklären. In der Klimafrage scheint sich eine Abkehr von diesem Brauch abzuzeichnen, ein Rückfall in eine Zeit, in der man seine Lieblingstheorie zu dogmatisieren und ihre Konkurrentinnen zu dämonisieren pflegte. So gesehen scheint zumindest ein Großteil der Umweltbewegung zwei Merkmale von Sek-



Prof. Dr. Hardy Bouillon ist außerplanmäßiger Professor im Fach Philosophie an der Universität Trier. 1993 gründete er die Beratungsagentur Public Partners.

ten zu teilen: die Abspaltung (hier vom üblichen Falsifikationsverfahren der Wissenschaftsgemeinde) und die Dogmatisierung der präferierten Anschauung beziehungsweise Lehrmeinung. Nimmt man zudem den Trend mancher Fachjournale ernst, missliebige Theorien auszugrenzen und nur dogmenaffine Beiträge aufzunehmen, dann scheint auch das dritte Kriterium Einzug in die Klimatologie zu halten.

Gewiss, Sekten sind nicht per se ein Übel. Schließlich bilden sie zur herkömmlichen Sichtweise eine konkurrierende Alternative, die zumindest prinzipiell ebenso im Recht sein könnte wie die Konkurrenz; und Konkurrenz belebt bekanntlich

das Geschäft. Übel sind Sekten allerdings dann, wenn sie statt Konkurrenzbelebung Konkurrenzausgrenzung betreiben. Nicht nur diese Praktik selbst, sondern auch deren Folgen sind von Übel. Im Wissenschaftsbetrieb ist dies nicht immer unmittelbar zu erkennen. Ein Blick auf ein paar wissenschaftstheoretische Grundsätze einerseits und Besonderheiten in der Klimafrage andererseits schafft Abhilfe.

Drei Theorien zum Klimawandel

Theorienpräferenz setzt laut Popper voraus, dass die konkurrierenden Theorien kontradiktorische Vorhersagen erlauben, die mit einem unabhängigen Prüfsatz entweder verträglich sind oder nicht: Wenn eine Theorie A vorhersagt und eine (oder mehrere) andere Theorie(n) nicht A, und wenn ein unabhängiger Prüfsatz ergibt, dass die Vorhersage der ersten Theorie als wahr anzusehen ist, dann ist die erste Theorie ihren Konkurrentinnen vorzuziehen.

Es wird stets diejenige Konkurrentin ihren Rivalinnen vorgezogen, deren Vorhersage mit dem unabhängigen Prüfsatz vereinbar ist. Liegt ein Fall vor, in dem die konkurrierenden Theorien keine kontradiktorischen Vorhersagen erlauben, dann kann man keine Theorienpräferenz treffen. Die Sache ist unentschieden und bleibt es auch, bis ein passender Prüfsatz gefunden ist.

FOTO: PRIVAT

Schaut man nun auf die Theorie- enlage in der Klimadebatte, dann fällt auf, dass sie nicht auf das Falsifikationsmodell passt. Teilt man die einschlägigen Theorien zur Erklärung der Erderwärmung auf, dann erhält man – vereinfacht – drei Gruppen: Zwei verweisen auf menscheninduzierte Faktoren, eine auf natürliche Veränderungen (beispielsweise solare Aktivitäten).

Die ersten beiden nehmen Bezug auf Standards in der industriellen Produktion (CO₂-Ausstoß) bzw. in der Viehwirtschaft (Methanausstoß), die dritte hält natürliche Veränderungen für den Hauptgrund klimatischen Wandels. Dabei verweist Letztere auch auf bislang ungenügend untersuchte Wechselwirkungen, für deren Annahme vieles spreche, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genügend gesagt werden könne. Aus ihrer Sicht sind temporäre Temperaturschwankungen nach unten und oben möglich.

Alle drei Theorien sind prinzipiell in der Lage, eine Klimaerwärmung zu erklären. Das heißt, dass sie jeweils ein Kausalverhältnis zwischen Ursache und Folge behaupten, das mit dem Kanon naturwissenschaftlicher Erkenntnis prinzipiell vereinbar ist. Mit dieser Klausel wird sichergestellt, dass keine absurden Theorien die Wissenschaft bevölkern. So wäre die Theorie, die Klimaerwärmung sei Resultat der Haartracht von Klimaaktivistinnen oder Klimaskeptikern, ein Beispiel für eine absurde Theorie und demnach aus dem Diskurs auszuschließen.

Direkte Überprüfung nutzlos

Indirekte Überprüfungen sind stets heikel, weil man bezweifeln kann, ob sie einen geeigneten Ersatz für direkte Überprüfungen darstellen. Ideal hingegen ist es, wenn

man konkurrierende Theorien direkt überprüfen kann. Im Fall der Klimadebatte ist dies zumindest teilweise möglich: Man kann zwar solare Veränderungen nicht verhindern, aber die Produktion in Industrie und Landwirtschaft könnte man einstellen. Würde nun – diskussionshalber angenommen – eine direkte Überprüfung einer

In der Klimadebatte fehlen die kontradiktorischen Vorhersagen

oder beider Theorien, die eine vorrangig menscheninduzierte Klimaerwärmung behaupten, vorgenommen und würde sich dabei zeigen, dass im Anschluss an eine (weitestgehende) Aufgabe von Viehwirtschaft oder Industrieproduktion eine signifikante Erdabkühlung (oder Abnahme der Erwärmungsquote) messbar wäre, dann könnte von diesem Effekt nicht rückgeschlossen werden, ob und, falls ja, welche der drei vorgenannten Theorien den Effekt erklärt.

Der Rückschluss wäre nicht möglich, weil die Konkurrenzsituation in der Klimadebatte keine ist, die nach dem oben skizzierten Falsifizierungsmodell zu lösen ist. Die Theorien treffen hinsichtlich der Klimaerwärmung keine kontradiktorischen Vorhersagen, die durch einen Prüfsatz entscheidbar wären. Alle drei Theorien wären mit dem einsetzenden Effekt vereinbar.

Die Situation des Wissenschaftstheoretikers in der Klimadebatte ist mit der eines Kriminalisten ver-

gleichbar, der einen Serienmord aufzuklären hat und drei Verdächtige verhört, die allesamt für die Taten infrage kommen. Würde er einen verhaften und risse anschließend die Mordserie ab, dann läge die Vermutung nahe, dass der Verurteilte zu Recht inhaftiert worden sei, aber erwiesen wäre dies nicht. Es könnte durchaus sein, dass einer der beiden anderen Verdächtigen (oder gar eine bislang nicht ermittelte vierte Person) die Morde begangen hätte und nun – froh darüber, ungeschoren davongekommen zu sein – das Morden einstellte.

In der Klimadebatte liegen die Dinge ähnlich. Würde ein Rückgang der Erwärmung nach Einstellung (oder drastischer Einschränkung) anthropogener Faktoren eintreten, dann läge zwar nahe, auf diese Faktoren als Urheber der Erderwärmung zu schließen, aber erwiesen wäre diese Urheberschaft nicht. Es könnte nach wie vor möglich sein, dass Veränderungen der solaren Aktivitäten (eventuell in – bislang unzureichend untersuchter – Wechselwirkung mit anderen natürlichen Ursachen) die Erdabkühlung verursacht hätten. Entscheidend ist, dass es aus logischen Gründen nicht möglich ist, allein infolge des womöglich erzielbaren Effekts im Zuge einer (weitgehenden) Aufgabe von Viehwirtschaft oder industrieller Produktion auf die Richtigkeit oder Falschheit der konkurrierenden Theorien zu schließen.

Wer sich von der Weise, in der man die Klimafrage wissenschaftstheoretisch zu betrachten hat, اسپaltet, die eigene Lieblingstheorie dogmatisiert und nur jene in die Wissenschaftsgemeinde aufnehmen will, die dogmenaffine Forschung betreiben, wird sich nur schwer dem Vorwurf entziehen können, in der Umweltfrage Sektiererei zu begünstigen. ■

Wohlstand für alle? Ein Überlebensprogramm für alle!

Niko Paech befasst sich mit der Frage, wie sich trotz Begrenzung des Konsums zur Schonung der Umwelt ein Maximum an Freiheiten erreichen lässt. Er stellt ein fünfstufiges Programm der Selbstbegrenzung vor

Alle seit Jahrzehnten unternommenen Versuche, wachsenden Konsum-, Mobilitäts- und Digitalisierungswohlstand mittels technischer Innovationen von Umweltschäden zu entkoppeln, sind gescheitert. Es findet sich kein ökologisch relevantes Handlungsfeld, in dem die Summe bekannter und neuer Schadensaktivitäten nicht permanent zugenommen hätte. Vermeintliche Entlastungserfolge, die oft betont werden – „blauer Himmel über der Ruhr“, „sauberer Rhein“, duales System, Energiewende, Drei-Wege-Katalysator oder E-Mobilität – entpuppen sich als Täuschung, wenn alle räumlichen, zeitlichen, stofflichen und umweltmedialen Verlagerungseffekte der dabei zum Einsatz gelangten Innovationen berücksichtigt werden.

Dieser Befund bestätigt nur, was thermodynamische Gesetze beinhalten. Wenn der Planet also erstens physisch begrenzt ist, zweitens industrieller Wohlstand niemals ohne stofflichen und ökologischen Verschleiß zu haben ist, drittens die irdischen Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben sollen und viertens globale Gerechtigkeit herrschen soll, muss eine Obergrenze für die von einem Individuum in Anspruch genommene materielle Freiheit existieren.

Immanuel Kant hatte 1795 in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“



Prof. Dr. Niko Paech lehrt an der Universität Siegen als außerplanmäßiger Professor im Bereich der Pluralen Ökonomie. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem im Bereich der Umweltökonomie, der Ökologischen Ökonomie und der Nachhaltigkeitsforschung.

für ein Weltbürgerrecht plädiert, dessen Übertragung auf essenzielle Knappheitsprobleme, beispielsweise den Klimaschutz, Folgendes bedeuten würde: Die Einhaltung des Zwei-Grad-Klimaschutzziels hieße für Mitteleuropa, dass die CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr von derzeit circa zwölf auf circa eine Tonne zu senken wären. Wie ließe sich erreichen, dass innerhalb des verbleibenden Entwicklungskorridors ein Maximum an Freiheiten erhalten bleibt?

Grob vereinfacht lässt sich das notwendige Überlebensprogramm als Resultat eines fünfstufigen Programms der Reduktion beziehungsweise Selbstbegrenzung darstellen:

(1) Suffizienz: Reduktionspotenziale auf der Nachfrageseite zu erschließen, ist nicht mit Verzicht gleichzusetzen. Das Suffizienz-Prinzip konfrontiert konsumtive Selbstverwirklichungsexzesse mit einer schlichten Frage: Von welchen Energiesklaven und Komfortkrücken ließen sich überbordende Lebensweisen und die Gesellschaft als Ganzes zum eigenen Nutzen befreien? Welcher Wohlstandsschrott ließe sich ausmustern?

Befreiung vom Überfluss

Dafür liefert eine „zeitökonomische Theorie der Suffizienz“ Beweggründe jenseits moralischer Appelle. In einer Welt der Informations- und Optionenüberflutung werden Übersehbarkeit und Entschleunigung zum psychischen Selbstschutz. Die gnadenlose Jagd nach Glück schlägt immer häufiger in Überlastung um. Eine Befreiung vom Überfluss würde heißen, sich auf eine Auswahl an Konsumaktivitäten und -objekten zu beschränken, die eingedenk begrenzter Aufmerksamkeitsressourcen überhaupt bewältigt werden können.

(2) Subsistenz: Konsumenten könnten sich die Kompetenz wieder

aneignen, manche Bedürfnisse manuell und aus eigener Kraft jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen. Würde die Industrieproduktion reduziert, könnte das verringerte Quantum an Lohnarbeitszeit dergestalt umverteilt werden, dass Vollbeschäftigung mit 20 Stunden Wochenarbeitszeit einherginge.

Damit würden Zeitressourcen zur Eigenversorgung freigestellt. Gemeinschaftsgärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Einrichtungen zur Gemeinschaftsnutzung von Geräten/Werkzeugen, Reparatur-Cafés etc. würden nicht nur zu einer graduellen Deglobalisierung, sondern zu einem geringeren Bedarf an Technik, Kapital, Transportwegen und überdies zu mehr Autonomie verhelfen.

Wenn Produkte länger genutzt und im Bedarfsfall möglichst gebraucht erworben werden, sinkt die Abhängigkeit von industrieller Versorgung. Ähnliches bewirkt die gemeinschaftliche Nutzung von Gebrauchsgegenständen. Eine verdoppelte Nutzungsdauer oder die verdoppelte Anzahl von Nutzern desselben Gegenstands senkt den Bedarf an Einkommen, um ein modernes Leben zu finanzieren.

(3) Regionalökonomie: Viele der Konsumbedarfe, die weder durch Suffizienz noch durch Subsistenz reduziert werden können, lassen sich auf regionalen Märkten, basierend auf verkürzten Wertschöpfungsketten, befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit von globalisierten Transaktionen abkoppeln. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, aber innerhalb eines kleinräumigen, ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rahmens.

(4) Umbau der Industrie: Der verbleibende Bedarf an industrieller Wertschöpfung würde sich auf die Optimierung bereits vorhandener Objekte konzentrieren, nämlich durch Aufarbeitung, Renovation, Konversion, Sanierung, Nutzungsintensivierung etc., um Versorgungsleistungen so produktionslos wie möglich zu gewährleisten. Hierzu tragen auch Märkte für gebrauchte und aufgearbeitete Güter sowie kommerzielle Sharing- und Verleihsysteme bei.

Reduktionspotenziale zu erschließen, ist nicht mit Verzicht gleichzusetzen

Der Rest notwendiger Neuproduktion beschränkte sich darauf, einen konstanten Bestand an materiellen Gütern zu erhalten, also nur zu ersetzen, was selbst durch sinnvolle Nutzungsdauerverlängerung nicht erhalten werden kann. Zudem würde sich die Herstellung von Produkten und technischen Geräten an einem reparablen und sowohl physisch als auch ästhetisch langlebigen Design orientieren.

(5) Institutionelle Maßnahmen: Zu den politischen Rahmenbedingungen einer Postwachstumsökonomie, die hier nur unvollständig skizziert werden können, zählen Boden-, Geld- und Finanzmarktreformen, wobei die Finanztransaktions- sowie eine Vermögenssteuer hervorzuheben sind. Anknüpfend an die oben dargestellte Verteilungslogik hätte jede Person ein An-

recht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent, das allerdings interpersonal und zeitlich übertragbar sein, gegebenenfalls auf Märkten gehandelt werden könnte.

Veränderte Unternehmensformen wie Genossenschaften, Non-Profit-Organisationen oder Konzepte des solidarischen Wirtschaftens könnten Gewinnerwartungen dämpfen. Subventionen – vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr, Industrie, Bauen und Energie – müssten gestrichen werden, um sowohl die hierdurch beförderten ökologischen Schäden als auch die öffentliche Verschuldung zu reduzieren.

Dringend nötig wären ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme für Industrieareale, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen. Ansonsten könnten auf stillgelegten Autobahnen und Flughäfen Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien errichtet werden. Weiterhin sind Vorkehrungen gegen geplante Obsoleszenz unerlässlich.

Eine drastische Reform des Bildungssystems müsste zum Ziel haben, handwerkliche Kompetenzen zu vermitteln, nicht nur um durch Eigenproduktion und vor allem Instandhaltungs- sowie Reparaturmaßnahmen den Bedarf an Neuproduktion zu senken, sondern um geldunabhängiger zu werden.

Ein derart maßvoller „Wohlstand für alle“ schließt nicht die Parallelität zweier institutioneller Systeme aus: Die deutlich reduzierte Produktion langlebiger und teilweise gemeinsam genutzter Güter wird durch Märkte koordiniert; die ergänzenden Suffizienz- und Subsistenzleistungen basieren auf entkommerzialiserten und selbst organisierten Austauschprozessen. Davon würden nicht nur Freiheit und Demokratie profitieren, sondern auch die Krisenstabilität. ■

Wohlstand für alle durch Wettbewerb – auch in Zukunft!

Wie bewältigt man die aus der Bekämpfung der Corona-Pandemie folgende Wirtschaftskrise? Welche Schlüsse sind daraus für eine Klimakrise zu ziehen? Die Antwort kann nur die Förderung des Wettbewerbs sein, meint **Roland Tichy**

Ein Land steht monatelang weitgehend still – und läuft nur langsam wieder an. Die Innenstädte leer, die betriebsamen Flughäfen verwaist, die Autobahnen staufrei – eine seltsame Erfahrung. Die Wirtschaft ruht; an die Stelle der Marktwirtschaft ist der Staat getreten, der Einkommen sichert und Unternehmen mit Liquidität versorgt, die sie aus eigener Kraft nicht mehr erwirtschaften können.

Noch schwerer hat die Krise Italien und Spanien getroffen; es ist ein beglückendes Zeichen der europäischen Solidarität, wenn Patienten aus den überforderten Spitälern unserer Freundesländer nach Deutschland geflogen werden und hier medizinisch behandelt werden – dazu kommt die notwendige wirtschaftliche Unterstützung. Die globalen Verflechtungen Deutschlands, lange eine Stärke, drohen nun ins Gegenteil umzuschlagen: Deutschland lebt vom wachsenden Wohlstand der europäischen und globalen Mittelschichten, die mit steigendem Wohlstand anspruchsvolle Konsumenten werden – und jetzt plötzlich verschwunden sind. Wie geht man mit einer derartigen Krise um?

Große Transformation?

Klar ist: Die Wirtschaft muss wieder anspringen. Aber ist auch klar, wie das geschehen soll? Welche Prioritäten werden gesetzt? Nachdem sich das neuartige Coronavirus weltweit



Roland Tichy ist
Vorsitzender der Ludwig-
Erhard-Stiftung.

ausgebreitet hatte, verlor die Erderwärmung ihren Status als die größte wahrgenommene Gefahr für die Menschheit. Im Wettbewerb um die öffentliche Aufmerksamkeit hat die Klimadebatte gegenüber der Krankheit Covid-19 das Nachsehen. Die sogenannte Klimabewegung will aber genau jetzt die Corona-Chance nutzen, den Stillstand zum Umbau nutzen, den Einstieg in eine „Große Transformation“ schaffen.

Die Wirtschaft soll nicht einfach so sein wie vorher; sondern irgendwie anders: klimagerechter, sozialer, demokratischer, ökologischer. Wirtschaft wird betrachtet wie eine große, aber letztlich überschaubare Modelleisenbahn: Die Gleise sollen flott neu verlegt, andere Züge angeschafft werden. Aber diese Planbar-

keit ist nicht vorhanden. Die Planwirtschaft war der Marktwirtschaft schon immer unterlegen.

Und es geht um ein zweites Missverständnis: Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Maßnahmen; das wurde schon im alten Rom verstanden, weswegen in besonderen Situationen ein Diktator berufen wurde. Vor der Corona-Krise konnten viele Politiker von Geboten und Verboten im großen Stil nur träumen. Jetzt verweisen Klimapolitiker auf den Präzedenzfall eines kompletten Lockdowns und der Abschaffung von Grundrechten, was zunächst durchaus mit Zustimmung der Bevölkerung geschah.

Das gelte es jetzt für die große klimapolitische Transformation zu nutzen, in der staatliche Vorgaben den Markt und vermeintliche Expertenräte die gewählten Volksvertreter ersetzen. Wer das will, fordert allerdings das Ende unseres freiheitlichen, demokratischen Modells. Der einmalige und beschränkte Ausnahmezustand als Dauerzustand wäre ein Anschlag auf das Grundgesetz; und die zahlreichen Demonstrationen zeigen, dass dieser Vorgang schon überstrapaziert wurde.

Aber dieser Prozess geht auch aus anderen Gründen an der Wirklichkeit vorbei: Viele Bürger stehen vor den rauchenden Trümmern ihrer wirtschaftlichen Existenz. Die Arbeitslosigkeit wird steigen; Prognosen sind schwer zu begründen – si-

cher werden die kommenden Zeiten nicht einfach. Zunehmend werden für viele Bürger die wirtschaftlichen Folgen der Krise spürbar. Der Wohlstand für alle ist gefährdet.

Klimapolitische Maßnahmen wurden aber von wohlhabenden Gesellschaften getragen, denen Einbußen hinnehmbar erschienen. Diese Prioritäten haben sich verschoben: Wirtschaftliche Fragen rücken wieder in den Vordergrund, Fragen der Effizienz und ja: Wiedergewinnung des Wirtschaftswachstums. Nur wenn Klimapolitik auch diese Ziele berücksichtigt, gewinnt sie weiter Akzeptanz. Das gilt auch für die Politik.

Psychologische Kehrtwende

Auch die Rolle des Staats hat sich dramatisch geändert. Die Bundesregierung handelt wirtschaftspolitisch schnell und entschieden. Kann so eine Krise wettgemacht werden – eine Krise, in der Angebot und Nachfrage gleichermaßen reduziert werden? Einen Versuch ist es wert, einen zweiten haben wir nicht. Und die Zahlen machen schwindelig: Direkte Finanzhilfen, Bürgschaften, währungspolitische Maßnahmen – und das alles durch wachsende Staatsschulden finanziert – addieren sich zu gewaltigen Belastungen für die Zukunft.

Viele Bürger haben sich in den Jahrzehnten der zurückliegenden guten Konjunktur an die Einstellung gewöhnt, dass man jederzeit Programme vom Staat einfordern kann. Der Staat hat es ja. Aber plötzlich hat er es nicht mehr. Jetzt stellt sich die Verteilungsfrage: Wie werden die Lasten verteilt zwischen denen, deren staatlich gesichertes Einkommen gleich blieben, und jenen, die durch staatliche Auflagen ihre wirtschaftliche Basis verloren haben?

Damit stellen sich Fragen, die auch die Arbeit der Ludwig-Erhard-Stif-

tung berühren: Wie können wir den Wohlstand für alle auch nach der Krise erreichen, um Einkommen zu sichern und Verteilungsfragen zu entschärfen? Sicherlich nicht, wenn Politiker fordern, staatliche Unterstützung an „Geschlechtergerechtigkeit“ zu knüpfen oder Mindestpreise für Lebensmittel einzuführen, die die beginnende Inflation weiter antreiben. Der Staat hat in der Corona-Bekämpfung eine starke Rolle errungen; jetzt fordern manche, er solle weiter dirigieren, die Steuern erhöhen, die Vermögen konfiszieren, die Marktmechanismen ausschalten.

Das ist der falsche Weg und würde diejenigen in den Widerstand treiben, die wir jetzt brauchen: Unternehmer, Eigentümer, wirtschaftlich Aktive. Es geht um die Wiedergewinnung von wirtschaftlicher

**„Resignation
vermag das
Schicksal nicht zu
wenden; es gibt
grundsätzlich keine
wirtschaftliche
Situation, aus der
nicht Wille und
Vernunft Auswege
und Wege zu
neuem Aufstieg
finden lassen.“**

Ludwig Erhard 1945

Effizienz, nicht um noch mehr Räte, Kommissionen und Beschränkungen über notwendige Rahmenbedingungen hinaus.

Dabei geht es auch um eine psychologische Kehrtwende. Die Pandemie-Politik stützte sich auf Angst vor einem mörderischen Virus. Diese Angst lässt sich nicht so leicht abschütteln, zumal weiter Vorsicht und „Social Distancing“ geboten sind, da eine zweite Welle der Infektionen nicht auszuschließen ist. Aber wer Angst hat, spart, statt zu konsumieren, und nur wer Zukunftsvertrauen hat, investiert.

Optimismus oder Pessimismus?

Unsicherheit ist Gift für die Wirtschaft, und der derzeitige Diskurs liefert der Angst Nahrung und Bestätigung. Rezession, Abbruch der Globalisierung, ausufernde Geldpolitik und wachsende Staatsverschuldung, ein Gefühl der Angst und Unsicherheit – mit neuen Beschwörungen des Untergangs ist Deutschland nicht geholfen. Eher hilft ein Blick, wie das Land nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs mit ungleich größeren Problemen umgegangen ist.

Ludwig Erhard hat mit seinen Reformen 1948 eine ungeheure Dynamik in Gang gesetzt, die vielen als Wirtschaftswunder erschien und doch eine Antwort auf die Freiräume, das Zukunftsvertrauen und die Stabilität war, die Erhard personifizierte und mit kluger Politik vorwärtsgetrieben hat. Was sind Antworten im Sinne Erhards auf die derzeitige Krise?

Es geht darum, Mut zu machen und Optimismus zu verbreiten. Aber nicht mit einer unbegründeten, hohlen Phrase wie „Wir schaffen das“, sondern mit der Begründung durch Soziale Marktwirtschaft, durch Wettbewerb als Innovationsma- ►►

► schine – angetrieben durch das menschliche Handeln und dem Streben, eigene Ziele zu verwirklichen. Die eigenen Ziele fördern auch die Ziele der Gesellschaft – und umgekehrt: Wenn ein privates Ziel den Zielen der Gesellschaft widerspricht, wird es nicht gebilligt werden und wird daher keinen Erfolg haben. Die Bürger sind weder dumm noch unmündig. Ökologischere Wirtschaftsweisen und Produkte müssen nachgefragt werden und hängen somit letztlich vom Verbraucher ab. Der Staat sollte bei Konsumententscheidungen nicht zum „Morallehrer“ (Ludwig Erhard) werden, denn dies endet unweigerlich in Zwang und Ausweichreaktionen.

Hinter der Verbreitung von Optimismus einerseits und Pessimismus andererseits steckt eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Wer glaubt, dass es aufwärtsgeht, wird auch entsprechend zuversichtlich entscheiden und handeln, mit dem Ergebnis, dass es aufwärtsgeht – und umgekehrt: Wer nicht daran glaubt, sorgt mit seinem zurückhaltenden Verhalten dafür, dass es abwärtsgeht.

Wohlstand ist nur eine Seite der Medaille. Bürger verlieren schnell das Vertrauen in Institutionen, wenn die Not regiert; Radikalisierung erschwert Reformen, die manchmal Geduld erfordern.

Mut und Zuversicht!

Die Soziale Marktwirtschaft ist immer – in Krisen wie derzeit sowie in prosperierenden Phasen – die richtige Ordnung, weil sie eine menschenwürdige Ordnung ist. Sie ist das Gegenteil sowohl von Freibeutertum als auch von staatlicher Bevormundung und Sozialismus. Das Individuum wird obenan gestellt – und erfüllt damit einen gesellschaftlichen Zweck, nämlich, dass selbstbewusste Individuen

eine selbstbewusste, widerstandsfähige, robuste Gesellschaft ausmachen.

Dabei geht es heute – nach den interventionistischen Deformationen in den letzten Jahrzehnten – um eine Wiederbelebung einer Ordnung gebundener Freiheit. Das bedeutet: Freiheit wird begrenzt durch Wettbewerb. Der Staat hat den Wettbewerb zu garantieren, statt ihn weiter einzuschränken. Und das Subsidiaritätsprinzip muss wieder ins Gedächtnis der Bürger zurückgerufen und anerkannt werden: Staatliche Hilfe darf immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Zur Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine klare Rollenverteilung zwischen Geld-

und Fiskalpolitik. Geldpolitik muss unabhängig, also entpolitisiert sein. Wenn in der Europäischen Zentralbank „Green Bonds“ diskutiert werden, ist das ein Grund, misstrauisch zu werden. Die Anleihen, die die Zentralbank ankauft, müssen werthaltig sein und nicht grün. Ob grüne Anleihen werthaltig sind, entscheiden die Anleger weltweit, und jeder Versuch der Manipulation zerstört zuerst das Vertrauen in die Währung und dann die Bereitschaft zu investieren und zu sparen.

Wir können mit Recht selbstbewusst darauf schauen, dass es Deutschland schon einmal durch Wettbewerb aus einer Krise, aus einer hoffnungslosen Situation herausgeschafft hat – und auf der anderen Seite die bittere Lehre anerkennen, dass die sozialistische Utopie immer der falsche Weg ist.

Den Apologeten einer „Großen Transformation“ sei vor Augen gehalten, dass Kollektiveigentum kollektive Verantwortungslosigkeit zur Folge hat. Und das ist keine Glaubenssache – die immensen Umweltschäden in den ehemaligen Staaten des sozialistischen Ostblocks durch den rücksichtslosen Umgang mit knappen Umweltressourcen sind wohl dokumentiert. Wer hingegen privates Eigentum hat und selbst für den Umgang damit haftet, hat den stärksten Anreiz, sorgsam damit umzugehen.

Unbestreitbar musste auch Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft gegen Angriffe verteidigen, er musste mühsame Überzeugungsarbeit leisten und dem Wettbewerbssprinzip Bahn brechen. Er ist mit Mut und Zuversicht für seine Politik eingetreten – und der Erfolg gab ihm recht. „Wohlstand für alle durch Wettbewerb“ – so seine Worte – ist auch heute das Mittel, um die Krise zu überwinden. ■

**„Mit feigem
Pessimismus und
skeptischem
Beiseitestehen ist
das Schicksal nicht
zu meistern.
Wenn wir den
Glauben an uns
selbst verlieren,
wenn wir Hilfe und
Erlösung nur von
außen erwarten,
dann kann und
wird uns nicht
geholfen werden.“**

Ludwig Erhard 1946



FOTO: NANO NEHRING/ISTOCK, MANTALPHOTO/ISTOCK

Dawes-Gletscher im Tongass National Forest, Alaska, USA (o.) und der Vatnajökull-Gletscher auf Island (u.)

IMPRESSUM

„Wohlstand für Alle – Klimaschutz und Marktwirtschaft“

Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung im Finanzen Verlag München

Herausgeber

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.
Johanniterstr. 8
53113 Bonn

V.i.S.d.P.

Lars Vogel (Adresse wie Herausgeber)

Redaktion

Natalie Furjan (Ltg.), Berthold Barth

Bildredaktion

Julian Mezger (Ltg.), Astrid Larsen

Fotograf

Werner Schuering

Bildbearbeitung

Wolfgang Kriegbaum (Ltg.), Ursula Dodel

Gestaltung

Katja Hösli

Lektorat

Mario Servidio (Ltg.), Natalie Furjan,
Gabi Rupp

Produktion

Astrid Larsen, Mario Servidio

Verlag

Finanzen Verlag GmbH,
Bayerstr. 71–73, 80335 München

Verlagsleitung

Daniela Glocker, Marion Lummer

Anzeigen

Georg Fleischer (verantwortlich,
Adresse wie Verlag)
Tel. 089/272 64-160; Fax: -198

Sonderdrucke, Lizenzen

Marcus Batta
Tel. 089/272 64-121; Fax: -198

Druck

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau

Veröffentlichung gemäß § 8 Abs. 3

Bayerisches Pressegesetz

Alleinige Gesellschafterin der Finanzen Verlag GmbH, München ist die Entwurf Partner AG, Hauptstr. 39, CH-9054 Teufen. Mitglieder des Verwaltungsrats der Entwurf Partner AG: Guido Koller, Ruedi Zwissler

©2020 für alle Beiträge bei der Finanzen Verlag GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags

Die Soziale Marktwirtschaft ist unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, „deren tiefer Sinn darin liegt, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden“ (Ludwig Erhard). Im Kern dieses für Deutschland so erfolgreichen Ordnungsmodells steht das Leitbild von Freiheit und Verantwortung – und damit der mündige Bürger als dessen Träger.

Leitbild, Grundlagen und Politik der Sozialen Marktwirtschaft verlangen nach Öffentlichkeit. Ludwig Erhard hat stets darauf hingewiesen, dass die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft nur im offenen, kritischen Dialog zwischen allen Gesellschaftsmitgliedern bestehen kann. Demokratie baut auf Debatten um eine angemessene Politik. Alternativlosigkeit wäre das Ende von Politik, die dann zur bloßen Verwaltung verkäme; in der Regel ist „alternativlos“ nur ein anderes Wort für die Formel „Ende der Debatte!“.

Dabei gehören die Erläuterung politischen Handelns und das Werben für politische Positionen in demokratischen Gesellschaften zur Kernarbeit der gewählten Volksvertreter. Unsere Welt ist in ihrer Komplexität nicht in Gänze erfassbar und entwickelt sich dynamisch. Die damit verbundenen Verunsicherungen bieten Raum für Populismus, der Probleme dramatisiert und definitive Lösungen anbietet. Politische Debatten hingegen müssen um angemessene und widerspruchsfreie Grundsätze

PLÄ DO YER

FÜR MEHR MUT IM MEINUNGS- STREIT

und Regeln streiten – und dies auf offener Bühne.

So, wie sich die Politik stets aufs Neue erklären muss, haben Medienanbieter – Presse, Funk, Fernsehen, Internetportale – die Aufgabe, Politik kritisch zu begleiten und zu hinterfragen. In Informationen und Debattenbeiträgen geht Relevanz vor Schönheit, Betroffenheit oder Empörung; darauf muss man in Zeiten von Skandalen um verdrehte Fakten bis hin zu Lügen oder der Moralisierung vieler Themenbereiche in den Medien hinweisen.

Die sozialen Medien machen diese Aufgabe der konventionellen Medien nicht obsolet, nur schwieriger, da sie ergänzend und konkurrierend



„Der Bürger kann sich nur richtig entscheiden, wenn er umfassend informiert ist.“

Ludwig Erhard 1965

ein weites und wachsendes Feld an Informations- und Diskussionsforen bieten. Besonders augenfällig und oft thematisiert ist die Gereiztheit und hohe Eskalationsneigung mancher Wortmeldungen in sozialen Medien. Neben diesen Echo-kammern zur Selbstbestätigung – durch breite Zustimmung und die Ablehnung seitens der Richtigen – gibt es aber auch von Respekt, Rationalität und Informiertheit geprägte Diskussionen mit Erkenntnisgewinn.

Wissenschaft und wissenschaftliche Debatten sind geprägt von zunehmender Arbeitsteilung und Spezialisierung: Der Fächerkanon hat sich immer weiter ausdifferenziert. Der Wettbewerb der Ideen findet in immer kleineren Zirkeln und eige-

nen Sprachräumen statt. Diese Entwicklung trägt den wissenschaftlichen Fortschritt, verlangt aber nach stetig größeren Anstrengungen, wissenschaftliche Ergebnisse für Gesellschaft und Politik nutzbar zu machen. Denn erst wissenschaftliche Expertise ermöglicht evidenzbasierte und rationale Politik – und deren Überprüfung.

Die Debatten um die Corona-Krise und die Reaktionen darauf haben das Brennglas auf die politische und gesellschaftliche Debattenkultur gerichtet – nicht nur in Deutschland. In gefühltem Zeitraffer werden die gleichen Fehler gemacht wie im andauernden Streit um den „richtigen“ Klima- und Umweltschutz: Statt wissenschaftlich fundierter und verständlich formu-

lierter Sachargumente dominieren Moralisation, Empörung und der persönliche Angriff – und werden durch die Technologien der medialen Aufmerksamkeitsökonomie in den Vordergrund gerückt.

Fazit: Auch in Debatten gilt es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt der Meinungen mit der Verantwortung des Einzelnen für den Erhalt eines gesitteten Umgangs miteinander zu verbinden. Freiheit und Verantwortung sind nicht nur die Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft, sondern auch des Meinungsstreits zwischen mündigen Bürgern. Nur Mut!

Der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung



LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

Für Freiheit und Verantwortung

Altbundeskanzler Ludwig Erhard gründete 1967 die Ludwig-Erhard-Stiftung und gab ihr die Aufgabe, für freiheitliche Grundsätze in Wirtschaft und Politik einzutreten und die Soziale Marktwirtschaft wachzuhalten und zu stärken. Sie tritt politischem Opportunismus und Konformismus mit einem klaren Leitbild entgegen: Freiheit und Verantwortung als Fundament einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für den mündigen Bürger.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die gemeinnützige Stiftung auf die tatkräftige und finanzielle Hilfe derer angewiesen, die sich Ludwig Erhard, seinen Ideen und seinem Werk verbunden fühlen. Durch Ihre Spende oder Mitgliedschaft im Freundeskreis ermöglichen Sie uns, weiterhin – unabhängig von Parteien und Verbänden – für Ludwig Erhards Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu werben und zu streiten.

A handwritten signature in grey ink, which appears to read 'Günther Kieser'.

SPENDENKONTO

Sparkasse KölnBonn
IBAN DE52 3705 0198 0019 0015 85
BIC COLSDE33

